

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.01

Vorsitz: Vizepräsident Denicolò
Presidenza del Vicepresidente Denicolò

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.
Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

PINTER: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Danke! Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Magnani, Bassetti, Baumgartner, Bezzi, Holzmann, Mosconi und Odorizzi entschuldigt.

Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

PAHL: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Danke für die Verlesung des Protokolls. Gibt es Einwände? Keine. Damit ist das Protokoll genehmigt.

Zu den Mitteilungen:

Es ist die nachstehend angeführte Anfrage mit der Bitte um schriftliche Beantwortung eingereicht worden:

Nr. 68, eingebracht am 20. Dezember 2004 vom Regionalratsabgeordneten Pahl betreffend die Verspätung bei der Auszahlung der von der Region gemäß Regionalgesetz über die europäische Integration geschuldeten Beiträge.

Es sind die Anfragen Nr. 59, 60, 62 und 63 beantwortet worden.

Der Text der Anfragen und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, zwei Hinweise, und ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit: Zunächst ersuche ich Sie das Rauchverbot in allen Räumen des Regionalrates strikt einzuhalten. Wir müssen Übertretungen des Verbots ahnden. Ich ersuche Sie daher bitte darauf zu achten.

Zum zweiten ersuche ich Sie, Kolleginnen und Kollegen, sich kurz von Ihren Sitzen zu erheben. Um die Jahreswende 2004-05 wurde der südostasiatische Raum von einem Seebeben und von einer katastrophalen Flutwelle heimgesucht. Millionen von Menschen haben ihre Heimat, ihr Zuhause verloren. Nationen wurden schwer geschädigt und Zehn Tausende von Menschen sind dieser Katastrophe zum Opfer gefallen. Ausgelöst hat diese Katastrophe eine nie da gewesene Solidaritätswelle rund um den gesamten

Planeten und auch bei uns haben sich einzelne Organisationen und Institutionen berühren lassen und sind entsprechend solidarisch aktiv geworden. Ich hoffe, dass diese Katastrophe nachhaltige Hilfeleistung erbringt, dass den unmittelbar Betroffenen schnell geholfen wird und die Zeichen sprechen ja dafür und dass die Hilfeleistung über Jahre hinweg diesem Raum erhalten bleibt. Ich bitte Sie, sich diese Bilder noch einmal vorzunehmen und in Erinnerung daran und auch der Tatsache, dass das Leid lange dauern wird, inne zu halten und diese Situation zu bedenken. Danke!

Nun gehen wir zur Tagesordnung über. Es steht der **GESETZENTWURF NR. 19: Begrenzt auf die Artikel 1 bis 11 betreffend Änderungen des regionalen Welfare - eingebracht vom Regionalausschuss**, an.

Die 1. Gesetzgebungskommission hat den Gesetzentwurf in der Sitzung vom 22. Dezember 2004 genehmigt. Ich ersuche den Kommissionsvorsitzenden um die Verlesung des Berichts, aber im Moment sehe ich Wortmeldungen.

Frau Kollegin Kury, wozu bitte?

KURY: Herr Präsident! Bereits in den letzten Fraktionssprechersitzungen ist des Öfteren die Frage aufgeworfen worden, welche Chance die Regionalratsabgeordneten haben, wenn sie einen Beschlussantrag deponieren, dass dieser auch noch vor Beendigung der Legislatur im Regionalrat zur Behandlung kommt. Wir haben festgestellt, dass auch bei dieser Tagesordnung die Tagesordnungspunkte nicht gelistet sind, wie die Argumente chronologisch eingegangen sind, sondern offensichtlich nach politischer Bewertung. Ein Antrag der Grünen Fraktion, der im Mai des letzten Jahres eingebracht worden ist – es geht um die dritte Autobahnspur und insofern ein Thema von höchster Brisanz – scheint immer auf Punkt 2) der Tagesordnung auf und hat insofern offensichtlich auch in der nächsten Zeit bei Beibehaltung dieser Methode keine Chance, besprochen zu werden. Es gab dann mit Präsident Magnani eine Einigung, wo gesagt worden ist, ja diese Beschlussanträge werden demnächst behandelt und wir hatten eigentlich die Hoffnung gehabt, dass heute dieses „demnächst“ ist und sehen, dass ohne Absprache mit den Fraktionssprechern wieder ein Gesetzentwurf der Mehrheit auf Punkt 1) der Tagesordnung resultiert. Die Tage heute und morgen werden mit diesem Tagesordnungspunkt ausgeschöpft sein und wir werden dann wieder nach Hause gehen und nicht die Möglichkeit haben, brisante politische Themen, wie es z.B. dieses Thema ist, hier zu besprechen. Wie könnten wir, Herr Präsident, mit dieser Sachlage umgehen bzw. welche Garantie können Sie uns heute hier vermitteln, dass unsere Themen irgendwann einmal, d.h. in einem bestimmten Zeitrahmen, in einem, zwei, drei Monaten nach der Einbringung auch zur Behandlung kommen.

PRÄSIDENT: Danke! Zur Antwort. Frau Kollegin Kury, gemäß Geschäftsordnung steht es dem Präsidenten zu, die Tagesordnung zu erstellen und die Sitzungen einzuberufen. Das zum einen. Zum zweiten: Wenn keine Anträge auf Abänderung der Tagesordnung vorliegen, die gemäß Geschäftsordnung vor der anberaumten Sitzung in schriftlicher Form vorzulegen sind, wird normalerweise kein Fraktionssprecherkollegium

einberufen. Deshalb wurde es auch nicht einberufen, weil keine entsprechenden Anträge vorlagen. Aber ich nehme Ihren Einwand zur Kenntnis und bringe Ihre Vorschläge noch einmal ins Präsidium, damit wir dann darüber beraten können. Wenn Sie allerdings eine Vorziehung wünschen, eine Abänderung der Tagesordnung, der Reihenfolge, ersuche ich um Vorlegung eines schriftlichen Antrags. Danke!

Nun ersuche ich den Präsidenten der 1. Gesetzgebungskommission um die Verlesung des Berichtes.

PARDELLER:

B e r i c h t

Die 1. Gesetzgebungskommission hat den Gesetzentwurf Nr. 19, begrenzt auf die Artikel 1 – 11, betreffend die Änderungen des regionalen Welfare (vom Regionalausschuss eingebracht und vom Regionalrat rückverwiesen) in der Sitzung vom 22. Dezember 2004 beraten.

Dazu ist eine Anhörung mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Vereine abgehalten worden.

Frau Regionalassessor Stocker erläuterte den Gesetzentwurf und hob hervor, dass die Vorsorge und die Sozialversicherungen auf regionaler Ebene an die neuen Bedürfnisse angepasst werden müssen, die sich aufgrund der ständig sinkenden Geburtenrate, des fortschreitenden Prekarisierungsprozesses des Arbeitsplatzes, dem insbesondere die jungen Menschen ausgesetzt sind, und des Anstiegs der Anzahl der pflegebedürftigen älteren Menschen ergeben.

Die Regionalassessorin erklärte, dass laut Art. 1 den selbständigen und lohnabhängigen Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Region haben, Beiträge zur rentenmäßigen Absicherung der Erziehungszeiten für die Betreuung der Kinder bis zum dritten Lebensjahr zur Förderung der Geburtenrate gewährt werden.

Mit Art. 2 wird ein weiterer Beitrag bis zum Erreichen der Mindestvoraussetzungen für die Dienstalters- oder Altersrente vorgesehen, der den selbständigen und lohnabhängigen Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft, die der Arbeit fernbleiben, um sich der Betreuung von schwer pflegebedürftigen Familienangehörigen zu widmen, gewährt wird.

Art. 3, so Frau Assessor Stocker weiter, führt das regionale Familiengeld ein, das den ArbeitnehmerInnen, den Arbeitslosen und den bei den jeweiligen Sonderverwaltungen des NISF/INPS eingetragenen selbständigen Erwerbstätigen für die Kinder oder diesen gleichgestellten Personen ab dem zweiten Kind entrichtet wird.

Art. 4 zielt darauf ab, Vorsorgemaßnahmen zugunsten der diskontinuierlichen und prekären Erwerbstätigen zur Unterstützung der freiwilligen Beitragszahlung für die Zeiträume, für die keine Ersatzbeiträge geleistet wurden, einzuführen.

Mit den Artikeln 5 und 6 werden die Renten für silikose- und asbestosekranke ArbeitnehmerInnen sowie die Renten aufgrund von Gehörlosigkeit erhöht.

Art. 7 enthält eine Anpassung der Vorsorgemaßnahmen hinsichtlich der Nachholungsbeiträge zu Pensionszwecken für die im Ausland geleistete Arbeit.

Mit Art. 8 wird eine technische Anpassung vorgenommen, während mit Art. 9 die Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge zugunsten der im Haushalt tätigen Personen, der Saisonarbeiter und der Bauern, Halb- und Teilpächter geändert werden.

Mit Art. 10 wird die Regionalzulage zugunsten von Arbeitslosen, die in den Mobilitätsverzeichnissen der Provinzen eingetragen sind, geändert.

Frau Regionalassessor Stocker hob hervor, dass die Entschädigung für Krankenhausaufenthalte und jene für Unfälle im Haushalt angesichts der hohen Gebärungskosten und der geringen Anzahl der Eingeschriebenen abgeschafft worden sind.

Auf Antrag des Abg. Parolari gab die Regionalassessorin bekannt, dass ein Änderungsantrag vorbereitet wird, mit dem der Art. 10 bis eingeführt werden soll, der darauf abzielt, einen Fonds auf regionaler Ebene einzurichten, in den die Abfertigung jener ArbeitnehmerInnen fließen wird, die keinem Fonds beigetreten sind. Dadurch soll gewährleistet werden, dass diese finanziellen Ressourcen im Gebiet der Region verbleiben.

Im Rahmen der Generaldebatte meldete sich Abg. Dello Sbarba zu Wort und kritisierte, dass in letzter Minute für den Gesamtaufbau des Gesetzes relevante Änderungsanträge eingebracht werden. Laut Abgeordneten Dello Sbarba läuft man mit der Schaffung des genannten regionalen Fonds Gefahr, eine kostspielige und mit dem Laborfonds konkurrierende Struktur zu schaffen.

Abg. Dello Sbarba verwies in seiner Wortmeldung darauf, einige Änderungsanträge eingebracht zu haben, mit denen die Voraussetzung der Ansässigkeit, die erfüllt sein muss um in den Genuss der einzelnen vorgesehenen Maßnahmen zu kommen, entweder ganz gestrichen oder auf 3 Jahre herabgesetzt werden soll.

Abg. Dello Sbarba erachtete es zudem als angebracht, das regionale Familiengeld gemäß Art. 3 bereits ab dem ersten Kind zu entrichten, damit man den wirtschaftlichen Bedürfnissen allein erziehender Eltern gerecht wird.

Abg. Lunelli ersuchte um Auskunft darüber, ob der neue regionale Fonds als ein zeitlich begrenzter „Parkplatzfonds“ zu betrachten ist, oder ob dieser einen dritten regionalen Fonds darstellt, der mit Laborfonds konkurriert.

Abg. Mosconi befürwortete zwar, dass die Abfertigungen auf regionaler Ebene bleiben, brachte aber seine Vorbehalte zum Ausdruck, dass die Regionalregierung dabei die Voraussetzung für eine unterschiedliche Handhabung der Abfertigungen in beiden Landesteilen schafft.

Laut Abg. Mosconi wäre es angebracht, die Diskussion zum Anlass zu nehmen, um auch über die Rolle und die Verwaltung des Laborfonds sowie von PensPlans nachzudenken.

Abg. Parolari hob hervor, dass der Gesetzentwurf zwar bedeutende und auch positive Entscheidungen enthält, brachte aber zum Ausdruck, dass es seiner Meinung nach notwendig wäre, die vorgesehene obligatorische Ansässigkeitsdauer herabzusetzen und den neuen regionalen Fonds genau zu definieren, damit dieser nicht mit dem Laborfonds konkurriert.

Falls die gesamtstaatlichen Bestimmungen vorsehen, dass die Ressourcen in einen vorher gegründeten Fonds fließen müssen - so Frau

Assessor Stocker im Rahmen der Replik – ist es notwendig, einen regionalen Fonds einzurichten, in den all jene Abfertigungen einfließen, die ansonsten in den gesamtstaatlichen Fonds des NISF/INPS fließen würden.

Die Regionalassessorin unterstrich zudem, dass der regionale Fonds eine begrenzte Dauer hat und nicht mit dem Laborfonds konkurriert, da diesem die so genannten „stillen“ ArbeitnehmerInnen und jene ArbeitnehmerInnen beitreten werden, deren Tarifvertrag die Eintragung bei einem Zusatzrentenfonds nicht vorsieht.

Die Regionalassessorin unterstrich, dass der regionale Fonds als Übergangsfonds dient und demnach die Bedingungen – auch was die Information anbelangt - geschaffen werden müssen, damit die ArbeitnehmerInnen auch anderen Zusatzrentenfonds beitreten können.

Abg. Dello Sbarba ersuchte um Vertagung des Änderungsantrags zu Art. 10 bis, mit dem der oben angeführte Fonds eingerichtet wird, damit dieses Sachgebiet vertieft und Zusatzinformationen sowie Gutachten eingeholt werden können. Sollte seinem Antrag nicht stattgegeben werden, so der Abgeordnete weiter, werde er gegen diese Maßnahme stimmen.

Frau Regionalassessor Stocker replizierte, dass der Gesetzentwurf bereits von namhaften Experten überprüft worden ist und dass sie es vorziehen würde, die Beratung der Gesetzesvorlage abzuschließen, um dann noch vor der Beratung im Plenum eine Einigung zu finden.

Der Übergang zur Sachdebatte wurde sodann zur Abstimmung gebracht und bei 9 Jastimmen (Abg. Pardeller, Andreotti, Lamprecht, Lunelli, Mosconi, Pahl, Pallaoro, Parolari und Turella), 1 Gegenstimme (Abg. Dello Sbarba) und 1 Enthaltung (Abg. Urzi) genehmigt.

Im Rahmen der Artikeldebatte wurde über die Möglichkeit diskutiert, die Anzahl der erforderlichen Ansässigkeitsjahre herabzusetzen, um in den Genuss der Maßnahmen zu kommen. In der Folge wurde ein Änderungsantrag verfasst, der sowohl die Zustimmung von Frau Regionalassessor Stocker als auch aller Kommissionsmitglieder fand und laut dem der „historische Wohnsitz von 15 Jahren, davon wenigstens eines unmittelbar vor der Einreichung des Gesuches“ anstelle des fünfjährigen Wohnsitzes anerkannt wird.

Abg. Parolari meldete sich zum Änderungsantrag, mit dem der Art. 10 bis eingeführt werden soll, zu Wort und ersuchte Frau Regionalassessorin Stocker zu bestätigen, dass der regionale Fonds nur einen Übergangsfonds und nicht einen Fonds darstellt, in dem die Abfertigungen der ArbeitnehmerInnen verbleiben. Frau Stocker bestätigte dies.

Abg. Lunelli teilte mit, dass seine Zustimmung zum Änderungsantrag stark von der Einhaltung der eingegangenen Verpflichtung abhängt, dass nämlich der Gesetzentwurf Mitte Jänner 2005 im Regionalrat beraten wird, damit die Vorlage bis Ende Februar in Kraft treten kann. Er kündigte anschließend an, dass seine Fraktion eventuelle Änderungsanträge zur Verbesserung des Gesetzestextes einbringen wird.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärung ergriff Abg. Urzi das Wort und kündigte seine Stimmenthaltung an. Zudem ersuchte er um Übermittlung von Zusatzunterlagen zum Art. 10 bis und behielt sich das Recht vor, diesen Sachbereich im Rahmen der Debatte im Plenum zu vertiefen.

Abg. Parolari sprach sich insgesamt für den Gesetzentwurf aus, bedauerte jedoch, dass sein Antrag, die Voraussetzung des fünfjährigen Wohnsitzes aufzulockern, nicht angenommen worden ist.

Der Gesetzentwurf wurde somit zur Abstimmung gebracht und bei 6 Jastimmen (Abg. Pardeller, Lamprecht, Pahl, Pallaoro, Parolari und Turella) und 3 Enthaltungen (Abg. Andreotti, Dello Sbarba und Urzi) genehmigt.

Der Gesetzentwurf wird somit zur weiteren Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

R e l a z i o n e

La I^a Commissione legislativa ha esaminato, nella seduta del 22 dicembre 2004, il disegno di legge n. 19 limitatamente agli articoli da 1 a 11 relativi alle modifiche del welfare regionale – presentato dalla Giunta regionale e rinviato dal Consiglio regionale.

In questo contesto è stata svolta un'audizione che ha coinvolto le parti sociali, i rappresentanti sindacali e le associazioni.

L'assessora Stocker, nell'illustrare il disegno di legge, spiega che esso si rende necessario per adeguare la previdenza e le assicurazioni sociali ai nuovi bisogni legati da un lato alla caduta del tasso di natalità e dall'altro all'aumento del tasso di popolazione anziana bisognosa di cura ed assistenza.

L'assessora, per quanto riguarda l'art. 1, spiega che esso prevede una forma contributiva a sostegno della natalità per i periodi di astensione di lavoro dedicati alla cura ed all'educazione dei propri figli entro i tre anni di vita del bambino per le lavoratrici ed i lavoratori del settore privato ed autonomo residenti da almeno 5 anni nel territorio regionale.

L'art. 2 prevede un ulteriore contributo per il raggiungimento del requisito minimo per ottenere la pensione di anzianità o di vecchiaia a favore dei lavoratori e delle lavoratrici autonomi e dipendenti che lasciano il lavoro per dedicarsi all'assistenza domiciliare di familiari gravemente non autosufficienti.

Per quanto riguarda l'art. 3, l'assessora Stocker spiega che esso introduce un assegno regionale al nucleo familiare per i figli ed equiparati oltre il primo per le lavoratrici dipendenti, le disoccupate e per coloro che sono iscritte alle gestioni speciali dell'INPS.

Con l'art. 4 si intende promuovere interventi previdenziali a sostegno del lavoro discontinuo, per la copertura previdenziale per le nuove figure di occupazione discontinua.

Gli artt. 5 e 6 riguardano l'aggiornamento delle norme previste a favore di coloro che già godono di rendite perché affetti da silicosi e asbestosi e sordità da rumori.

L'art. 7 prevede un adeguamento delle provvidenze per il riscatto di lavoro all'estero ai fini pensionistici.

L'art. 8 consiste in un adeguamento tecnico, mentre l'art. 9 prevede le modifiche degli interventi di previdenza integrativa a favore delle persone casalinghe, dei lavoratori stagionali e dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni.

L'art. 10 modifica le indennità regionali previste per i disoccupati inseriti nelle liste provinciali di mobilità.

L'assessora puntualizza che si è deciso di abolire le provvidenze per le degenze ospedaliere e gli infortuni domestici per gli elevati costi gestionali a fronte dell'esiguo numero di iscritti.

L'assessora inoltre, su richiesta del cons. Parolari, rende nota la presentazione di un emendamento introduttivo dell'art. 11 bis ancora in fase di preparazione, relativo all'istituzione di un fondo regionale in cui fare affluire il trattamento di fine rapporto dei lavoratori che non esprimeranno la destinazione del loro TFR, al fine di mantenere tali risorse finanziarie in ambito regionale.

In sede di discussione generale, il cons. Dello Sbarba, posta una pregiudiziale sul metodo di presentazione all'ultimo momento di emendamenti fortemente rilevanti all'interno del disegno di legge, rileva il rischio che detto fondo regionale rappresenti una nuova struttura costosa ed in concorrenza con Laborfonds.

Nel suo intervento, il cons. Dello Sbarba si sofferma sulla presentazione di emendamenti volti a cancellare o ridurre a tre anni il periodo di residenza richiesta per l'ottenimento dei vari benefici previsti.

Il consigliere ritiene inoltre che si debba estendere quanto previsto nell'art. 3 per l'assegno al nucleo familiare anche per il primo figlio, soprattutto per sopperire alle esigenze economiche delle famiglie monoparentali.

Il cons. Lunelli intende sapere se il nuovo fondo regionale viene inteso come un fondo di parcheggio a termine o se diventa un terzo fondo a livello regionale, che entra in concorrenza con Laborfonds.

Il cons. Mosconi, pur dichiarandosi favorevole a far rimanere in loco le risorse finanziarie provenienti dal TFR, si dice critico sulla tendenza manifestata dalla Giunta regionale di creare presupposti per la differenziazione di trattamento nelle due Province.

Secondo il consigliere si dovrebbe cogliere l'occasione per riflettere anche sul ruolo e sulla gestione di Laborfonds e di PensPlan.

Il cons. Parolari evidenzia come il disegno di legge compia scelte importanti e positive, ma ritiene necessario ridurre il periodo di residenza obbligatoria prevista e definire il nuovo fondo regionale in modo da non porlo in competizione con Laborfonds.

Nella replica, la assessora Stocker ribadisce che nell'eventualità che la norma nazionale indirizzi le risorse in un fondo precostituito si debba pianificare e predisporre un fondo regionale in grado di accogliere tutti quei TFR che altrimenti andrebbero nel fondo dell'INPS.

L'assessora puntualizza che il costituendo fondo è pensato a termine e non in competizione con Laborfonds, in quanto interessa i lavoratori il cui contratto collettivo non detta nessuna specifica condizione.

L'assessora sottolinea che il fondo regionale serve quale fondo di transizione, per cui si dovranno creare le condizioni anche di informazione per rendere possibile la sottoscrizione ad altri fondi integrativi.

Il cons. Dello Sbarba chiede di poter posticipare la trattazione dell'emendamento istitutivo del fondo in oggetto per poter approfondire l'argomento anche con l'acquisizione di pareri e di altro materiale e, in caso negativo, annuncia il suo voto contrario a tutte le fattispecie del provvedimento.

L'assessora Stocker risponde che è preferibile ultimare la trattazione del disegno di legge che è già stato esaminato anche da illustri esperti del settore e trovare ulteriori accordi prima dei lavori in aula.

Posto in votazione, il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge in esame riscontra il favore della Commissione, ottenendo 9 voti a favore (conss. Pardeller, Andreotti, Lamprecht, Lunelli, Mosconi, Pahl, Pallaoro, Parolari, e Turella), 1 voto contrario (Dello Sbarba) e 1 astensione (cons. Urzi).

Nell'esame dell'articolato si instaura una discussione sull'opportunità di ridurre gli anni di residenza necessari per accedere alle provvidenze che porta all'elaborazione di un emendamento condiviso dall'assessora e da tutti i commissari che stabilisce in alternativa ai 5 anni di residenza previsti nei vari articoli "la residenza storica di 15 anni, di cui almeno uno immediatamente antecedente la domanda" inoltrata dal soggetto interessato.

In merito all'emendamento introduttivo dell'art. 10 bis, il cons. Parolari chiede ed ottiene rassicurazioni dall'assessora Stocker sul fatto che il fondo sia solo di transizione e non dimora definitiva del TFR dei lavoratori.

Il cons. Lunelli dichiara che il voto positivo all'emendamento è fortemente condizionato dall'impegno preso di rendere possibile l'approdo in aula del disegno di legge entro la metà del mese di gennaio 2005 per poterlo rendere operativo entro la fine del mese di febbraio, riservandosi la possibilità di poter migliorare il testo da parte del suo gruppo.

In sede di dichiarazione di voto, il cons. Urzi, annunciando il suo voto di astensione, chiede venga fornito ulteriore materiale di documentazione in merito all'art. 10 bis e si riserva di approfondire il dibattito in aula.

Il cons. Parolari dà un giudizio positivo all'impianto del disegno di legge, pur rammaricandosi che non è stata accolta la sua proposta di accorciare il requisito della residenza quinquennale.

Posto in votazione finale, il disegno di legge risulta approvato con 6 voti favorevoli (conss. Pardeller, Lamprecht, Pahl, Pallaoro, Parolari e Turella) e 3 astensioni (conss. Andreotti, Dello Sbarba ed Urzi).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke für die Verlesung. Ich eröffne somit die Generaldebatte und erteile in diesem Zusammenhang gemäß Geschäftsordnung, Art. 73, Absatz 6, dem Kollegen de Eccher das Wort. Jeder und jede Abgeordnete hat die Möglichkeit, für die Dauer von 30 Minuten insgesamt 2 Mal das Wort zu ergreifen.

Bitte, Kollege de Eccher.

de ECCHER: Egregio Presidente, desidero intervenire su questo disegno di legge, sottolineando in primo luogo come si parli impropriamente di pacchetto famiglia, di fatto si tratta di una serie di articoli che riguardano più lo stato sociale, quello che viene chiamato, con termine che non è di mio gradimento, welfare e obiettivamente quello che era un quadro generale riferito alla famiglia, di fatto non risulta e non compare.

Nell'ambito della relazione che è stata appena letta, si dice: *In questo contesto è stata svolta un'audizione che ha coinvolto le parti sociali, i rappresentanti sindacali e le associazioni.* Per quello che mi riguarda non è che normalmente tenga in grande considerazione quello che viene dalla parte sindacale, però obiettivamente un qualche riferimento nel merito sarebbe stato opportuno. Riferire che hanno partecipato ai lavori della Commissione alcune associazioni, sindacati, eccetera e non riferire nemmeno una riga di quelle che sono state le opinioni, le proposte, le eventuali critiche espresse, mi pare poco corretto.

Per quanto riguarda la stessa relazione vi è un passaggio in cui sostanzialmente si evidenzia la necessità di adeguare il sistema normativo a quelli che sono i bisogni che progressivamente sono cambiati nell'ambito della società. Credo che questo sia uno dei compiti di un disegno di legge su questa materia, ve ne sia un altro che è quello di indirizzo. Non è che con le norme ci si limita a prendere atto di quanto è di fatto avvenuto, si dovrebbe anche perseguire una certa strategia, finalizzata a determinare dei cambiamenti, a fornire dei modelli, degli archetipi che possano trovare soddisfazione dal punto di vista sociale. Quindi anche questo aspetto mi sembra abbastanza carente.

Venendo in maniera rapida agli articoli, con l'art. 1 si ipotizza la concessione di un contributo per i periodi di astensione dal lavoro dedicati alla cura e all'educazione dei propri figli. Si ripropone in questa fattispecie un problema che in altra sede avevo sollevato, su un altro settore, però con le medesime prerogative e caratteristiche. L'argomento che avevo trattato a suo tempo era quello degli asili nido, lo ripeto perché forse è un esempio di assoluta chiarezza, abbiamo due famiglie, una famiglia con due genitori che lavorano, redditi particolarmente elevati, i figli frequentano l'asilo nido. La copertura arriva mediamente al 28%, nel caso di redditi particolarmente elevati sul piano familiare arriva al 50, 60%, comunque la collettività ha in carico una parte di questi costi relativi al servizio. Altra famiglia, operaio con reddito basso, moglie a casa che non beneficia per scelta propria dell'asilo nido. Bene, questa famiglia non grava in alcun modo, non ha beneficio di sorta, a mio giudizio questa è una forma di tutta evidenza di discriminazione.

Anche in questo caso si corre il rischio di favorire chi lavora ed invece penalizzare quelle famiglie che fanno una scelta diversa e, ripeto, vi sono famiglie che fanno questa scelta per una questione di principio, non a fronte di un singolo reddito che è sufficiente comunque al mantenimento complessivo.

Per quanto riguarda l'art. 2, è un articolo che giudico positivamente, anche qui bisogna però puntualizzare come una persona può accudire i familiari in stato di bisogno, al di fuori del suo rapporto di lavoro, qui si va a beneficiare in maniera esclusiva chi già lavora. Quindi il problema si pone in maniera ripetuta con le medesime caratteristiche dell'articolo precedente.

Peraltro, a mio giudizio, si tratta di precisare in maniera molto dettagliata quelle che sono le certificazioni di tipo medico che devono essere introdotte, non solo, ma anche il grado di parentela, c'è un rinvio al regolamento, però forse sarebbe stato meglio inserire nella legge una serie di indicazioni.

Per quanto riguarda l'art. 3 vi sono due aspetti tra loro notevolmente diversi, il primo problema riguarda, a mio giudizio, la definizione di chi è disoccupato, di chi si trova in mobilità.

Noi abbiamo delle norme che su questo piano non sono molto chiare, passa una filosofia secondo la quale il disoccupato è quello che non trova il lavoro che vuole e vi sono soggetti in condizione di disoccupazione che in maniera sistematica rifiutano il lavoro. Mi pare che anche sul piano della mobilità, pur a fronte di tutta una serie di offerte che devono avere requisiti, caratteristiche di distanza dal luogo di lavoro precedente, di medesima retribuzione, di garanzie, eccetera, c'è chi per ragioni tra le più varie, il più delle volte perché è comodo abbinare all'indennità un lavoro in nero, comunque rifiuta le proposte che vengono presentate.

Fintanto che non si chiarisce in maniera evidente, in maniera precisa, in maniera chiara cos'è un disoccupato e come si deve comportare il soggetto in stato di mobilità, a mio giudizio, chiariti questi aspetti, si può passare ad ipotizzare tutte le provvidenze che con questo articolo vengono introdotte.

Il secondo aspetto riguarda invece la questione del secondo figlio, si fa riferimento oltre il primo e questa, a mio giudizio, è una limitazione non condivisibile. Qui troviamo di nuovo la questione di chi ha il doppio lavoro o chi non lo ha, anche se il riferimento venga reso ad uno dei due genitori, quindi per quanto riguarda le provvidenze possono interessare anche la famiglia monoreddito. C'è poi un discorso che riguarda i pensionati, presumo si tratti nel caso di figli che portano handicap o invalidità e poi manca un requisito, che per quello che mi riguarda avrei introdotto, relativo alla cittadinanza italiana.

Per quanto riguarda l'art. 4 mi domando se non vi è la possibilità di un accordo tra datore di lavoro e dipendente, al fine di scaricare sull'ente pubblico una parte degli oneri contributivi. Qui bisogna fare una certa attenzione e muoversi con ulteriori precisazioni ed il massimo delle cautele.

Gli artt. 5 e 6 mi sembra adeguino esclusivamente i benefici per categorie, che già sono in qualche modo comprese.

Per quanto riguarda l'art. 8 nella relazione viene presentato come un adeguamento di tipo tecnico, in realtà vorrei sapere esattamente quelle che sono le erogazioni a favore degli istituti di patronato e di assistenza sociale, anche qui è una forma di continua assistenza, di continuo sostegno ad alcune organizzazioni ben definite, ben orientate che rappresentano il collegamento sociale di alcune forze politiche. Per quanto riguarda questo articolo vi sono sicuramente alcuni approfondimenti da realizzare.

Per quanto riguarda l'art. 10 abbiamo anche qui il discorso relativo ai disoccupati, ora si tratta di definire in maniera precisa cosa si intende di fatto per disoccupato, pongo il problema su un contesto nazionale, a mio giudizio è impensabile, è inaccettabile, non ha logica, non ha fondamento mettere da una parte 3 milioni, 4 milioni di disoccupati italiani e dall'altra parte 2, 3 milioni di stranieri che lavorano regolarmente.

Evidentemente qualcosa non funziona, non mi possono dire che gli stranieri occupano dei posti di lavoro che gli italiani rifiutano, perché l'italiano che rifiuta quel posto di lavoro non può figurare disoccupato, perché disoccupato – ribadisco – nell'accezione mia, ma credo nella grande maggioranza della nostra comunità è chi non trova il lavoro, non chi non trova il lavoro che vuole, sono due cose completamente diverse.

Quindi questa situazione, a mio giudizio, non ha supporto, non ha logica, deve essere affrontata sicuramente prima a livello nazionale, ma per quanto ci compete anche sul piano locale, perché è insostenibile e sicuramente porta danno alla nostra comunità ed anche alla nostra economia.

Per quanto riguarda l'art. 10 bis in relazione ai fondi pensione, ho letto che sono intervenuti su questo piano diversi colleghi, non ha logica ipotizzare più fondi pensione, perché è evidente che un fondo unico garantisce una maggiore efficienza, non solo, ma mette in campo una massa critica di denari, di fondi che evidentemente può incidere, può ottenere risultati migliori.

Qui c'è un discorso eventualmente di tipo diverso, chi gestisce questi fondi, perché chi arriva a muovere capitali di questa sostanza può avere anche interessi diversi, orientare l'investimento da una parte piuttosto che dall'altra può avere anche dei ritorni di tipo politico, di tipo personale, eccetera.

Quindi è estremamente importante vedere chi andrà di fatto a gestire questi fondi e comunque rimane il discorso che il fondo unico, da questo punto di vista, offre sicuramente le condizioni migliori.

Per quanto riguarda gli emendamenti che sono stati presentati da alcuni colleghi, interverrò singolarmente laddove mi parrà necessario, tengo a precisare comunque che nel complesso non è una legge che gode della mia condivisione. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Gemeldet hat sich der Abg. Pöder. Er hat das Wort.

PÖDER: Vielen Dank, Herr Präsident! Einige grundsätzliche Anmerkungen. Es ist ein Gesetzentwurf, der sicher mehr in die richtige, erforderliche Richtung geht als wir es letzthin im Rahmen des Landeshaushaltsvoranschlags 2005 im Südtiroler Landtag beschlossen haben. Hier wird schon differenziert unterstützt. Es wird nicht pauschal eine Förderung für die Familien gegeben, gleich ob arm oder reich, gleich ob wenige oder viele Kinder, es wird differenziert gefördert. Allerdings ist hier eine andere finanzielle Ausstattung vorhanden. Prinzipiell ist zu sagen, auch wenn es eine Frage der Zuständigkeiten ist, wäre es besser, den Familien das Geld zu belassen und es ihnen nicht zuerst abzunehmen in Form von Steuern und ihnen dann wieder zurückzugeben. Das als grundsätzliche Anmerkung, ohne dass jetzt damit gesagt werden soll, dass dies eine Kompetenz des Regionalrates, des Ausschusses, der Region wäre. Aber grundsätzlich wäre es immer besser, den Bürgern, hier den Familien, das Geld, bevor wir es ihnen als Steuergeld abnehmen, zu belassen und ihnen damit eine noch unbürokratische Unterstützung zu gewähren, d.h. dass sie eben mit dem Geld, das sie verdienen, selbst haushalten können. Die Politik hat ja unter anderem zum Inhalt und zum Ziel, das Geld der Bürgerinnen und Bürger zu verwalten, aber verwalten heißt abnehmen, einen Teil davon in die Kosten der Verwaltung fließen zu lassen und einen anderen Teil geben wir ihnen dann wieder zurück und erwarten einen Dank dafür. Aber der Gesetzentwurf geht

ohne weiteres in eine durchaus akzeptable und auch richtige Richtung. Ich glaube, dass es schon angebracht ist, wenn wir hier unterscheiden zwischen den verschiedenen Einkommensstufen, eine ganz andere Unterscheidung, eine teilweise ganz andere Einstufung vornehmen als bisher, dass wir eine Unterscheidung zwischen mehr verdienen, weniger verdienen, dass wir eine Unterscheidung zwischen 2, 3 und mehr Kindern vornehmen und dass wir auch differenzieren, ob es eine Familie mit einem Kind oder mit 2 Kindern ist. Es gibt hier natürlich auch unterschiedliche Meinungen. Ist das Kind einer Familie mit nur einem Kind weniger wert als die Kinder der Familien mit 2, 3 oder 4 Kindern? Das soll natürlich nicht so sein. Ich habe mich diesbezüglich auch versucht, in irgendeiner Weise schlau zu machen und habe auch unterschiedliche Meinungen zu dieser Thematik gehört. Viele sind allerdings der Meinung, dass es durchaus psychologisch gesehen sinnvoll ist, die Unterstützung ab dem zweiten Kind zu gewähren. Es ist ja nicht so, dass eine Familie mit nur einem Kind keine familienfördernde Maßnahme in Anspruch nehmen kann. Ich denke schon, dass es wichtig ist, gerade in einer Gesellschaft, in der wir uns immer wieder beklagen, dass die Überalterung problematisch wird und der Rückgang der Geburten die größte Problematik insgesamt gesehen mit sich bringen wird, ein Signal zu geben, dass zwei bzw. mehr Kinder eine höhere Förderung nicht nur im finanziellen Sinne, sondern auch einen vielleicht höheren Stellenwert, politisch und gesellschaftlich gesehen, einnehmen können, ohne die Familien mit nur einem Kind oder alle anderen ohne Kinder jetzt grundsätzlich abwerten zu wollen. Aber es ist nun einmal so. Der Reichtum der Gesellschaft, ideell, materiell gesehen ist mit Sicherheit die Familie und liegt in der Zahl auch der Kinder, die die Zukunft einer Gesellschaft darstellen. Soviel zu den Pauschalaussagen, die wahrscheinlich jeder teilen wird, abgesehen von der Frage, ob wir jetzt ab dem zweiten oder dem ersten Kind bereits eine solche Maßnahme fördern. Vielleicht kann man tatsächlich in Zukunft darüber nachdenken, ob wir in irgendeiner Weise in bestimmten Fällen die Familien mit einem Kind bereits berücksichtigen. Vorerst bin ich mit dieser Maßnahme zufrieden. Abgesehen auch davon – und das ist vielleicht die Negativseite der unterschiedlichen Einstufungen –, dass wir hier insgesamt gesehen mittlerweile über 300 unterschiedliche Einstufungen für drei verschiedene Ebenen haben: Kinder mit beiden Elternteilen, Familien mit nur einem Elternteil und Familien mit Kindern, die eine Behinderung haben. Das sind einmal die drei Ebenen und in diesen Ebenen sind dermaßen viele Einstufungen unterschiedlicher Natur: Zahl der Kinder, Einkommen usw. enthalten, dass wir zum Schluss, wenn wir alle drei Ebenen zusammennehmen, über 300 unterschiedliche Einstufungen haben. Das ist schon recht viel. Man mag hier viel herumgerechnet haben, um einem Gerechtigkeitsanspruch gerecht zu werden. Das gebe ich auch zu. Das soll auch anerkannt werden. Aber letztlich ist diese Fülle von Einstufungen natürlich nicht dazu angetan, eine Sachlage wie die Familienförderung zu entwirren, sondern sie verkompliziert sie etwas. Aber unterm Strich für die Familie an sich wird es wahrscheinlich keine Verkomplizierung mit sich bringen, denn sie erhält soviel, wie viel ihr zusteht und das ist genau in einer Tabelle festgehalten, auch wenn es über 300 unterschiedliche Einstufungen sind. Aber vielleicht ist es gar nicht anders möglich. Vielleicht würde man durch eine geringere Zahl an Einstufungen, vielleicht durch weniger Stufen, mehr Ungerechtigkeiten

schaffen. Das kann schon sein. Es soll hier nicht eine grundsätzliche Kritik an dieser Hülle und Fülle von Einstufungen vorgebracht werden, aber vielleicht hätte man mit etwas weniger etwas mehr erreicht. Aber die Zahlen, die hier enthalten sind, sind an und für sich auch akzeptabel, auch wenn man vielleicht noch die Frage stellen könnte, warum hier immer noch die Unterscheidung Alleinerziehende und Familien mit beiden Elternteilen ist. Aber man wollte auch hier nicht hergehen und die Alleinerziehenden, die bisher eine bestimmte Höhe an Förderungen erhalten hatten, auf eine niedrigere Stufe herunterziehen. Das verstehe ich auch. Warum sollen die jetzt plötzlich weniger bekommen, wenn sie gleich eingestuft werden wie die Familien mit beiden Elternteilen. Aber diese Unterscheidung halte ich mittlerweile zahlenmäßig, in der Auszahlung des Geldes, für nicht mehr angebracht und man wird früher oder später doch eine Angleichung haben müssen, haben sollen. Es gibt auch bei Familien mit Alleinerziehenden die Unterhaltsfrage: wird ein zweites Gehalt, ein Unterhalt gezahlt oder wenn nicht, dann durch die Unterhaltsvorschussstelle? Die Unterscheidung ist fragwürdig, sage ich mal. Aber es ist mehr eine technische Frage. Wir können nicht jemandem plötzlich weniger auszahlen als er bisher erhalten hat. Ich verstehe auch das und das soll auch durchaus nicht kritisiert werden. Ich denke, dass wir in diesem neuen Entwurf auch berücksichtigen, dass die Kommission einige Änderungen angebracht hat, auch die Frage der Selbständigen, ich denke angemessen gelöst hat. Ich habe u.a. Bedenken angemeldet, ob es richtig ist, dass wir Selbständige gerade bei Kleinbetrieben oder Kleinstbetrieben, wenn dort ein Elternteil sich der Kindererziehung widmet, dazu zwingen eine zusätzliche Arbeitskraft einzustellen, auch wenn es „nur“ eine Teilzeitangestellte wäre. Ich habe diesbezüglich Bedenken angemeldet, weil ich der Meinung bin, dass sich das Kleinstbetriebe nicht unbedingt leisten können. Es wird natürlich dahingehend argumentiert, dass man schon dafür sorgen wird, dass jemand, der die Leistung in Anspruch nimmt für die Betreuung der Kinder, auch die Kinder betreut und nicht trotzdem im Betrieb weiterarbeitet und der Betreuungsaufgabe nicht im entsprechenden Maße nachkommt. Das stimmt schon, man will hier dem „Tricksen“ vorbeugen, dass man sagt, wenn du dich als Selbständige, Selbständiger oder Mitarbeitende in einem Familienbetrieb der Kinderbetreuung widmest, dann sollst du das auch tun und nicht das Geld von der Region kassieren und gleichzeitig weiterarbeiten. Mir erschien die Maßnahme etwas übers Ziel hinausgeschossen zu sein, dass man da unbedingt jemanden einstellen muss. Man hat dies jetzt zufrieden stellend gelöst, da man sagt, wenn keine zusätzliche Teilzeitkraft angestellt wird, dann zahlt man die entsprechende Leistung nur zu 50 Prozent aus, die von der Region als Zuschuss erbracht werden soll. Ich denke, dass man hier durchaus eine interessante Regelung gefunden hat, die akzeptabel ist.

Insgesamt ist zu bemerken, dass wir hier mit diesem regionalen Familienpaket eine Maßnahme treffen, die ergänzt werden soll durch das Geld, das von den Provinzen kommt, wie wir im Südtiroler Landtag kürzlich beschlossen haben, eben die Auszahlung eines fixen Betrages für alle Familien gleich und das Geld soll dann möglichst gemeinsam ausbezahlt werden. Ich denke, das ist eine gute Idee, wenn es möglich ist, dass nicht getrennte Zahlungen und dergleichen vorgenommen werden. Das ist sicherlich eine Entbürokratisierung und insgesamt gesehen fällt die Summe letztlich doch ein bisschen höher aus als sie hier in den Tabellen hineingeschrieben ist. Ich denke

schon, dass man hier die gemeinsame Auszahlung des Geldes, sei es von der Region sei es jenes vom Land, vornehmen sollte, wenn die technische und juristische Frage in dieser Angelegenheit gelöst ist und es keine weiteren verwaltungstechnischen, rechtlichen Probleme gibt. Eine andere Frage ist jene, ob man nicht auch – und das ist wiederum eine Thematik, die im Hinblick auf die Aufgaben der Länder geäußert werden soll - die Gemeinden durch ein kommunales Familienpaket in die Pflicht nehmen soll. Es gibt mittlerweile doch einige Gemeinden, die auf den Antrag unserer Unionsgemeinderäte hin einige Gemeindegebühren für Familien mit Kleinkindern bis zu 2 Jahren gesenkt haben, ob das nun die Müllgebühren sind oder andere. Es sind jetzt doch einige Gemeinden - meine Heimatgemeinde Lana hat damit angefangen – und ich denke, dass diese Maßnahmen nicht nur symbolischen Charakter haben kann oder sollte. Ich denke schon, dass es vor allem ein wichtiger, psychologischer Effekt ist, um zu zeigen, dass die Familien vor allem mit Kleinkindern einen ganz besonderen Stellenwert in der Gesellschaft haben. Das soll auch geäußert werden. Das soll sich nicht nur in der Zahl, im finanziellen Sinne niederschlagen, sondern das soll auch durch solche Maßnahmen einen durchaus wichtigen psychologischen und vielleicht auch symbolischen Aspekt mit sich bringen. Die Gemeinden können und sollen hier ihren Beitrag leisten. Es gibt da einige Gemeinden, die mittlerweile darüber nachdenken. Ich habe von einigen unserer Gemeinderäte gehört, dass man über diesen Vorschlag durchaus angenehm überrascht war. Man hat nicht darüber nachgedacht, weil es sehr viele Dinge gibt, die Gemeindeverwalter bedenken müssen. Man kann nicht an alles denken, dazu sind auch verschiedene, unterschiedliche Gruppierungen in den Gemeinderäten, die vielleicht unterschiedliche Vorstellungen haben und ab und zu einen anderen Vorschlag bringen, auf den die Mehrheit vielleicht nicht so schnell draufkommt, weil sie sich mit der ordentlichen Verwaltungstätigkeit beschäftigen muss. In diesem Fall hat es einige Gemeinden gegeben, die darüber nachdenken, die mehrheitlich gesehen vom Bürgermeister, vom Ausschuss her gesagt haben, warum nicht? Das kostet der Gemeinde in dem Haushalt nicht so viel, wie viel es in Wirklichkeit bringt. Denn es ist eine völlig unbürokratische Maßnahme, wenn wir auf kommunaler Ebene hergehen, sobald ein Kind meldeamtlich erfasst ist – und das muss es ja innerhalb von 10 Tagen sein -, dass dann automatisch ein Mechanismus in Kraft tritt, dass die Familie auch dementsprechend informiert wird: ihr bezahlt für die nächsten zwei Jahre nur die Hälfte der Gebühren, Müll, Abwasser usw. Das greift und das macht Sinn und das bringt mit Sicherheit Maßnahmen oder auch positive Effekte mit sich. Ich habe gesehen, dass man in jenen Gemeinden, in denen das schon seit 2, 3 Jahren praktiziert wird, durchaus Erfolg damit gehabt hat und die Gelder fehlen letztlich nicht ungedingt. Es macht keine Riesensumme aus, die hier durch die Halbierung der Müllgebühren für Familien mit Kleinstkindern in den ersten zwei Jahren dem Haushalt der Gemeinde entgehen. Ich denke, dass hier auch von Seiten der Region in diese Richtung sensibilisiert werden sollte. Die Region nimmt ihre Verantwortung wahr, die Länder nehmen die jeweilige politische Verantwortung wahr und kommen den neuen Erfordernissen nach. Es hat in den letzten Monaten, auch Jahren, auch speziell vor den letzten Landtagswahlen intensive Debatten in der Politik, in der Öffentlichkeit, auf Verbandsebene gegeben, dass in der Familienpolitik mehr getan werden muss. Die Region, das Land, kommt

in vielleicht zufrieden stellender oder weniger zufrieden stellender Art und Weise – darüber diskutieren wir noch im Einzelnen bei der Artikeldebatte – ihrer Verpflichtung nach, nicht immer ganz freiwillig, manchmal auch auf Druck der Öffentlichkeit, aber das ist richtig so. Politik soll auch auf Erfordernisse reagieren und nicht blind durchmarschieren und sagen, es ist alles in Ordnung, wir sind ein tolles Land, uns fehlt nichts. Man soll reagieren darauf, dass vielleicht irgendwo Versäumnisse gemacht wurden und man kann das eine und andere auch wieder gutmachen. Aber die Gemeinden sind dieser Verantwortung noch nicht nachgekommen. Die kassieren weiter öffentliche Gelder, beachtliche Summen, aus den öffentlichen Haushalten, speziell aus den Haushalten der Provinzen, und sie sollten im Rahmen eines kommunalen Familienpaketes verpflichtet werden, durch Gebührenentlastungen für Familien mit Kleinkindern hier ihren Beitrag zu leisten und auch einen symbolisch psychologischen Effekt dadurch verursachen, dass man sagt, ihr bezahlt in den ersten Jahren weniger, ihr habt eine größere Belastung insgesamt gesehen und ihr bezahlt etwas weniger. Auch die Länder könnten steuerlich gesehen in der einen oder anderen Frage hier durchaus den Familien entgegenkommen. Zum Beispiel was die Kraftfahrzeugsteuer der Familien mit mehreren Kindern angeht, z.B. ein Familienauto vielleicht steuerlich in irgendeiner Weise zu entlasten. Aber es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die wesentlich mehr bringen als sie kosten. Hier wird – auch wenn die Institution Region grundsätzlich in Frage zu stellen ist – zumindest einmal das Geld, das in dieser Region verwaltet wird, mehr oder auch weniger, je nachdem, wie man die eine oder andere Maßnahme bewertet, sinnvoll eingesetzt. Besser wäre es, wenn dieses Geld nicht durch den Filter der Region durchfließen müsste, sondern direkt von den Ländern verwaltet werden könnte, direkt auch mittels eines Landesfamilienpaketes insgesamt ausgegeben werden könnte. Aber solange diese Institution, die mehr oder weniger kaum mehr einen Sinn hat, existiert, ist dies wenigstens eine Maßnahme, über die es sich lohnt zu diskutieren in diesem Haus. Wir haben in den letzten Monaten und Jahren teilweise über dermaßen viel Unsinn diskutiert, dermaßen viel Leerlauf betrieben, dass es einmal wohl tut, wenn man über eine durchaus sinnvolle Maßnahme wie dieses regionale Familienpaket diskutieren kann.

Wir kommen dann in der Artikeldebatte – vielleicht auch schon bei den Tagesordnungen – noch zu einigen brisanten Thematiken und Inhalten, bei denen wir dann noch unsere Stellungnahme diesbezüglich abgeben werden. Insgesamt gesehen schauen wir uns das einmal an, wie sich dieser Gesetzentwurf bis zum Schluss entwickelt. Das Abstimmungsverhalten wird dann zum Schluss davon abhängen. Auf jeden Fall ist noch das eine und andere verbesserungswürdig. Das eine oder andere kann noch hinterfragt werden, speziell was die Termine angeht. Das eine oder andere kann vielleicht noch vorweggenommen genommen werden, dass wirklich in Zukunft auch Familien mit nur einem Kind in irgendeiner Weise berücksichtigt werden und das eine oder andere vielleicht an den Einstufungen. Vielleicht können wir die Zahl der Einstufungen doch reduzieren. Ich bin nicht unbedingt der Meinung, dass wir hier hergehen müssen, all diese Einkommensstufen zu definieren 25.300,01, 27.995,00 und dann wieder von 27.995,01 bis 30.555,00, dann von 30.555,01 bis 33.156,00 Euro usw.... Diese Aufteilung erscheint mir etwas zu akribisch zu sein. Der Sinn, warum so viele Stufen, muss mir erst noch erklärt

werden. Der Sinn dieser sehr vielen Unterteilungen muss oder sollte hier noch einmal ausführlicher erklärt werden. Ich denke, mit weniger Einstufungen wäre es auch getan gewesen. Aber insgesamt gesehen zumindest einmal eine hoffnungsvolle, erwartende, vielleicht Verbesserungen in der Artikeldebatte bringende Haltung gegenüber diesem Gesetzentwurf.

PRÄSIDENT: Danke! Herr Morandini, Sie haben das Wort.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Vorrei rivolgermi in particolare all'assessore competente, che ha proposto, a nome della Giunta, questo disegno di legge, perchè prima di tutto, assessore Stocker, non mi pare confacente a tutto questo insieme di norme la denominazione "nuovo pacchetto famiglia". Queste norme, se come è usuale danno il titolo all'intero corpus che costituiscono, questo non è più un pacchetto famiglia, questo sarà una miscellanea, sarà un pacchetto lavoro, ma di pacchetto famiglia non ha più niente, fuorché un istituto che è l'integrazione, l'assegno al nucleo familiare.

Con questa iniziale precisazione, che dal punto di vista legislativo non mi pare corretto chiamare "nuovo pacchetto famiglia", un insieme di norme che di interventi per la famiglia non hanno più nulla, eccettuato l'assegno al nucleo familiare, penso non sia neanche legislativamente corretto.

Quindi sarà una miscellanea di norme, sarà un pacchetto lavoro, c'è già peraltro una legge che riguarda i lavoratori fin dal 1993, che riguarda l'assegno per coloro che sono iscritti in liste di mobilità, comunque non è più un pacchetto famiglia, assessore Stocker, perché è cancellato tutto, tranne l'assegno al nucleo familiare, è cancellato l'assegno di natalità, è cancellato l'assegno di cura, è cancellato l'indennità per infortuni domestici, è cancellata la pensione alle casalinghe, è mantenuto l'assegno al nucleo familiare rispetto all'originaria legislazione si mantiene una parte di contribuzione ai coltivatori diretti per contributi previdenziali e per chi paga la volontaria e per i lavori discontinui.

Dico subito lavori discontinui, metà regalati e metà previsti, davvero sarebbe interessante poter pensare, assessore Stocker, come in riferimento ai lavoratori discontinui si potrà, qualora questa norma andasse in porto, poi attuare queste norme, perché mi metto anche nei panni di coloro che dovranno applicare queste norme. Ci sarà una miriade di contratti co.co.pro., co.co.co. da verificare caso per caso, quindi ci sarà una burocrazia altissima che verrà alimentata e per quanto riguarda la metà che verrà data a prestito a questi lavoratori, davvero mi chiedo come potrà attivarsi l'amministrazione per recuperare questi prestiti.

Veniamo alle questioni di fondo. E' cancellato sostanzialmente, nella quasi sua totalità, eccettuato l'istituto che ho ricordato, il pacchetto famiglia, quindi questa non è più una legislazione a tutela della famiglia.

Lei mi dirà: c'è l'assegno al nucleo familiare che decorre dal secondo figlio, allora le chiedo, assessore Stocker, una copia di sposi con lei giovane, senza lavoro e che hanno un figlio, attraverso questa legge non percepisce più nulla. Le faccio presente che questo è davvero molto pericoloso, perché ci sono molte famiglie, soprattutto a monoreddito, che hanno un figlio solo, che magari un secondo figlio non se lo possono mantenere, che da queste provvidenze restano assolutamente esclusi.

Quindi il messaggio chiaro che ne viene da questa proposta di legge è: andate a lavorare, vi aiutiamo a farvi una pensione e però al primo figlio sostanzialmente non pensiamo. Le porto, assessore competente, alcuni dati tratti anche da ricerche universitarie, una di queste anche a firma del prof. Ermanno Gorrieri, che tutti conoscono per essere molto attento a queste dinamiche, alcuni dati sul costo dei figli, sa cui si evince chiaramente che il primo figlio, nella grandissima generalità dei casi, costa molto più degli altri.

Il costo di un figlio, sostiene Gorrieri, è di circa 500 euro al mese, ma c'è poi una successiva ricerca, attivata dall'associazione "Crescere insieme" e realizzata in collaborazione anche mi pare con la Regione Toscana, Università di Firenze, che porta ulteriori dati su cui vorrei rappresentarle un attimo l'attenzione.

Si scopre che un neonato costa ad una famiglia di reddito medio-alto 612 euro al mese, che vanno via in pannolini, pappe, controlli medici, eccetera. Le tabelle tengono conto delle quote di spese familiari che spettano al neonato, ad esempio la parte di affitto di casa, eccetera, un bambino di 5 anni fa lievitare le spese di una famiglia che guadagna un reddito analogo a quello di cui ho parlato poco fa, di 438 euro al mese. Lo studio è una miniera – dice sempre l'Università di Firenze – di dati curiosi, si scopre che il secondo figlio, grazie al riciclaggio ed alle economie di casa costa il 30% in meno del primo.

Quindi da questo punto di vista il secondo figlio costa molto meno del primo, assessore Stocker, per cui questa provvidenza che si va a proporre attraverso questa nuova proposta di legge sul welfare regionale, è assolutamente discriminatoria nei confronti delle famiglie che hanno un solo figlio, il cui costo è assolutamente più alto che nei secondi e successivi.

Le porto anche qualche dato tratto dall'ISTAT, che penso sia una fonte importante. Un neonato costa ad una coppia di genitori con un reddito medio, circa 612 euro al mese, spesi tra pannolini, eccetera, per i bimbi in età prescolare le spese ammontano a 438 euro mensili, tra asilo, maglioni, gonnelline, pantaloni, eccetera, i costi vanno poi a crescere a seconda di alcuni dati.

Da un'indagine condotta dall'ISTA nel 2003 emerge poi che una coppia con un figlio spende circa 2.791 euro, di cui il 18,6% in alimentari e bevande, il 7,3% in calzature e abbigliamento, il 3,6% in spese mediche, il 6% in istruzione. Per una coppia con 2 figli la spesa mensile è 2.930 euro, quindi vede come cresce di poco, 2.791 euro con un figlio e 2.930 euro per una coppia con due figli. Quindi le coppie con un figlio hanno una spesa di poco inferiore a quelle con due figli.

Poi lei non mi potrà rispondere che a livello di Provincia di Bolzano è stata approvata una norma nella legge finanziaria recente, varata dal Consiglio provinciale di Bolzano che prevede 80 euro fino al terzo anno di vita del figlio, perché una legislazione regionale deve armonizzare la legislazione delle due Province, diversamente siamo lontani anche da un quadro regionale. Quindi da questo punto di vista rappresento una forte ingiustizia che si realizza in questo modo.

Assegno di natalità e di cura. Ora togliere l'assegno di natalità e di cura, assessore Stocker e dire che si vuole fare politica, come questa Giunta ha detto, per aiutare le famiglie con figli per incentivare le nascite, non è vero. Tra l'altro penso che lei abbia questi dati, li ho chiesti alla previdenza integrativa,

sono dati che documentano che dal 2000 al 2004 i beneficiari dell'assegno di natalità, quindi quanto è stato pagato e dell'assegno di cura sono fortemente diminuiti. Pensi che nel 2000 i beneficiari erano 1.120, nel 2002 erano 656, nel 2003 erano 457, nel 2004 sono un po' aumentati, 957. Quindi c'è un decrescere dell'assegno di natalità, a partire dal primo figlio, quindi non è che si chiede la luna in questi termini.

L'assegno di cura nel 2000 vedeva 3061 pagamenti, nel 2001 ne vedeva 5770, nel 2002 ne vedeva 5205, che poi sono decresciuti fortemente, nel 2003 meno della metà, 2603 e nel 2004 ancora meno, 2315. Quindi sono calati nel numero e nell'incidenza di spesa l'assegno di natalità e di cura che la Regione poi, attraverso le Province, ha erogato in questi ultimi anni. Per cui è motivo di più per non togliere questa provvidenza a partire dal primo figlio.

Allora c'è una parte di popolazione, nel Trentino ed in Alto Adige, assessore Stocker, che sta a casa e che ha figli, è un dato che le porterò, circa la metà degli assegni di natalità che sono stati erogati in questi anni sono nei confronti di persone che stanno a casa e fanno figli. Allora queste persone sono oggi doppiamente penalizzate, perché qualora la persona che lavora fuori casa, se sceglie per un periodo di stare in casa, in base ai primi articoli del disegno di legge, riceve un contributo per continuare il pagamento della sua pensione, la persona che fa figli allo stesso modo e sta in casa, evidentemente non riceve nulla, quindi questa è anche una discriminazione fra genitori, oltre che nei confronti dei figli.

Oggi in sostanza questa popolazione, in Trentino ed in Alto Adige, che sta a casa e che fa figli, dal punto di vista del primo figlio, alla luce di queste proposte non piglia un euro. Questo è un dato su cui vorrei fortemente portare l'attenzione.

La proposta che ho fatto attraverso emendamenti è quella che anche a chi ha un figlio, visto il pochissimo aumento rispetto al primo figlio di chi ha il secondo figlio, quanto a costo per la famiglia, la proposta è di erogare a chi ha un figlio sotto un certo reddito un intervento forte, che in sostanza sia un assegno mensile che va a ristorare la copia o la famiglia, tanto più se si tratta di un genitore unico, sappiamo come spesso ci sono madri sole, qualche volta padri soli, che devono affrontare questo tipo di difficoltà, di erogare un assegno mensile che ho proposto attraverso alcune forme emendative.

Faccio un ragionamento con riferimento alla pensione casalinghe. Assessore Stocker, lei sa che il quadro drammatico che in questi anni qualcuno ha voluto dare circa il finanziamento della legge sulla pensione alle casalinghe, è stato determinato dal fatto che con un emendamento, proposto qualche anno fa da questa maggioranza, si era nell'ultima parte della legislatura, non ricordo bene la data, è stata allargata fortemente la estensione dell'applicazione alla pensione casalinghe, per cui si è estesa questa possibilità alle gestioni separate.

Quindi è chiaro che prendendo la legge originaria sulla pensione alle casalinghe che era rivolta unicamente alle persone che svolgevano in maniera prevalente lavoro casalingo ed allargandola a tutte le gestioni separate, moltissimi hanno fatto domanda, anche coloro che non entravano per nulla nella ratio di questa norma, per cui la lievitazione è stata forte.

Allora la proposta che ho fatto attraverso un altro emendamento, assessore Stocker, non è quella di dire: poiché la pensione alle casalinghe è

costata molto la chiudiamo, la pensione alle casalinghe è costata molto, perché si è voluto allargare, da parte di questa maggioranza, sedeva anche allora una maggioranza di centrosinistra in Giunta regionale, alle cosiddette gestioni separate che nulla centravano, fra l'altro perpetrando questo allargamento in termini di ingiustizia sociale.

Allora la proposta che ho fatto è quella di limitare la possibilità di farsi una pensione a coloro che svolgono effettivamente, in maniera esclusiva o prevalente, lavoro casalingo. Lo dico perché togliere totalmente la pensione casalinghe, visto che, secondo la proposta che ho fatto, avrebbe comunque pochi iscritti, è fare una grande giustizia, faccio presente che ci sono ancora persone casalinghe che lavorano fuori casa e togliere loro la possibilità di realizzare una pensione versando i relativi contributi, naturalmente contributi proporzionati al reddito, sarebbe una grande ingiustizia.

Fra l'altro, come lei sa assessore Stocker, una volta per tutte, vorrei rispondere a coloro che hanno dipinto in toni drammatici la questione finanziaria su questo versante, con una delibera di cui al dicembre scorso la Giunta regionale ha stanziato alle due Province circa 54 milioni di euro, per coprire il fabbisogno di spesa per la pensione casalinghe, delibera del dicembre 2004.

A questo punto, tenendo presente gli investimenti di PensPlan e di altri fondi che hanno avuto ottimi risultati in quanto ad investimenti, vi è la copertura totale di questo e togliere l'applicazione della legge sulla pensione alle casalinghe alle gestioni separate e limitarla, come era originariamente, a coloro che svolgono lavoro casalingo in maniera esclusiva o prevalente, è mettere la legge nel giusto alveo e ridurre al minimo le iscrizioni.

Quindi cancellarla totalmente è realizzare una grande ingiustizia sociale, perché poco o tanto, sicuramente meno di ieri, ci sono ancora oggi persone casalinghe che svolgono in maniera esclusiva o fortemente prevalente quel lavoro e che se togliamo questa non hanno la possibilità di realizzarsi una pensione. Quindi non andiamo a gettare via tutto, perché sarebbe realizzare un atto di grave ingiustizia sociale.

Fra l'altro, ripeto, l'erogazione degli assegni di natalità e di cura con riferimento agli ultimi anni, parlo della Provincia di Trento e di quella di Bolzano, vede che circa la metà sono erogati nei confronti di persone che fanno figli e che svolgono lavoro casalingo. Quindi togliere questo, a partire dal primo figlio, è una grande ingiustizia.

Naturalmente si rapporta la contribuzione al reddito, questo è giusto, ho proposto questo nell'emendamento e si toglie la possibilità assolutamente ingiusta che era stata prevista con un emendamento dell'allora maggioranza, nel 1998, di estendere alle gestioni separate, perché questo ha implementato fortissimamente le iscrizioni, ha implementato la spesa e questo è ingiusto socialmente. Quindi su questo versante convengo ed ho presentato un emendamento in questi termini.

Allora torno a dire: chi oggi ha un monoreddito e fa un figlio non prende un euro da questa legge e questo è ingiusto. Ho portato dati da cui emerge chiaramente che i figli costano, in particolare il primo figlio.

La proposta che ho fatto è sostanzialmente derivata da questo e cioè ho preso, assessore Stocker, quanto percepisce una persona attraverso l'attuale assegno di natalità, sono circa 2.324 euro, vi ho aggiunto quanto percepisce come assegno di cura, sono circa 350 mila lire al mese per 21

mensilità, che sono in tutto 3.795 euro, sommate ai 2.324 della natalità sono 6.120 euro in due anni, a tutt'oggi per coloro che hanno diritto al pacchetto famiglia. Allora ho diviso questi 6.120 euro per 24 mensilità e quindi per vedere quanto percepiscono al mese, sono derivati 255 euro. La proposta emendativa è di partire dal primo figlio, per le ragioni che ho più volte espresso, dando questo assegno mensile a partire dal primo figlio, togliendo ai redditi più alti.

Ritengo che se devo fare un welfare regionale, con tutto rispetto per i redditi più alti, non abbia senso nel momento in cui si restringono le risorse finanziarie, però almeno partire dal primo figlio per i redditi meno alti, in quanto il calcolo è che se per i primi due anni si danno 255 euro mensili, nella proposta emendativa che ho fatto, si risparmia sull'assegno al nucleo, perché è chiaro che l'assegno al nucleo decorre dopo i due anni del figlio.

Faccio presente che un terzo dei figli in regione nascono da donne che non lavorano, circa 3.000 in tutta la regione, per cui con questi dati ho moltiplicato per il numero delle nascite e questo prevedrebbe un'incidenza di spesa di 9.180 euro all'anno, così per il primo ed il secondo anno, però su quelli del secondo anno risparmio circa 2.800 euro non dovendo dare l'assegno al nucleo di cui alla proposta dell'assessore Stocker.

Chiudo assessore, rappresentando il fatto che è assolutamente ingiusto che si neghi una provvidenza a partire dal primo figlio, cioè la si faccia decorrere solamente dal secondo figlio, ho fatto una proposta che sono disponibile eventualmente a chiarire ulteriormente se fosse necessario, ho rappresentato l'ingiustizia che si realizzerebbe qualora si cancellasse totalmente la legge sulla pensione alle casalinghe che, ripeto, non ha sfiorato il tetto a causa delle persone che svolgono lavoro casalingo, ma a causa delle gestioni separate e qui gli uffici annuivano e quindi hanno dati che confermano questo.

Per cui le rappresento e vorrei chiedere la sua attenzione proprio sul fatto che si ripensi, a partire dal primo figlio, questo tipo di interventi, diversamente vado a pensare che la contrarietà all'attuale pacchetto famiglia sia una contrarietà in gran parte ideologica e che ancora una volta si voglia mettere l'attenzione anche finanziaria – e questo mi preoccupa molto – unicamente su PensPlan o su quant'altro di analogo. Da questo punto di vista vorrei anche far presente e chiedere all'assessore, perché non mi costringa a fare le relative interrogazioni, quanto annualmente la Regione eroga a PensPlan, come vengono utilizzati questi fondi e che controllo c'è su questo.

L'unica cosa che so è che l'investimento dei fondi pensione mi pare abbia raggiunto risultati ragguardevoli, per cui a maggior ragione c'è una copertura finanziaria per quanto riguarda anche la spesa, di cui parlavo prima, quella di questi ultimi anni relativa alla pensione alle casalinghe.

Poiché l'assegno di natalità e di cura sono fortemente decresciuti quanto a beneficiari, le rappresento che dal 2000, dove c'erano 1.120 assegni di natalità che sono stati corrisposti, al 2004 dove si è arrivati a 957, c'è un decrescere forte, ancor più per l'assegno di cura che nel 2000 ha visto 3.061 pagamenti ed oggi nel 2004 ne ha visti 2.315.

Per cui anche in questo senso troverei davvero ingiusto, visto che è decrescente il peso finanziario, toglierli totalmente, nel senso che andiamo a penalizzare le famiglie che hanno un solo figlio e molte volte si tratta di famiglie monoreddito, molte volte si tratta di genitori soli, moltissime volte si tratta di

donne sole, le quali quindi avendo un solo figlio, con il lavoro cercare di mantenere la propria famiglia, pagarsi l'asilo nido ed alla luce di questa legge non percepirebbero nulla.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Morandini. Abg. Dello Sbarba, Sie haben das Wort.

DELLO SBARBA: Grazie, Presidente. Cara assessora, cari colleghe e colleghi, vorrei tranquillizzare subito il collega Morandini dicendogli che sulle questioni del primo figlio noi siamo d'accordo, ieri abbiamo fatto una conferenza stampa a Bolzano, proprio per spiegare le nostre proposte che sono simili alle tue, ma per dirti che in qualche modo noi non abbiamo, se ti riferivi a noi, nessuna pregiudiziale ideologica al pacchetto famiglia, abbiamo solo un punto di vista che considera la questione delle politiche per la famiglia all'interno della politica sociale e non invece all'interno della politica demografica.

Noi facciamo questo tipo di distinzione, che se vuoi è una distinzione ideologica, ha però alcune conseguenze, ma non ha conseguenze per quanto tu dici sulla questione del primo figlio ed anche a noi pare un'ingiustizia, adesso poi ne parlerò.

Innanzitutto vorrei esprimere il mio apprezzamento per come l'assessore Stocker ha lavorato, almeno fino al 22 dicembre, poi dal 22 dicembre è successo qualche incidente nel metodo di lavoro che dopo vorrei spiegare, ma per quanto riguarda il grosso di questo provvedimento, eccetto l'art. 10-bis, il coniglio nel cappello che l'assessore ha tirato fuori per le vacanze di Natale, però fino al 22 dicembre devo dire che il lavoro preparatorio che è stato fatto, il materiale che ci è stato consegnato è stato accurato, ci hanno fornito la possibilità anche di fare qualche critica, quindi questo è un apprezzamento per quanto riguarda il metodo di lavoro seguito fino alla questione del fondo, di cui parlerò e su cui, secondo me, c'è stato un modo concitato e non corretto di operare.

Partiamo dalle questioni punto per punto. La questione delle coperture assicurative per i periodi di cura, sia per i figli, sia per i familiari con gravi malattie, su questo ho un dubbio, noi siamo in sostanza d'accordo, ma vorrei mettere alcuni puntini sulle i, perché ci sono alcune questioni. A me pare, in sostanza, che l'intenzione della Giunta regionale sia stata quella di creare delle misure di sostegno, rivolte ai lavoratori dipendenti del settore privato, però operando anche mentalmente sul modello delle garanzie del settore pubblico, in particolare del settore pubblico in provincia di Bolzano, che sappiamo i dipendenti pubblici godono di più forti garanzie, per esempio tre anni di copertura di maternità, rispetto anche al settore pubblico nella provincia di Trento.

Questo come intenzione è corretto, cercare di dare anche ai dipendenti privati la stessa copertura che noi come Provincia autonoma abbiamo dato ai dipendenti pubblici, però porta ad alcune contraddizioni nel momento in cui le misure si inseriscono nel quadro della contrattazione del mondo del lavoro privato.

Per esempio la copertura pensionistica per la copertura dei figli, questi 12 mesi 3.500 euro, che non sono una grande copertura, presuppongono una cosa: le dimissioni dal lavoro del genitore. Perché questa copertura arriva

dopo che il genitore ha fatto la parte obbligatoria, ha preso la parte facoltativa di maternità o di paternità e poi la Regione è disponibile a coprirlo per altri 12 mesi, ma a coprirlo nel momento in cui si licenzia, perché nei contratti di lavoro del settore privato, soprattutto nelle aziende sotto 15 dipendenti, che sono la gran parte del nostro tessuto produttivo, non ci sono garanzie di conservazione del posto di lavoro. Il cons. Catalano che fa l'avvocato e che difende i lavoratori sa benissimo che è quasi impossibile avere da un padrone privato un congedo di maternità volontario, mantenendo il posto di lavoro.

Quindi gode di questa provvidenza solo chi si dimette, cioè il genitore si deve dimettere. Farebbero un grosso errore a dimettersi dal lavoro per avere 3.500 euro di contributi in un anno e poi basta, farebbero un grosso errore, infatti lo so benissimo che qui si vuol coprire donne o genitori che comunque si dimetterebbero ed allora noi gli diamo una copertura. Però il problema, se vogliamo essere seri, bisogna attivarsi come Provincia e come Regione per esplorare la possibilità di raggiungere nella contrattazione decentrata a livello provinciale il diritto alla conservazione del posto di lavoro anche durante questi 12 mesi.

Questa è la questione fondamentale, che è una questione di impegno politico della Giunta e di lavoro sulla cosa.

La questione anche per la cura dei familiari, qui le possibilità sono più ampie, qui c'è la possibilità di avere dei congedi, però diciamoci la verità, chi resta a casa con 3.500 euro di contributo l'anno o ci resta poco, o è una finestra per breve tempo, o è alla fine della carriera ed allora la cosa può avere un senso, ma se una persona resta per più anni troppo a lungo e troppo giovane fuori dal lavoro con la copertura pensionistica che gli diamo noi, con il sistema pensionistico di oggi, avrà una pensione bassissima e quindi rischia di diventare un caso sociale.

In sostanza ho l'impressione che solo chi lavora si garantisce una pensione dignitosa e con il vento che tira da Roma anche chi lavora avrà difficoltà e quindi il problema di facilitare il reingresso del lavoro, questo è il problema fondamentale che, almeno a livello di impegno politico, noi tutti dobbiamo prenderci.

Arrivo alla questione, sollevata dal cons. Morandini, dell'assegno al nucleo familiare, cioè l'assegno per i figli. Ha ragione il cons. Morandini, anch'io mi ero fatto questo calcolo, cioè noi con questo pacchetto famiglia non introduciamo solo nuove provvidenze, noi ne aboliamo alcune e che cosa aboliamo? Su questo c'è la differenza ideologica tra noi, cons. Morandini, sono felice che aboliamo l'assegno di natalità, sono felice che aboliamo l'assegno di cura che veniva dato a condizione che la donna non andasse a lavorare e che quindi rischiava di incentivare il ritorno a casa delle donne.

Quindi sono contento che noi le aboliamo, però dobbiamo dire che le aboliamo e dobbiamo sapere che cosa comporta, comporta che noi scopriamo totalmente le famiglie con un solo figlio.

L'assegno di natalità, lo ha ricordato il cons. Morandini, era di 2.286 euro, l'assegno di cura era 183 euro per 20 mesi, cioè 3.660 euro, in sostanza una famiglia con un solo figlio poteva aspirare a prendere fino ad oggi circa 6.000 euro.

L'assessore lo sapeva che noi abolivamo queste provvidenze, infatti nei suoi materiali preparatori, che sono molto belli e chiunque li vuol prendere li

può prendere, lei dice: qui però bisogna fare qualcosa, in particolare per i nuclei monoparentali, cioè per le ragazze madri e per i ragazzi padri che sono nuclei che in tutte le statistiche sulle condizioni sociali sono nuclei che affollano i casi a rischio di scivolamento sotto la soglia di povertà, nuclei monoparentali con un figlio già sono a rischio di soglia di povertà.

Naturalmente, a prescindere se sono monoparentali o biparentali, noi scopriamo i nuclei familiari con un solo figlio e con basso reddito. L'assessora diceva nella sua relazione che bisogna fare qualcosa per questi. Mentre per tutta la documentazione l'assessora usa l'indicativo, qui comincia ad usare il congiuntivo, cosa si potrebbe prevedere e chi lo dovrebbe prevedere? L'assessora dice che lo dovrebbero prevedere i due Consigli provinciali. A Trento non avete fatto niente e non mi risulta che stiate facendo nulla, quindi questi restano a zero; a Bolzano qualcosa abbiamo fatto, c'è questo regalino di Natale che la Giunta provinciale ha voluto fare, 80 euro per tutti, anche per i ricchi, per 12 mesi per 3 anni.

Questi nuclei perdono 6 mila euro ed 80 euro per 12 mesi per 3 anni fa 2.880 euro, quindi meno della metà. Noi togliamo a nuclei in difficoltà la possibilità di attingere a 6 mila euro ed a Bolzano – a Trento niente – siamo più generosi e li diamo 2.880 euro.

Il rischio quindi è di togliere a poveri per dare a ricchi, perché poi l'operazione che fa il pacchetto famiglia è di aumentare il reddito, perché ormai la parola d'ordine che va di moda in questa regione e che mi dà qualche dubbio è: includiamo i ceti medi. Ho l'impressione che noi cerchiamo di includere i ceti medi perché non abbiamo un serio metodo di accertamento fiscale, per cui visto che si rischia, basandosi sulle dichiarazioni dei redditi, di premiare ceti, cioè non controlliamo sostanzialmente, perché se voi pensate che tra i paesi più poveri del Sudtirolo c'è Scena che è uno dei paesi top, è il terzo per pernottamenti turistici, però è al decimo posto in fondo della graduatoria per reddito. Allora qui qualcosa non va nelle dichiarazioni dei redditi.

Allora il rischio è che l'uscita da questa difficoltà, invece che dire: facciamo un sistema serio di accertamento dei redditi, voi in Trentino su questo siete più avanti con questo ISE provinciale che state studiando, noi zero naturalmente, invece di cercare di accertare meglio i redditi, con più precisione, si rischia di dire: diamo un po' a tutti, lasciamo perdere l'accertamento dei redditi, perché non siamo in grado.

Credo invece che bisogna muoversi per un serio accertamento dei redditi e credo che bisogna coprire le famiglie in difficoltà. Proprio dalla tua documentazione, assessora Stocker, abbiamo saputo che le famiglie sotto i 30 mila euro di reddito all'anno e con un solo figlio, cioè quelli a cui togliamo e sono sotto i 30 mila euro di reddito all'anno sono 9 mila a Bolzano e 11 mila a Trento, sono 20 mila famiglie a cui noi con questo provvedimento togliamo, senza dare in cambio niente. Sono famiglie di reddito basso, fra cui molte monoparentali.

Quello che noi proponiamo lo proponiamo con un ordine del giorno che quindi può aprire poi la strada al discorso, è di prevedere per le famiglie biparentali almeno fino a 35 mila euro e per le famiglie monoparentali almeno fino a 30 mila euro, abbiamo imitato la scala gerarchica che nel pacchetto famiglia c'è, di prevedere anche l'assegno per nucleo familiare a partire dal primo figlio. Questa è una nostra proposta molto vicina alla tua.

Altro punto fondamentale ed a me pare particolarmente scandaloso, la questione della residenza. Anche qui togliamo ai poveri per dare al ceto medio. Tutto il vecchio pacchetto famiglia era incastonato sui tre anni di residenza per accedere alle prestazioni sociali, erano tre anni però, non capisco perché con questo pacchetto famiglia facciamo da 3 a 5 anni, non lo capisco, non c'è alcun criterio per passare da 3 a 5 anni. Anzi devo dire che le norme sia italiane che europee, perfino con il Governo Berlusconi, dicono che chi lavora e paga le tasse deve avere accesso alle prestazioni sociali da subito, per cui noi abbiamo due ipotesi, uno è di toglierlo questo margine di residenza, l'altro è di riportarla a tre anni, come era fino adesso.

Se non mettiamo mano a questa cosa il rischio delle ingiustizie è enorme, cioè se c'è qui un lavoratore che si è trasferito in regione e che lavora e paga le tasse, noi rischiamo che questi con le sue tasse per cinque anni alimenta il budget da cui viene preso anche l'assegno per nucleo dei nostri figli e ce lo paga a noi, mentre lui non prende niente per cinque anni. Vi sembra una cosa ragionevole?

Per cui su questa cosa della residenza si va verso l'affievolimento di questa questione della residenza, non è possibile che oggi noi aumentiamo la clausola della residenza e non vorrei che anche qui ci sia solo una questione di finanziabilità, cioè di dire: visto che noi con questa cosa stiamo rincorrendo ceti medi, restringiamo la copertura sociale per altri ceti. Naturalmente mettere la residenza a cinque anni taglia fuori più persone, ancora una volta probabilmente le più bisognose, le più povere.

Infine il fondo parcheggio. Qui cara assessora con la destra ho fatto l'elogio, adesso con la sinistra lo ritiro, perché devo dire che qui la Giunta regionale ha agito in maniera concitata ed, a mio parere scorretta, può essere proprio la metafora di come si fanno le leggi da noi, specialmente a Bolzano, non so a Trento.

La legge Berlusconi, la legge delega sulle pensioni è dell'agosto 2004 e sapevate tutto; la legge sul pacchetto famiglia regionale dell'assessore Stocker e dell'ottobre 2004, quindi agosto e ottobre, avevate due mesi e mezzo di tempo per studiare questo sistema, infilare dentro il cosiddetto fondo parcheggio considero sia una questione anomala, ma comunque se pensate che ci stesse dentro il pacchetto famiglia, perché non lo avete messo fin dall'inizio? Dopo di che mi arriva il pacchetto famiglia con tutta la documentazione, sono felice, faccio gli elogi all'assessora Stocker, dopo di che il 22 o 23 dicembre arriva in Commissione l'emendamento a sorpresa, il coniglio dal cappello. Con il fatto che prendo il treno da Bolzano, leggo sui giornali l'annuncio che arriva, perché il giorno prima qualcuno ha parlato con i giornali ed ha indorato la pillola, mi arriva non alle 10 di mattina quando incomincia la Commissione, ma alle 15,30 del pomeriggio, perché è ancora in scrittura, mi arriva questo emendamento senza alcun materiale accompagnatorio, per cui in Commissione devo io tirar fuori la contro proposta di Laborfonds che avevo avuto per vie fortunate, perché mi ero informato; non c'è traccia di materiale accompagnatorio, alle 15.30 arriva l'emendamento, alle 17.00 viene votato.

Ho sentito il bisogno di mettermi di traverso a questa cosa, cioè di dire: qui va fatta una riflessione, qui sono in gioco i denari dei lavoratori e con i denari dei lavoratori non si può giocare e quando si vota in Commissione o in

aula sui denari dei lavoratori, non alzo la mano a cuor leggero, non alzo la mano senza sapere su cosa sto votando e cosa sto discutendo.

Tra l'altro avevo la proposta Laborfonds ed avevo visto che il maxi emendamento presentato dall'assessora Stocker non teneva in minima considerazione la proposta Laborfonds. Allora se questo nostro agitato mettersi di traverso, questo nostro fare opposizione anche molto dura, ho avuto con il collega Pardeller degli attriti più volte in tutta questa vicenda, è servita per aprire il confronto e per portare all'incontro che ieri l'assessora alle 17.00 ha avuto con le parti sociali e Laborfonds, già un primo successo la nostra azione solitaria l'ha avuto, cioè quello di fermare la corsa e puntare ad una ridiscussione.

Adesso mi si dice che questo maxi emendamento, che era il maxi emendamento del 22 dicembre, che poi è diventato legge dentro la Commissione, adesso verrà modificato con un nuovo emendamento su cui auspico che ci sia consenso delle parti sociali, le parti sociali mi informano che loro non hanno firmato niente, anche perché non c'è niente. Quindi bisogna vedere cosa c'è scritto, allora per vedere cosa c'è scritto, chiudendo un attimo la cosa, cioè capisco che la battaglia per emendamenti la faccia l'opposizione, ma che la battaglia per emendamenti la faccia la maggioranza, la faccia la Giunta questo mi sembra veramente condannabile, perché è un continuo emendare. Perlomeno avevate le idee poco chiare, visto che anche a Roma c'è qualche senatore molto attivo sulla questione della previdenza, o forse troppe mani hanno lavorato a questo emendamento.

Quindi questi emendamenti ballano continuamente, però vedremo, protesto per il fatto che per l'ennesima volta la Giunta emenda se stessa, ha tutti gli uffici legali, tecnici per presentare dei provvedimenti chiari, precisi su cui non deve pentirsi, li usi.

Voglio però mettere le mani avanti e dico che quando si parla di soldi di 280 mila lavoratori dipendenti del settore privato in regione, bisogna usare l'ecologico principio di precauzione, cioè bisogna andare con i piedi di piombo, bisogna stare attenti a cosa succede.

Allora sollevo tre problemi e poi chiudo. Il primo, questo fondo parcheggio della regione a chi si rivolge? Perché se mi si dice e mi si è detto, che si rivolge solo ai residuali, cioè quelli che non possono aderire ad alcun fondo contrattuale, sono d'accordo, però poi vado a leggere l'emendamento e vedo che si rivolge a tutti, si rivolge ai residuali, si rivolge a quelli che possono aderire a dei fondi contrattuali e non l'hanno ancora fatto, addirittura si può rivolgere teoricamente anche a quelli che già hanno aderito a Laborfonds e che a Laborfonds hanno conferito solo il 40% della loro TFR. Come è adesso la norma, nel fondo parcheggio potrebbero confluire anche questi.

Vi do i numeri per riassumere. Noi abbiamo 280 mila lavoratori dipendenti, di questi circa 67 mila sono iscritti a Laborfonds e danno a Laborfonds non solo una parte piccola del proprio stipendio, più il contributo del padrone, ma anche il 40% del TFR, quindi resta un 60% del TFR. Quindi 67 mila aderiscono a Laborfonds, 193 mila non aderiscono a nessun fondo contrattuale, ma hanno nei loro contratti la possibilità di aderire ad un fondo contrattuale e 20 mila non hanno la possibilità di aderire ad un fondo contrattuale, sono i cosiddetti residui. Se noi stiamo facendo un parcheggio per i residui sono d'accordo, mi sembra una mossa intelligente, però questo va

scritto chiaro e tondo nella legge. Se noi invece facciamo un fondo che vuole intercettare il TFR anche dei 193 mila che potrebbero iscriversi a Laborfonds, addirittura del 60% del TFR dei 67 mila che già sono iscritti a Laborfonds, noi istituimo un fondo regionale che fa concorrenza ad un altro fondo regionale, con una differenza però, che questo fondo regionale poi verrebbe gestito da PensPlan, eccetera, quindi sta tutto dentro l'ambito politico della Regione. Laborfonds invece è un fondo aiutato dalla Regione, ma istituito attraverso un accordo tra imprenditori e sindacati e gestito da queste parti sociali. Noi dobbiamo assolutamente privilegiare questo fondo.

Allora se noi vogliamo fare un parcheggio solo per 20 mila residui e non per i 193 mila che potrebbero iscriversi a Laborfonds, non per i 67 mila che già sono iscritti a Laborfonds che fanno 250 mila, se noi 250 mila li lasciamo a Laborfonds e 20 mila li facciamo una rete di protezione di parcheggio sono d'accordo, ma questo va scritto nero su bianco sulla legge. Oggi sulla legge questo non c'è scritto, quello che c'è scritto sulla legge si potrebbe rivolgere a tutti i 280 mila lavoratori.

Attenzione, il principio di precauzione. Voi sapete benissimo che nella legge delega del Governo Berlusconi, che i sindacati contestano, c'è anche prevista la parificazione tra fondi aperti e fondi chiusi; questo vuol dire che domani Laborfonds e tutti i fondi PensPlan sono equiparati e se PensPlan fa il pieno dei TFR, scusate ma non sono convinto che poi cederà questi iscritti a Laborfonds, sarò sospettoso, per me si chiama principio di precauzione.

Quindi scriviamo per legge: facciamo un parcheggio per i 20 mila residui, scriviamolo, io la voto.

Secondo punto. La norma che l'assessora ha presentato dice: fondi istituiti o promossi dalla Regione. Guardate, io andrei via contento stasera se noi togliamo quelli istituiti. Qual è la differenza tra istituiti e promossi? E' che istituiti se lo istituisce la Regione per conto suo, promossi vuol dire che la regione deve trovare un accordo con le parti sociali, sindacati ed imprenditori che gestiscono anche Laborfonds per promuovere questo fondo.

Allora se la Regione si impegna a non istituire per conto suo, a prescindere, ma arrivare ad un accordo con le parti sociali, a me questo già mi garantirebbe che ciò che fa la Regione non va contro ciò che le parti sociali, imprenditori e sindacati hanno concordato.

Ho sollevato questa questione e la risposta dell'assessora è: insomma la legge nazionale mi da questa prerogativa di istituire per conto mio o promuovere, sono autonomista e prendo il massimo della competenza. Assessora Stocker, attenzione, se lei scrive solo "promuovere" a chi cede sovranità alla Regione? Perché sono autonomista quanto lei e dico che allo Stato non bisogna cedere sovranità. Ma io forse sono autonomista in maniera diversa da lei e dico che la Regione, a sua volta, questa sovranità la deve cedere verso il basso. Se lei rinuncia a "istituire" e scrive solo "promuovere", lei cede sovranità non a Roma, la cede ai sindacati dei lavoratori ed alle parti sociali di questa regione. Lei si impegna a non decidere per conto proprio, ma a decidere attraverso un incontro, una consultazione con le parti sociali e questa è una differenza molto forte. Non chiedo che la Regione rinunci sovranità a favore di Roma, ma chiedo che la Regione condivida questa sovranità con le parti sociali di questa Regione e quindi agganci il proprio provvedimento, Presidente ed assessora, non ad una legge del Governo Berlusconi, il quale

Governo Berlusconi perché vuol fare istituire alle Regioni? Perché Formigoni è già pronto a fare il fondo dei padani, ma noi non dobbiamo agganciarci ad una legge del Governo Berlusconi, ma al nostro statuto di autonomia, la norma di attuazione del 2001.

Infine l'ultima domanda che vi faccio è: ma questo fondo che noi promuoviamo le garantisce almeno le rendite del TFR? Perché oggi il TFR se lo lascio in azienda mi dà l'1,5% più il 75% di inflazione. Me lo garantite almeno questo o no? Perché se non lo garantite ai lavoratori chi glielo fa fare di aderire al fondo.

Ho finito Presidente. In sostanza noi siamo per una politica sociale, equa e solidale e quindi se la coperta ha certe dimensioni limitate noi siamo perché questa coperta innanzitutto copra chi ha più freddo e quindi anche le famiglie con più difficoltà ed un solo figlio ed in secondo luogo quando si parla di soldi dei lavoratori, di liquidazione dei lavoratori, invito quest'aula, soprattutto i colleghi trentini, ad usare un sano principio di precauzione, a non prendere decisioni di cui poi ci potremmo pentire.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Leitner, Sie haben sich vorgemerkt. Sie haben das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich werde mich auf wenige Artikel dieses Gesetzes beziehen. Grundsätzlich bin ich froh, dass wir diesen Gesetzentwurf getrennt vom Regionalhaushalt behandeln, weil so die Materie sicherlich übersichtlicher dargestellt werden kann und weil sie nachher sicherlich leserlicher ist, als wenn man diesen Text in einem Haushaltsgesetz suchen müsste.

Es ist hier natürlich klar geworden, dass es zum Begriff Familienpolitik unterschiedliche Positionen gibt. Ich möchte davor warnen, dass man die Familie zu ideologischen Auseinandersetzungen missbraucht, auch wenn mir klar ist – und das gilt für mich selber auch – dass ich hier eine klare Position habe. Aber da lange ideologische Kämpfe zu führen, ist wahrscheinlich wenig sinnvoll. Die Region hat in diesem Bereich eine klare Aufgabe. Sie ist zuständig im Bereich Fürsorge, im Bereich der Ergänzungsvorsorge und dergleichen mehr. Das ist hier klar eine soziale Maßnahme. Es ist Teil des Familienpaketes, wie wir es in der Öffentlichkeit dargestellt haben und ich ersuche noch einmal nicht zu verwechseln, das Kindergeld, das der Südtiroler Landtag eingeführt hat, das wir nicht als soziale Maßnahme sehen, sondern als familienpolitische Maßnahme. Das ist ein großer Unterschied. Deshalb auch die Diskussion ob Obergrenze, Einkommensgrenze ja oder nein, aber das hat der Landtag so beschlossen. Aber auch vielleicht für die Trentiner Kolleginnen und Kollegen kurz diesen Satz dazu, damit man zumindest aus unserer Situation versteht, warum wir diese Dinge auseinander halten. Wir haben dann auch leider bemängelt, dass das Kindergeld erst ab 1. Juli mit diesem Gesetz in Kraft tritt, weil wir ein halbes Jahr für die Familien in Südtirol dadurch verloren haben. Das ist der Wermutstropfen in dieser Angelegenheit, wie wir eben meinen.

Wir sind ganz klar dafür, was die Artikel 1 und 2 anbelangt, dass Erziehungs- und Pflegezeiten endlich anerkannt werden. Diese Forderung haben wir in der Vergangenheit immer wieder erhoben. Das ist ausdrücklich zu begrüßen und höchst an der Zeit. Was hingegen das regionale Familiengeld

anbelangt, haben auch wir bereits bei der Haushaltsdebatte gesagt, dass wir möchten oder anregen, dieses Familiengeld bereits ab dem 1. Kind zu zahlen. Wir haben auch einen Tagesordnungsantrag eingereicht. Wir hatten ihn schon beim Haushalt eingereicht, haben ihn dann zurückgezogen, weil eben die Frau Assessor diese Artikel zurückgezogen hat und ihn jetzt neu einreicht. Ich möchte ihn jetzt schon ganz klar begründen. Das ist nicht eine populistische Forderung, wie man vielleicht glauben möchte, sondern wenn man die Realität anschaut eine Notwendigkeit. Es ist im Gesetz auch mehrmals der Begriff Alleinerziehende drinnen und die Zahlen, die hier Kollege Dello Sbarba genannt hat, sagen doch einiges aus, dass es sehr viele gibt. Wo ich ein bisschen Probleme habe ist, dass festgeschrieben wird, den Begriff Familie, Alleinerziehende erst in einer Verordnung zu definieren. Wir haben alle zusammen das große Problem, wie wir Familie definieren. Davon hängt sehr viel ab, vor allem, wenn daran Geldleistungen gebunden sind, denn das ist schon eine entscheidende, grundsätzliche Diskussion. Da wird hier verwiesen auf Absatz 5 des Artikels 1, wo in einer Verordnung, die drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes erlassen wird, erst geregelt wird, was man darunter wirklich zu verstehen hat. Ich möchte nur, dass man hier die reale Situation berücksichtigt. Ich sage euch ein Beispiel. Ich war letzte Woche mit einer jungen Frau im Gespräch, die mir gesagt hat, sie ist allein erziehende Mutter. Sie hat ein Kind von eineinhalb Jahren, sie geht halbtags arbeiten, sie verdient 650 Euro netto im Monat. Sie zahlt 370 Euro für einen Betreuungsplatz, lebt bei der Mutter, hat das Glück, dass sie dort unterkommt. Ich stelle jetzt diese Frage. Das sind dann die Probleme, die konkret sind. Was sagt man solchen Menschen? Sie kann nicht einmal ums Wohngeld ansuchen, weil sie ja keinen Mietvertrag hat. Sie kann nicht mit der Mutter einen Mietvertrag machen. Das sage ich jetzt all jenen, die so stark für Kinderplätze und Kinderhorte und dergleichen mehr sind. Das kostet auch. Und weil sie eben in einem Ort lebt, der nicht sehr groß ist und wo dieser Kinderhort keine Konvention mit dem Land hat. Sie zahlt voll, also wie soll man bei 650 Euro Einkommen, 370 Euro Spesen nur für den Betreuungsplatz, dann noch leben? Was antwortet man einer solchen jungen Frau? Das sind die konkreten Dinge – und sie bekommt dieses regionale Familiengeld nicht. Sie hat bei allen anderen Dingen auch das Nachsehen und wir wissen, dass damit auch Geburtengeld und andere Dinge weggefallen sind. Wer sich so fest an Einkommensgrenzen krallt, der sollte sich auch die Frage stellen, ob wir hier „sozial gerecht“ sind, ob wir hier soziale Treffsicherheit an den Tag legen. Das ist für mich das große Problem, wenn man die konkreten Beispiele dann anschaut. Aber es ist an und für sich eine Möglichkeit, den Familien entgegen zu kommen. Wir lehnen dieses Gesetz nicht grundsätzlich ab. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Die ersten zwei Artikel finden voll und ganz unsere Zustimmung, was das regionale Familiengeld anbelangt, hier sollte man vielleicht nach der Erstanwendung in relativ kurzer Zeit auch eine Überprüfung vornehmen, ob wir hier wirklich diese soziale Treffsicherheit einigermaßen erreichen.

Was für uns aber klar ist, ist die Forderung, dass man auch bereits für das erste Kind dieses regionale Familiengeld zahlt, wenn es sich um Alleinerzieher handelt, die unter einem bestimmten Einkommen sind. Wir haben jetzt in Zukunft bei allen Dingen mit diesem Mindesteinkommen zu tun. Ich darf ein Beispiel zitieren, dass jetzt nicht direkt damit zu tun hat, aber indirekt auch.

Die Landesregierung hat gestern beispielsweise beschlossen, die so genannten Nullmieten zu erlassen, dass Personen, die unter einem bestimmten Einkommen sind, keine Miete beim Sozialinstitut zahlen. Ich möchte nur eines zu Bedenken geben: Wir werden erleben – und das ist meine große Sorge –, dass wir hier einen sozialen Konflikt heraufbeschwören, weil wir wissen, dass in diese Kategorie auch besonders viele Einwanderer hineinfallen. Ich möchte diese Sorge auch der Regierung nahe legen, das ein bisschen nicht so sehr beiseite zu schieben, weil es ein unangenehmes Thema ist und weil es sich auch zum Missbrauch gebrauchen lässt. Aber das ist ein großes Problem und das wisst ihr ganz genau wie wir auch. Also dass man hier nicht Mechanismen aufmacht, wo die Nutznießer in erster Linie Einwanderer sind. Dass man denen auch hilft, wenn sie sich an die Spielregeln halten, steht für uns außer Frage, aber hier ist auch die Tür wieder zum Missbrauch, zum Schwindeln geöffnet und das sollte man bedenken. Dafür hat unsere Bevölkerung kein Verständnis mehr. Da kann man sich nicht länger hinausreden und so tun, als ob es das Problem nicht gäbe, wie man in den letzten Jahren eben getan hat. Das wird uns einholen. In den Rangordnungen werden wir vorne, wenn es um soziale Leistungen geht, diese Familien haben und in Südtirol gibt es einige Gemeinden, wo dieses Problem mehr als akut ist. Wenn man hier nicht handelt, dann drohen Gefahren, wie wir sie aus anderen Ländern auch kennen.

Was den Punkt zum Abfertigungsfonds anbelangt, hier möchten wir, dass uns die Frau Assessor einfach den letzten Stand darlegt. Mir erscheint diese Regelung nicht daneben. Sie kann also durchaus sinnvoll sein. Ich möchte aber schon wissen, inwieweit Gewerkschaften und Arbeitnehmer hier eingebunden worden sind. Wenn das gemeinsam angegangen wird, dann scheint das durchaus eine vernünftige Lösung zu sein. Ich denke, dass in Südtirol wahrscheinlich jemand lieber in einen solchen Fonds einzahlt wie in den nationalen INPS-Fonds. Das erlaube ich mir einfach einmal zu behaupten. Aber ich möchte wissen, inwieweit die Gespräche geführt worden sind und ob die Arbeitnehmerverbände, Gewerkschaft usw. mit eingebunden worden sind.

Wir ersuchen unserem Tagesordnungsantrag zuzustimmen. Das ist jetzt keine Erpressung, so stark sind wir nicht, aber von dem werden wir unser Stimmverhalten zum gesamten Gesetz abhängig machen, ob es ein Ja wird oder eine Enthaltung.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Bertolini, bitte.

BERTOLINI: E' difficile non vedere una volontà ideologica nella presentazione di questo disegno di legge, perché, a mio modo di vedere, credo che questi articoli, anziché chiamarli "pacchetto famiglia", debbano essere chiamati "pacchetto antifamiglia". Con questi articoli andiamo a smantellare l'impianto esistente fino ad oggi, che conteneva sicuramente delle iniziative apprezzabili.

Capisco le motivazioni che alcuni mesi fa avevano portato la maggioranza a sospendere l'adesione alla pensione per le casalinghe, giustificando questo provvedimento con l'impossibilità a sostenere in futuro i costi derivanti da queste adesioni per la pensione alle casalinghe.

Non capisco come, oltre alla cancellazione definitiva della pensione alle casalinghe, si arrivi anche a cancellare gli interventi per l'assicurazione per la degenza per l'assicurazione ospedaliera o per gli infortuni domestici a favore

delle casalinghe ed a cancellare anche l'assegno di natalità e di cura. Credo che su questi interventi nulla è mai stato eccepito e che questi siano stati sicuramente gli interventi apprezzati dalle famiglie che fino ad oggi hanno potuto godere di queste iniziative.

Credo quindi che una certa visione ideologica abbia caratterizzato la maggioranza nel presentare questi provvedimenti, perché di fatto vedo un forte attacco all'istituto della famiglia, perché si va a colpire la persona casalinga, annullando qualsiasi iniziativa a vantaggio di chi per scelta ha deciso di seguire i propri figli, di lavorare in casa e quindi di non ricercare lavori esterni, sia come lavoratrici dipendenti che come lavoratrici autonome.

Dopo questo provvedimento non vi sarà più alcun tipo di tutela, alcun tipo di considerazione da parte della Regione Trentino-Alto Adige verso le persone casalinghe. E' vero che si mantiene questo nucleo familiare, ma direi che direttamente per le persone casalinghe sparisce qualsiasi tipo di iniziativa a sostegno di questo tipo di lavoro. Questo alla faccia delle tante belle parole quando continuamente sentiamo parlare che il lavoro della casalinga deve essere considerato un lavoro vero e proprio, che chi sceglie di svolgere l'attività di casalinga non deve essere penalizzata, non deve subire penalizzazioni rispetto a chi sceglie di svolgere un proprio lavoro e ritengo che gli interventi fatti nel passato siano andati proprio in questa direzione, nel senso di dare contributi morali a chi svolge questo tipo di lavoro.

Il fatto di prevedere un'assicurazione per la degenza ospedaliera o di prevedere un'assicurazione per gli infortuni domestici, al di là del reale riscontro economico, quindi al di là del numero di adesioni e del numero dei beneficiari di questa assicurazione, non so quanti casi nell'arco di un anno vi possono essere stati di infortuni domestici o di degenze ospedaliere da parte delle persone casalinghe, però credo che comunque questo era un segnale forte, un segnale di parificazione del lavoro della casalinga a qualsiasi altro tipo di lavoro.

Quindi eliminare questi due interventi che erano inseriti nel pacchetto famiglia, al di là del risultato materiale effettivo, credo dia un brutto messaggio a chi svolge il lavoro della casalinga, come credo sia un segnale molto negativo quello della cancellazione dell'assegno di natalità e dell'assegno di cura. Anche in questo caso assegni rivolti esclusivamente a chi svolge l'attività di casalinga, quindi non rivolti alle donne che svolgevano altri tipi di lavoro dipendente o autonomo, ma questo assegno di natalità e di cura che era rivolto alle persone casalinghe viene cancellato, quindi anche in questo caso ci sarà questa ulteriore penalizzazione, magari andando incontro a scelte non facili.

Sappiamo che oggi decidere di avere un figlio comporta delle valutazioni non solo sotto l'aspetto familiare, ma anche sotto l'aspetto economico e quindi togliere questo importante assegno, perché qui si parlava di 5 mila euro, cifre che vanno sull'ordine dei 10 milioni di lire, credo sia veramente molto penalizzante andare a togliere questo intervento e non prevedere alcun altro intervento alternativo.

Quindi siamo di fronte ad 11 articoli che da un lato vanno a cancellare una serie di iniziative che erano molto apprezzate e dall'altro lato, al di là di prevedere alcuni interventi per chi decide di proseguire la contribuzione previdenziale anche in forma volontaria, non prevede altro che non questi sostegni per la contribuzione volontaria e questo assegno per il nucleo familiare, ma solamente dal secondo figlio in poi.

Sicuramente non può trovare il mio consenso una proposta di legge che va in questa direzione. Mi sembrano più delle iniziative rivolte ai lavoratori, chiamiamolo pacchetto lavoro, ma sicuramente non possiamo chiamarlo pacchetto famiglia.

Mi spiace anche che in Commissione non si sia potuto sentire la voce dei sindacati trentini, delle associazioni maggiormente rappresentative che si occupano del sociale, come ad esempio delle ACLI. Abbiamo sentito le ACLI ed i sindacati dell'Alto Adige, ma per disguidi burocratici, i componenti le Commissioni non hanno segnalato al Presidente della Commissione il nome di queste categorie sindacali trentine, personalmente ritenendo che sicuramente le maggiori categorie sindacali e le ACLI dovevano essere comunque incluse per un'audizione, indipendentemente dalla segnalazione dei membri le Commissioni, eventualmente i membri della Commissione potevano segnalare qualche altra associazione di tipo minore che con molta probabilità, magari dal Presidente della Commissione, poteva essere esclusa dalla audizione, ma non doveva esserci la necessità di segnalare categorie importanti come i sindacati o come le ACLI del Trentino.

Quindi anche l'assenza di questa voce mette in difficoltà anche i consiglieri, almeno la parte trentina, nella valutazione di un provvedimento che sicuramente avrà effetti pesanti in futuro per quanto riguarda gli interventi a favore della famiglia e del sociale.

Sulla pensione per le casalinghe c'era stata questa sospensione, con la motivazione che la pensione per le casalinghe costava troppo, che non era sostenibile il costo derivante dall'adesione a questo intervento per il futuro, però credo che se la volontà era quella di dare la possibilità alle persone che scelgono di svolgere l'attività di casalinghe di costituirsi una pensione propria, potevano essere ricercate altre forme, variando gli importi sia di adesione, sia gli importi di erogazione dell'assegno pensionistico.

Quindi credo che altre formule potevano essere sicuramente pensate ed elaborate, diverse da quella della cancellazione tout court dell'intervento, quindi è semplice bloccare l'adesione, eliminare il provvedimento e quindi da oggi nessuno potrà più aderire a questo tipo di pensione.

Ricordiamo che la pensione INPS va cumulata con la pensione del coniuge, mentre in questo caso la pensione istituita dalla Regione non era cumulabile con la pensione INPS e quindi la casalinga che decideva di aderire a questa pensione sapeva che al raggiungimento del diritto avrebbe sicuramente percepito l'assegno di pensione. Per quanto riguarda l'INPS c'è comunque il discorso della cumulabilità con la pensione del coniuge e comunque sappiamo che il settore previdenziale è in continua mutazione e quindi anche nel passato abbiamo visto che persone che hanno versato per anni i contributi volontari, poi si sono trovate a non ottenere alcun tipo di pensione da parte dell'INPS, perché nel frattempo erano mutati i requisiti per avere diritto a questo tipo di pensioni.

Sicuramente l'adesione ad una pensione istituita dalla Regione dava certamente maggior garanzia anche per il futuro a queste persone che non correvano il rischio di vedersi variare i requisiti per avere diritto all'erogazione dell'assegno pensionistico, in futuro quindi di veder modificare questi criteri. Cosa che invece non è assolutamente certa per quanto riguarda la pensione INSP.

Non ritengo sufficiente l'impegno, da parte della Regione, di destinare tutti i fondi per la prosecuzione della contribuzione volontaria e cancellare totalmente la pensione per le casalinghe. Sicuramente avrei auspicato una diversa forma, soprattutto negli importi, ma comunque avrei auspicato la possibilità di mantenere ancora questo istituto con diverse condizioni, ma comunque di continuare su questa linea.

Dall'altro lato abbiamo visto come viene proposta la cancellazione dell'assegno di natalità e di cura, quindi quale intervento rimane oggi a favore di una famiglia che decide di avere un figlio. Escludiamo il discorso dell'assegno per il nucleo familiare che parte dal secondo figlio, ma per chi sceglie di avere un figlio non è previsto alcun tipo di riconoscimento anche minimo, a livello nazionale c'è questo assegno, sarà anche poco, ma è un messaggio che si vuole dare alla famiglia che decide di avere un figlio.

In Trentino-Alto Adige che fino a poco tempo era un esempio per le altre regioni italiane, si sentiva spesso parlare che in Trentino Alto Adige si avevano dei forti incentivi, dei forti provvedimenti a favore di chi decide di avere un figlio, da oggi tutto questo sparisce, non c'è alcun intervento a favore delle famiglie che decidono di avere un figlio.

La provincia di Bolzano ha istituito questo assegno mensile di 80 euro per ogni figlio, indipendentemente dal fatto che sia il primo, il secondo o il terzo e comunque è ben poca cosa anche questo rispetto a quanto si toglie, ma almeno c'è questo segnale di considerazione.

In provincia di Trento non esiste questo palliativo degli 80 euro al mese e quindi il messaggio che si darà con questo provvedimento, soprattutto alle famiglie trentine, è quello che l'istituto Regione non dà alcun sostegno alle famiglie che decidono di avere figli, anche questo di fronte ad un momento che si caratterizza come un periodo di particolare scarsità di nuove nascite, i nuovi nati sono sempre meno, il Trentino si caratterizza per un basso tasso di natalità e anziché pensare a dei provvedimenti che vadano nella direzione di premiare, di dare dei segnali di considerazione a quelle famiglie che decidono di avere figli, con questo provvedimento si va a cancellare ogni tipo di contribuzione.

A livello nazionale si sa che si può intervenire sulle detrazioni fiscali, magari prevedendo maggiori detrazioni per chi ha figli, questo non si può fare a livello regionale, però almeno si dovrebbe tentare di trovare dei meccanismi, sotto forma di contribuzione, che diano questi messaggi di considerazione, di aiuto. Sono i primi tre anni i più difficili che comportano delle spese molto rilevanti, tra l'altro si ha bisogno di particolari attrezzature che, superato il periodo della prima infanzia, non possono essere più utilizzate.

Quindi in questi primi anni andare incontro con delle particolari contribuzioni, credo sia sicuramente un provvedimento che va nella direzione di dare un segnale forte a sostegno della famiglia e della nascita dei figli.

Ritengo quindi questo provvedimento assolutamente insoddisfacente, non condivisibile da parte del sottoscritto e mi auguro che nel corso della discussione si possa arrivare ad ampliare l'assegno per il nucleo familiare anche alle famiglie con un solo figlio ed a trovare delle formule di istituzione della pensione per le casalinghe, diversa da quella precedente che si vuole cancellare definitivamente, ma che comunque dia la possibilità alle persone che decidono volontariamente di svolgere l'attività di casalinga di crearsi una pensione propria.

Siamo di fronte ad una serie di iniziative che disincentivano l'attività di casalinga, dovrebbero portare queste persone a rivolgersi verso il mercato del lavoro, quindi da un lato disincentiva l'attività di casalinga, dall'altro dovrebbe esserci l'incentivo a ricercare il lavoro sull'esterno, ma non vediamo alcuna iniziativa. La Provincia di Trento non ha attivato forte iniziative per incentivare il lavoro femminile, quindi togliamo delle iniziative a favore delle casalinghe e dall'altro lato non vi è alcun tipo di iniziativa che possa incentivare la persona che fino ad oggi ha svolto il lavoro di casalinga a trovare un lavoro dipendente o ad intraprendere un'attività autonoma.

Quindi è assolutamente non condivisibile questo tipo di politica che toglie dei provvedimenti, ma nel frattempo non prevede altri tipi di interventi a favore delle persone che da domani si troveranno sicuramente penalizzate. Quindi mi auguro che la discussione dei vari articoli porti a delle sostanziali modifiche, rispetto al provvedimento presentato dalla Giunta regionale.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Parolari, Sie haben das Wort.

PAROLARI: Grazie, Presidente. Una forza che rappresenta gran parte della sinistra del Trentino e dell'Alto Adige, come la nostra, non poteva non essere particolarmente attenta verso una legge che va a ricostruire una politica sociale che deve essere sempre più equa e solidale.

Noi crediamo che in una definizione di priorità, quelle che sono state individuate all'interno di questa legge, siano una serie di priorità vere, reali e concrete. Riteniamo anche che non sia corretto definire questa come una legge che si è disinteressata dei problemi della famiglia, perché i problemi della famiglia si muovono soprattutto in momenti in cui la famiglia viene messa profondamente in crisi e questi momenti sono quelli legati alla nascita dei figli, all'assistenza ai figli, alla presenza di persone non autosufficienti, in particolare di anziani, alla presenza di giovani che si immettono nel lavoro con la difficoltà di avere lavori continui, di avere lavori che possono dare soddisfazione a livello personale, ma soprattutto possono costruire un futuro per questi ragazzi.

Questa è una legge che già nel primo momento in cui è stata presentata aveva una caratteristica ed è per questo che ci è piaciuta, perché è una legge che guarda avanti. Guarda a dare ad una serie di persone e di situazioni di debolezza proprio delle nostre famiglie una risposta che guardi al futuro, una copertura previdenziale che aiuti a far sì che soprattutto in questi momenti di debolezza, ognuno residente nella nostra regione possa avere sicurezza nella copertura previdenziale.

Credo sia legittimo andare ad individuare anche letture critiche di alcuni di questi articoli, anche da parte nostra è stata rilevata una certa attenzione verso alcune decisioni, però non si può non rilevare l'innovazione di alcune scelte che sono le prime ad essere fatte in Italia e che ritengo possano essere anche un punto di riferimento per altre situazioni regionali ed anche una strada da seguire.

Credo non si possa non rilevare la grande importanza che ha l'art. 4, articolo con il quale si intende dare copertura previdenziale a sostegno dei lavoratori discontinui, di quei lavoratori atipici che nei primi anni di lavoro affrontano una situazione che è deleteria, sei mesi di lavoro, sei mesi a casa, altri tre mesi di lavoro, due mesi a casa, in questo periodo tutte queste persone

non riescono a costruire non solo una fiducia verso il mondo del lavoro, ma non riescono nemmeno a costruire una dignità per il proprio futuro. Il prevedere che la Regione intervenga a dare la copertura previdenziale per 33 mesi, massimo 6 mesi l'anno e di questi 33 mesi 18 mesi a fondo perduto e 15 mesi come un prestito che viene dato ai lavoratori che poi lo ritorneranno, credo sia questa una scelta che da sola caratterizza in termini estremamente positivi questa riforma del welfare.

Accanto a questa ve ne sono delle altre, ne cito due perché ritengo che siano altrettanto importanti. La copertura di periodi di assistenza ai figli nell'art. 1 e la copertura per i periodi di assistenza ai familiari non autosufficienti, all'art. 2. In particolare quest'ultima è un modo nuovo e credo estremamente positivo di affrontare quello che è il problema futuro della nostra società. La presenza degli anziani, un mondo che invecchia, un mondo che sempre di più fa presente il suo peso in termini sociali, un peso che fino a questo momento abbiamo pensato che potesse essere risolto costruendo le prigioni dorate, che si chiamano le case di riposo, magari sempre più belle, sempre più assistite, ma che hanno sempre rappresentato dei momenti di violenza nei confronti dei nostri anziani.

Questo è il primo intervento concreto per il mantenimento degli anziani nelle loro abitazioni, incentivare il fatto che le persone possono prendersi carico del proprio familiare non autosufficiente e seguirlo, dare assistenza all'interno della propria abitazione dove è cresciuto, dove è sempre vissuto, dove vede le montagne che ha sempre visto nella propria vita, dove ogni anziano ed anche noi quando saremo anziani vorremmo continuare a vivere, bene credo che questa sia un'altra scelta decisamente importante.

Dare la possibilità a tutte quelle persone che intendono stare a casa dal lavoro o ridurre la portata del lavoro da tempo pieno a tempo parziale, dando loro un contributo perché possano maturare la pensione fino alla pensione minima, credo che questa sia una novità sostanziale e di grandissima importanza, come quella a sostegno del lavoro discontinuo, che possa essere presa come esempio da tante altre regioni.

Ecco perché abbiamo sostenuto, con alcuni dubbi come dicevo prima, questo disegno di legge all'interno della Commissione, abbiamo sostenuto l'impegno dell'assessora Stocker.

I dubbi sono sostanzialmente legati a due situazioni, la prima è la situazione che non condividevamo in Commissione e che anche in questa sede tentiamo di modificare, è quella legata a quel periodo eccessivamente ampio di residenza che viene richiesto per poter maturare tutti i diritti citati agli art. 1, 2, 3, 4 e 9. Noi crediamo che quando si parla di cinque anni di residenza e si prevede un periodo di 15 anni di residenza storica in sostituzione dei cinque anni di residenza, nel senso che uno può avere maturato la residenza anche molti anni fa e gli viene quindi considerato un periodo storico più lungo, sia probabilmente eccessivo.

Riteniamo che potrebbero essere presi come riferimento i quattro anni necessari per maturare il diritto previsto per le leggi elettorali e potrebbe essere anche utile quindi prevedere i quattro anni di residenza per uniformare la nostra normativa regionale.

Diritti per il welfare dovrebbero essere gli stessi ed essere quindi quantificati in un periodo di quattro anni di residenza. Per questa ragione

abbiamo presentato una serie di emendamenti relativi ai vari articoli, che tendono a modificare questo periodo dai cinque anni ai quattro anni per quanto riguarda la residenza e dai quindici anni ai dodici anni per quanto riguarda la residenza storica.

Un altro aspetto sul quale siamo stati sempre particolarmente attenti in questo periodo, è quello relativo alla creazione di questo nuovo fondo regionale per raccogliere il TFR. All'inizio dobbiamo dire che la nostra preoccupazione era soprattutto dovuta al fatto che questo fondo potesse rappresentare un fondo alternativo a Laborfonds, un fondo che avesse finalità diverse da quelle che venivano descritte. Per questa ragione abbiamo insistito con l'assessora Stocker per seguire in modo molto attento ed in collaborazione con le forze sociali, sindacati in prima fila, tutto questo aspetto.

Sappiamo che in questo periodo c'è stata una serie di incontri, sappiamo che nell'incontro finale di ieri sera c'è stata una condivisione dei principi, siamo in attesa di vedere quello che sarà l'emendamento che riunirà in sé i contenuti di questa condivisione e ci auguriamo che questa condivisione sia totale e cioè che questo nuovo fondo non si metta in contrapposizione a Laborfonds, ma sia solamente un fondo che ci aiuti a non pentirci di non aver preso alcuna decisione.

Poc'anzi il Consiglio è stato invitato ad assumere con la massima cautela a non prendere decisioni in questo senso per non pentirci, noi siamo preoccupati perché se non si prende alcuna decisione, se non si crea qualcosa di nuovo rischiamo che una buona fetta dei TFR invece che venire nelle casse della Regione si fermi a Roma. Vogliamo che questo non succeda, ma vogliamo anche che questo nuovo fondo non sia un fondo in alternativa a Laborfonds. Le assicurazioni ci sono state date, per una decisione finale attenderemo di poter leggere con attenzione l'emendamento che ci auguriamo venga consegnato quanto prima e con questo credo di aver detto tutto quanto dovevo dire. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Viola, Sie haben das Wort.

VIOLA: Grazie, signor Presidente. Vista l'ora, chiederei se posso incominciare il mio intervento alle ore 15.00.

PRÄSIDENT: Bin einverstanden. Wir unterbrechen die Sitzung.

Es geht am Nachmittag, um 15.00 Uhr, mit Ihrer Wortmeldung weiter.

(ore 12.55)

(ore 15.00)

Vorsitz: Vizepräsident Denicolò
Presidenza del Vicepresidente Denicolò

PRÄSIDENT: Ich ersuche Platz zu nehmen. Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

ANDREOTTI: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Danke! Wir fahren mit der Generaldebatte fort.
Kollege Viola, Sie haben das Wort.

VIOLA: Grazie, Presidente. La prima riflessione, come peraltro già sottolineato da alcuni che mi hanno preceduto, lo stralciare queste norme dalla finanziaria del 2005 si è rivelato una scelta molto positiva, anche perché il dibattito che si è avuto stamattina, che peraltro alcuni rimaneggiamenti della proposta normativa dimostrano tutta la dignità che deve avere una sua proposta unitaria e non accorpata alla finanziaria. Questo anche rispetto al dibattito che si era avuto in occasione della norma finanziaria.

La seconda considerazione è che si tratta di uno dei pochi provvedimenti normativi che, pur con luci ed ombre, dà dignità all'istituto regionale, perché al di là di alcune ulteriori deleghe alle due Province, si tratta di intervenire nel comparto della previdenza integrativa, in qualche modo con un atteggiamento unitario ed organico rispetto alle due Province.

Terza considerazione è che questo tipo di proposta dovrebbe poi avere a che fare – su questo debbo dire che lo fa molto meglio la Giunta provinciale di Bolzano, rispetto quella di Trento – con l'impianto di normativa generale sul welfare delle due Province. Su questo evidentemente si paga lo scotto di una differenza notevole dei contributi normativi, anche dei contributi programmatici che ci sono tra le due Province autonome.

Dicevo prima che il disegno di legge ha alcune luci ed alcune ombre, le luci sono evidentemente che si interviene con misure di previdenza integrativa negli articoli che vanno dall'1 al 4, ponendo alcune risposte interessanti ed importanti, anche alcune situazioni di emergenza sociale. Mi riferisco alla copertura previdenziale per i periodi di assistenza ai figli che è l'art. 1, alla copertura previdenziale dei periodi di assistenza ai familiari non autosufficienti, che è l'art. 2, sul quale peraltro dico subito che si tratta di una proposta normativa che risponde per propria parte, perché poi va integrata con altre misure, in maniera molto più opportuna alla esigenza di coloro che accudiscono in casa non autosufficienti, rispetto ad altre proposte normative che giacciono in Consiglio provinciale di Trento.

Fra l'altro qua denuncio subito un atteggiamento contraddittorio della parte di maggioranza regionale che è anche maggioranza provinciale a Trento, nel senso che qui si interviene dando dignità e dando risposta, per quanto di competenza, al problema della non autosufficienza ed anche a chi in casa ed in famiglia assiste non autosufficienti. In provincia di Trento, in Commissione, il testo riferito a questo fondo sulla non autosufficienza recita invece che chi accudisce in casa familiari è penalizzato rispetto agli altri del 15% sul tetto di spesa ammessa.

Allora da una parte si penalizza e qua si premia. Evidentemente sono molto più d'accordo con l'impostazione regionale, però invito la maggioranza provinciale di Trento e riflettere, perché sono due cose che oggettivamente sono contraddittorie.

L'art. 3 che è l'assegno regionale al nucleo familiare, evidentemente anche questo risponde in maniera interessante ad un problema che già c'è e

poi l'altro articolo che ritengo innovativo è l'art. 4, perché pone in maniera importante alcune risposte a coloro che prestano prestazioni lavorative in modo discontinuo a livello previdenziale.

L'impianto normativo è interessante, risponde ad alcune esigenze, evidentemente però stravolge completamente quello che era il testo del '93 e peraltro abolisce parecchie provvidenze, l'assegno di natalità, l'assegno di cura, toglie le provvidenze a chi ha un solo figlio, su questo peraltro ci sono anche ordini del giorno e proposte emendative che varrebbe la pena affrontare ed affronteremo quando sarà il momento.

C'è poi tutta la questione di questo maxi emendamento che di solito è più un termine usato per la tecnica legislativa nazionale, ma che in questo caso bene si attaglia su questo tipo di provvedimento, in ordine al cosiddetto fondo parcheggio sul TFR, sul quale questa mattina si è dilungato a pieno titolo il collega Dello Sbarba e sul quale anche qui va fatta una riflessione. Sostanzialmente che l'accantonamento su questo TFR possa essere fatto a livello regionale, senza confluire a livello nazionale questi fondi per i lavoratori silenti, in linea di principio è una questione condivisibile. Rimangono alcune perplessità sulle modalità, ma lo affronteremo quando arriveremo nell'articolato a questo emendamento, che peraltro è stato emendato e sarebbe interessante sapere il contenuto di questo ulteriore emendamento da parte della Giunta, ma in ogni caso il problema rimane sul come ed alcune perplessità ci sono anche in ordine alla opportunità di costituire un altro fondo, in presenza di situazioni in essere che già rispondono a queste tematiche, sulle quali alcuni problemi di costi, di rendimenti e di sostenibilità degli investimenti fatti, andrebbero anche posti all'attenzione dell'aula.

L'altra questione sostanziale è proprio la promozione della famiglia, perché alcune situazioni qua vengono completamente ad essere rimesse in discussione, non soltanto per la cosiddetta pensione per le casalinghe, rispetto alle quali la Giunta, anche in occasione dell'assestamento del 2004, quando ha proposto all'aula e l'aula ha approvato la norma sulla sospensione dell'iscrizione all'iscrizione per la cosiddetta pensione alle casalinghe, aveva denunciato una insostenibilità finanziaria nel medio-lungo periodo di questo istituto, ma anche per la tutela della maternità e la promozione della maternità, dove questa norma andrebbe integrata con normativa provinciale, questo accade per quanto riguarda Bolzano, non accade per quanto riguarda Trento.

Su questo mi permetto di fare due battute, la prima è su un ordine del giorno che era stato presentato fuori tempo, per cui non accolto dalla Presidenza, perché non rispetta il regolamento, in ordine ad impegnare la Giunta, fatti salvi questi problemi di sostenibilità finanziaria, a rivedere l'istituto della pensione alle casalinghe e di portare una proposta in aula, una volta verificata la sostenibilità e quindi un emendamento che invece che togliere questo tipo di possibilità, fatti salvi i diritti acquisiti, di prorogare la sospensione entro fine maggio, in modo tale che la Giunta potesse verificare, cambiando criteri, modalità applicative e quant'altro, la sostenibilità e quindi la possibile prosecuzione di questo istituto, anche per chi già non beneficia.

L'altra questione è che per noi risulta importante all'art. 3 ampliare il target di riferimento anche a coloro che non sono iscritti a forme di previdenza obbligatoria, proprio per andare incontro a questi tipi di situazione di persone che non sono occupate, cioè non soltanto a coloro che lavorano o che sono

disoccupati e quindi fanno parte della cosiddetta popolazione attiva, ma anche a coloro che non sono occupati.

Detto questo, il giudizio su questa proposta normativa rimane, per alcuni aspetti, sicuramente positivo. Lo ribadisco perché bisogna anche guardare alla realtà delle cose e verificare quali sono le possibili risposte che un provvedimento pone all'attenzione della comunità regionale. Va detto che dalla questione dei lavoratori atipici, alla questione della non autosufficienza, alla questione dell'assegno al nucleo familiare ed anche all'art. 1, evidentemente alcune risposte le pone.

Rimangono alcuni punti di domanda sui quali invito anche la maggioranza e la Giunta a prendere in considerazione alcune proposte emendative fatte, proprio nella logica di guardare alla realtà dei fatti, prima che agli schieramenti d'aula, per rispondere al meglio a quelle che sono le esigenze, poste in essere dalla nostra comunità regionale. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Divina, Sie haben das Wort.

DIVINA: Grazie, Presidente. Nel nostro paese si è verificata una concatenazione di fatti che ha realizzato una situazione che ha quasi dell'assurdo. Un nucleo familiare, non pochi anni fa, prima dell'entrata in vigore della moneta unica, dove due coniugi erano impegnati in attività lavorative, ipotizziamo la famiglia tipo, due impiegati con due redditi di tale natura, era considerata una famiglia che riusciva a svolgere l'arco del mese con una certa tranquillità. L'assurdo ha portato che oggi la famiglia con due elementi, i due genitori occupati lavorativamente, per il semplice fatto di trovarsi in una situazione reddituale, apparentemente soddisfacente, buona, valutata in modo positivo è la famiglia che oggi trova le maggiori difficoltà.

Questa legge ne è una delle tante cause. Il fenomeno dell'attenzione delle fasce deboli ha sempre mirato l'attività, gli interventi, le provvidenze pubbliche verso fasce familiari o di soggetti che redditualmente si trovavano in zone definite critiche.

Oggi la famiglia in zona critica, pur nella criticità, riesce ad avere una serie di aiuti e sostegni che consentono di vivere sperando in situazioni migliorative, in un futuro meno triste.

La famiglia che si trovava in situazione di assoluta tranquillità, oggi non potendo rientrare fra quelle famiglie che hanno la possibilità di chiedere interventi assistenziali e di alta natura, si trova del tutto scoperta e del tutto vulnerabile alle situazioni che oggi sono contingenti di estremo peso, di estreme difficoltà anche economiche, non ultima quella di trovarsi di fronte ad un dilemma: possiamo rinunciare ad uno dei due redditi per mettere al mondo figli? Il figlio diventa un ostacolo al bilancio familiare, già minato da una serie di situazioni contingenti.

Veniamo all'impostazione che dà l'art. 3 della legge che stiamo parlando. Al di là di offrire un apparente aiuto alle famiglie che mettono al mondo un figlio, si dimenticano innanzitutto che le famiglie che mettono al mondo più di un figlio sono sempre meno e chi mette al mondo un figlio non viene nemmeno aiutato, a meno che il figlio non abbia altri problemi di disabilità, ma non solo il primo figlio viene scartato, ma vengono scartati tutti quei redditi che sono considerati non degni di attenzione di un intervento pubblico.

Adesso dobbiamo allargare il cerchio purtroppo. Così facendo non vi è dubbio che noi non aiutiamo minimamente la famiglia tipo trentina di poter svolgere le attività ordinarie, normali lavorative, ma consentire che vengano al mondo i figli che purtroppo mancano dalla nostra anagrafe della popolazione. La popolazione ha grossissimi problemi, la popolazione sta invecchiando e non vi sono prospettive a medio termine di vedere un ricambio generale normale. Uso la parola normale, perché i figli non nati lasciano dei buchi e noi sappiamo che gli spazi vuoti non sono consentiti, questi buchi vengono immediatamente occupati. Da chi? Se mancano figli mancheranno probabilmente livelli occupazionali, mancheranno posti di lavoro e posti di lavoro resi disponibili sono attrazione di una politica dell'immigrazione più indotta che naturale.

Diciamo che nel mirare in modo errato gli interventi di assistenza, non vi è dubbio che se si eccede nell'assistenza dei ceti estremamente bassi e sappiamo che l'immigrazione è indotta dal fatto che i figli mancano, non faremo altro che indurre una ulteriore immigrazione non soltanto che viene a coprire la parte strutturale operativa, ma addirittura vi sarà un richiamo al punto che il Trentino si troverà sempre più in difficoltà se pensa di procedere su un binario di questo tipo.

Quanto è importante l'attività e la lega pubblica, lo si può desumere dalle politiche americane. Dove il federalismo è stato applicato nel modo più aperto e liberista, noi vediamo che la popolazione e non solo, si sposta proprio in funzione di ciò che può avere. Nessuno è legato, come lo siamo noi europei, noi italiani e noi trentini in particolare, che siamo un po' come l'edera, dove si nasce ci sono le radici e difficilmente ci si sposta. Le aziende americane fanno dei ragionamenti estremamente economicisti, se nello Stato a fianco la tassazione è qualche punto più bassa, perché il federalismo importa anche una grossa concorrenza sotto il profilo produttivo ed economico, le industrie si spostano; se uno Stato sbaglia a mirare l'impostazione sulla produzione degli alcolici, la distilleria non ci mette tre secondi a spostare armi e bagagli la produzione nello Stato vicino se in quello stato la tassazione, l'imposta di fabbricazione sull'alcool fosse di 2, 3, 4, 5 punti inferiore.

Se in Trentino si eroga in modo indiscriminato assistenza, basta dimostrare di trovarsi in una situazione di indigenza, se non poniamo qualche paletto ci sarà un'invasione a fini umanistici, comprensibilissimi, ma verranno soltanto perché qua si riesce ad avere un livello di assistenza di gran lunga maggiore che non in altre regioni di questo Paese.

Bene ha fatto chi nel corso dell'iter preparatorio di questo disegno di legge ha posto almeno come condizione la residenza dei cinque anni, che è un correttivo a questo fenomeno, nel senso che si presume, a questo punto, che se una residenza deve essere dimostrata, per cinque anni la persona qualcosa avrà prodotto, avrà contribuito, avrà operato in Trentino e pertanto attenua questo richiamo indiscriminato. Se non avessimo messo il limite della residenza, il Trentino sarebbe stato terra di invasione per poter beneficiare di tutte le provvidenze che le nostre norme provinciali e regionali sono in grado di offrire.

Torno alla fascia media, impiegatizia che oggi forse è la più penalizzata. Ho dovuto presentare in Regione un disegno di legge, già depositato da mesi e fu depositato addirittura nella legislatura scorsa, quello che imposta l'art. 3 della norma che stiamo discutendo, però con una

impostazione culturale completamente diversa. Apparentemente si va ad aiutare la nascita dei figli, tutte due le norme, ma nel mentre la Regione dice: soltanto dopo il primo e soltanto a chi si trova in una fascia di reddito, io dico no, tutte le famiglie che si trovano di fronte alla nascita di un figlio sono colpite da una serie di oneri e gli oneri del primo anno sono sicuramente gli oneri più alti. Noi sappiamo quanta attrezzatura bisogna acquistare, beni più o meno durevoli, ma comunque dell'arco del primo anno di vita, da prodotti farmaceutici a parafarmaceutici, eccetera.

Noi abbiamo considerato che un milione e mezzo delle vecchie lire forse non è nemmeno sufficiente per l'acquisto di quei beni, dal latte ai pannolini, alle attrezzature da neonati. Se il segnale è già dato del grave problema della demografia, del blocco della nascita dei nostri figli, bisogna saper incentivare non soltanto chi si trova in grosse difficoltà economiche, ma tutti devono sapere che l'attenzione delle istituzioni è massima verso quelle famiglie tradizionali che decidono di mettere al mondo figli.

A questo punto deve scomparire l'elemento economico, il reddito della famiglia, perché si vuole aiutare affinché nascano figli in questa terra. Non credo che si elidano, possono andare d'accordo le due norme, quella che discutiamo in Regione che va a parametrare una forma più assistenziale, con quella che spero si discuta a breve in Provincia che va nel senso sì di assistenza, di aiuto, un bonus spendibile comunque nel nostro sistema delle farmacie, nel nostro sistema commerciale specialistico trentino, ma che vada nel segno di dare anche un orientamento. Le famiglie hanno la massima attenzione da parte degli organi, da parte delle istituzioni trentine.

Un grave elemento è scappato, cara collega Stocker, in questa norma e te lo cito puntualmente, è all'art. 4, il comma 5 ed è bene leggerlo questo comma, perché è scappato a diverse letture, dove dice: *Ciascuna Provincia autonoma stabilisce con proprio regolamento i singoli elementi del reddito e del patrimonio da prendere in considerazione ai fini della determinazione della condizione economica del nucleo familiare...*, eccetera.

Abbiamo capito che questa Regione è un orpello che da fastidio a molti, abbiamo capito che la si vuole ridurre ai minimi termini o c'è già un pensiero che ha già superato la Regione, ma non possiamo, nel momento in cui facciamo una legge regionale, dire che verrà applicata in un modo a Trento ed in un modo completamente diverso a Bolzano. Non possiamo dire che a Trento la povertà parte dal reddito 10 e Bolzano con la totale autonomia potrebbe dire che il livello di povertà parte da 15, perché chi si trova a metà strada tra Roverè della Luna e Salorno potrà spostarsi in base alla Provincia che tiene maggiormente in considerazione il suo stato economico. Cosa vogliamo fare anche in questa Regione, migrazione ai fini speculativi? Si possono capire gli interessi delle famiglie, qui ognuno farà considerazioni in funzione delle proprie capacità e delle proprie opportunità che troverà, ma non possiamo fare migrazione interna ai fini assistenziali. Credo sia scappato o non so se volutamente è stato messo per dare l'ulteriore segnale e dire: la Regione non esiste, ognuno di noi a casa propria farà ciò che crede e poi sia quello che sia.

Comunque alla collega, se in questo intervento si può muovere un'osservazione ed anche richiamo, direi di trovare una formula per rimuovere questa forma di differenziazione tra soggetti aventi titolo, perché diciamo aventi

titolo di attenzioni regionali. Se l'attenzione è regionale il parametro deve essere regionale.

Dal 1 marzo del 2005 una serie di elementi previdenziali ed assistenziali verranno praticamente bloccati, motivazione le disponibilità, cioè le risorse sono quelle che sono, bisogna fermare la macchina, fare un ragionamento e dal 1 marzo non erogheremo più una serie di provvidenze assistenziali. Ho firmato con piacere un emendamento che vorrebbe superare questo dei colleghi di Forza Italia e che vorrebbe dire: soprassediamo ad ogni forma di blocco, portiamoci a dopo ferragosto, facciamo delle valutazioni serie, ma non impediamo a quei pochi cittadini, che possono ancora usufruire dell'assistenza regionale, di vedersela bloccare, solo perché sembra che qua non ci siano più soldi a disposizione, anche perché non regge.

Il fatto che in Regione manchino soldi, qua potremmo aprire un dibattito e vorrei vedere come va a finire, perché non era del tutto necessario andare a finanziare una società di voli, Air Alps, che senso aveva da parte della Regione entrare in un capitale sociale di una società di trasporto privatissima, di una società di trasporto pubblico. Scusate, con quei soldi pensiamo a quanti altri interventi poteva fare la Regione? Quegli aumenti di capitale in tutte le società che non si sono mai giustificati, dai poli fieristici, alle ortofrutticole, all'Orchestra Haydn, cioè una polverizzazione, basta che si chieda: Regione perché non partecipi, al posto di fare un aumento di capitale sarebbe meglio avere capitale fresco a costo zero da parte dell'ente pubblico.

Dal momento che poi le due Province subentrano in tante funzioni della Regione spolperanno per quella parte di fondi residui ancora in capo alla Regione, pretenderanno, passate le competenze, passateci anche i soldi, andiamo a vedere dove vanno poi a finire questi soldi, perché al di là di essermi scandalizzato su come si gestiscono le risorse in Provincia di Trento, però che la Provincia di Trento diventasse un coproduttore di film, questa il Presidente Dellai ce la dovrebbe spiegare. Che interesse ha la provincia che nella programmazione di un filmato sulla vita di Degasperi apparisse fra i coproduttori la Provincia autonoma di Trento non può importare nulla di nulla a nessuno. La Provincia non ha da fare il coproduttore, i produttori ci sono, fanno investimenti, credono in determinate iniziative, avranno i relativi frutti. Tanto per dire, ecco dove vanno i soldi, si può dire che la Regione ha carenza di soldi quando gli enti che beneficeranno dei fondi della Regione sembra che i denari scottino, come i soldi giocati al casinò, vinti facilmente e spesi altrettanto più facilmente.

Devo dire che è una vergogna, incarichi spaventosi di opere che non verranno mai realizzate, i migliori professionisti del mondo sono stati chiamati in Trentino, i migliori professionisti dell'architettura mondiale lavorano per la Provincia di Trento, per il Comune di Trento, perché sembra che qua i costi delle parcelle non esistano, qua si può spendere e spandere come si vuole e poi si dice che non abbiamo i soldi per fare una piccola redistribuzione, terminologicamente corretta, la redistribuzione in termini sociali, dare qualcosa in più a chi ha un po' più di bisogno.

Finisco con un ultimo articolo che vorrei dire scorretto istituzionalmente. Attueranno le due Province un fondo per l'autosufficienza? Mi auguro di no, in Trentino faremo di tutto per bloccare un fondo di tale natura, chi non è autosufficiente ha diritto all'assistenza, al di là di doverla far pagare a qualcuno, perché già hanno pagato i componenti del proprio nucleo familiare,

non serve assolutamente una nuova tassa per dare a chi ha diritto di avere. Se qualcuno ha dilapidato fortune, venga chiamato nome e cognome e si dica dove sono andati i soldi, non è possibile dire: oggi non abbiamo i soldi per mantenere chi non è in condizione di mantenersi, perché il fondo della non autosufficienza ci deve già essere in un contesto.

Sarebbe come dire: non abbiamo più i soldi per pagare le pensioni, cari cittadini mettiamo un bonus, l'una tantum ognuno di noi per mantenere delle persone che giustamente hanno lavorato una vita, ma che non hanno una pensione. Giustamente chi ha lavorato una vita ha maturato una pensione, ma se la è anche pagata, da qualche parte quei soldi ci sono, altrimenti ci sono delle grosse responsabilità.

Veniamo al punto. E' possibile istituire il fondo della non autosufficienza in modo subdolo, dove l'art. 18 recita: *In attesa di un'organica disciplina statale della copertura previdenziale a favore delle situazioni di non autosufficienza e fatta salva comunque la competenza integrativa della Regione in materia di previdenza e assicurazioni sociali di cui all'articolo 6 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, la Regione assegna finanziamenti alle Province autonome per l'istituzione di fondi a favore delle persone non autosufficienti.*

Momento, momento, la Regione lo potrà fare quando le due Province hanno deciso di attuarlo un fondo per la non autosufficienza, io dico che è un grande imbroglio e per la parte trentina faremo di tutto per bloccarlo questo grande imbroglio, però non possiamo in modo subdolo consentire che la Regione legiferi e metta in condizione la Provincia di dire: è già stato istituito, abbiamo già i fondi regionali per attivarlo, lo dovremo attivare in questa e quest'altra forma.

Penso che debba essere stoppato immediatamente l'art. 18, semmai in una prossima finanziaria, sicuramente dopo attuati, se verranno attuati, i fondi per la non autosufficienza a livello di Province, la Regione risponda se una parte delle proprie risorse che andavano in quella direzione, dovranno andare o meno a finanziare le rispettive Province.

Ho visto che la assessora Stocker ha preso nota con una certa attenzione, non è soltanto presente in aula, ma mi pareva attenta a recepire una serie di osservazioni, mi auguro di riuscire a trovare da parte della Giunta e da parte dell'assessore i dovuti recepimenti, non posso pretendere in toto, ma vediamo che binario prenderà questo testo legislativo prima di esprimerci anzitempo sulla bontà o meno. Faremo una dichiarazione di voto finale, visto se verranno o meno recepite certe osservazioni che adesso lasciano perplessi di questo testo di legge.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Chiocchetti Vizepräsident Chiocchetti übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Lunelli. Ne ha facoltà.

LUNELLI: Signor Presidente, signori consiglieri, ho seguito le osservazioni poste dai colleghi delle minoranze, quelle pertinenti e quelle forse meno pertinenti e nell'intervenire mi trovo subito obbligato a dire di essere particolarmente soddisfatto, per il fatto che oggi quest'aula possa discutere di

un disegno di legge che riguarda la riforma del sistema di welfare regionale. Dico subito, una buon disegno di legge di riforma.

Era una delle priorità che avevo evidenziato proprio in quest'aula nel corso del dibattito sulla nuova Giunta regionale.

A chi allora ci accusava di istituire la cosiddetta staffetta alla guida della Regione per svuotare definitivamente questo Ente, avevamo replicato che la Presidenza congiunta aveva invece il compito non solo di stabilire un rapporto nuovo tra le due Province – Trento con Bolzano e Bolzano con Trento – ma anche di intraprendere strade nuove, coraggiose, di avanguardia in primo luogo nel campo dei servizi alla persona, alle famiglie, ai giovani.

A partire dunque, da un welfare moderno, un progetto di stato sociale che noi qui dobbiamo sperimentare per valorizzare la nostra autonomia come “ambito del nuovo”, come laboratorio anche per gli altri territori.

Welfare, dicevo. Si tratta infatti di un tema notevolmente importante, direi urgente, al quale la comunità che noi rappresentiamo chiede di porre mano attraverso un percorso di ripensamento che giunga a riformulare, da un lato la prospettiva di fondo su cui costruire un welfare moderno (che miri autenticamente a creare dei presupposti per la rimozione degli ostacoli che impediscono l'uguaglianza sostanziale e l'equità tra i cittadini), dall'altro di rivedere e ripensare i singoli istituti che lo compongono, lo concretizzano.

Ripensare il welfare, oggi, sia esso di livello regionale o statale, significa dunque ripensare lo stile del nostro “essere comunità” e disegnare secondo una nuova traccia il cammino che conduce ogni uomo ad interessarsi delle sorti dell'altro. Ripensare il welfare, ancora, significa ribadire le motivazioni profonde di una cittadinanza solidale, autentica, che coniuga libertà e solidarietà sul comune terreno di un nuovo patto di responsabilità tra gli appartenenti ad una medesima comunità.

Cos'è, infatti, il welfare se non una strategia strutturata attraverso cui ogni cittadino si impegna ad interessarsi delle condizioni, delle opportunità e dei bisogni dell'altro e della sua comunità? Lo dice la nostra Costituzione, attualissima anche su questo fronte, laddove parla dei doveri di responsabilità sociale di ciascuno di noi, ma lo dice anche la tradizione politica migliore cui le forze politiche dell'alleanza di maggioranza in Consiglio regionale si sono impegnate a dare seguito.

Sino a qualche anno fa, possiamo dire che di questa responsabilità e della solidarietà (al tempo stesso infragenerazionale ed intergenerazionale) si occupava in via esclusiva lo Stato e l'ente pubblico.

Oggi, per effetto di un più maturo rapporto di cittadinanza, ci collochiamo su una più moderna impostazione, per cui ogni cittadino è componente attivo di un progetto comune; in altre parole, di welfare non si occupa più soltanto l'ente pubblico, ma se ne occupano più soggetti, in sinergica collaborazione tra loro.

Se ne occupa il terzo settore no-profit, linfa vitale di un sentimento di comunità cui credo dovremmo sempre più offrire credito e riconoscimento

Se ne occupa il mondo dell'associazionismo spontaneo e del volontariato, segno di un sentimento di solidarietà che sempre più dovremmo impegnarci a riconoscere, sostenere e promuovere.

Se ne occupa ancora, infine, l'ente pubblico, chiamato tuttavia a ripensare il proprio ruolo, alla luce di una situazione di una diminuzione delle

risorse e di aumento dei bisogni chiamato, dunque e soprattutto, ad una rivisitazione delle priorità che il welfare pubblico deve garantire ai cittadini.

Quanto sinora detto, mi induce a ritenere, per continuare il discorso sulle premesse di principio e di metodo, che quest'aula oggi è chiamata a riflettere sulla natura del ruolo che l'ente pubblico può e deve giocare all'interno di un welfare territoriale che, non io, ma autorevoli esperti del mondo accademico e professionale definiscono come "aperto", diremmo sussidiario, ossia frutto di un concorso collaborativo e paritario di più soggetti pubblici e privati che compartecipano allo sforzo dell'offerta di servizi di interesse generale.

Un welfare territoriale equo (in quanto selettivo) che abbandoni, almeno in parte, la filosofia del concetto di servizio universale offerto a tutti indiscriminatamente ed adotti il principio di preferenza per trattamenti talvolta differenziati, ma idonei a creare condizioni di maggiore equità ed eguaglianza sostanziale tra cittadini con condizioni disuguali.

Un sistema territoriale regionale di welfare, pubblico ma al tempo stesso sussidiario, inclusivo e promozionale; un sistema di welfare intelligente, capace di trattare in modo differenziato chi è sostanzialmente diverso, con l'obiettivo di creare una comunità solidale, più equa, in cui la qualità della vita di ciascuno sia obiettivo e risultato di tutti, conseguito da tutti.

Con questa proposta di legge regionale noi dimostriamo di muoverci in questa direzione, con atti concreti che recheranno beneficio concreto alla qualità dell'esistenza di molte famiglie e di molti giovani. Mi piace ribadirlo con forza: i destinatari di questa riforma del welfare regionale sono proprio le famiglie e i giovani, ossia i volti più sensibili del tessuto sociale odierno, le leve della speranza per costruire un futuro più giusto e più sereno.

E' indubbio, infatti, che nel creare condizioni di maggiore equità per la vita delle famiglie e dei giovani, noi di fatto affrontiamo un serio investimento sul futuro, cercando di diffondere fiducia, ovvero condizioni di certezza e di serenità. Garanzie e serenità, equità e pari opportunità, pur nelle differenze oggettive che riscontriamo nel tessuto sociale. Proprio questi, credo, siano in linea generale gli obiettivi di fondo di una riforma saggia ed equilibrata del welfare regionale.

Cinque sostanzialmente i temi.

In primo luogo, la proposta introduce una copertura previdenziale per i periodi di astensione dal lavoro per l'assistenza, la cura e l'educazione dei figli: si tratta di un concreto sostegno alle cosiddette responsabilità genitoriali, una politica familiare promozionale autentica, capace di valorizzare dal punto di vista previdenziale il periodo che la madre – o i padri – destinano alla cura dei figli.

In secondo luogo, la copertura previdenziale per le lavoratrici ed i lavoratori che si astengono dal lavoro per l'assistenza domiciliare di familiari gravemente non autosufficienti, un problema che noi sappiamo benissimo è in ampia espansione.

Terzo aspetto, l'importante impegno finanziario, 50 milioni di euro, per il sostegno agli assegni regionali ai nuclei familiari, ivi compresi i nuclei mono-parentali, parametrati secondo criteri equitativi che valutino la composizione del nucleo stesso, il suo reddito, la presenza di problematiche particolari.

Si tratta di un intervento che accorpa l'assegno di natalità e di cura, nonché l'integrazione dell'assegno familiare attualmente vigente, puntando decisamente sulla famiglia come cellula essenziale che può sviluppare ed accrescere il capitale sociale di una comunità che mira a migliorare la qualità del proprio futuro, volgendo lo sguardo con realismo alla situazione delle giovani madri sole.

In quarto luogo e lo dico con personale soddisfazione per il lavoro di approfondimento svolto dal mio partito e dal mio gruppo consiliare su questo fronte, vale a dire gli interventi previdenziali a favore dei lavoratori discontinui, ossia di tutti quei lavoratori atipici, che pur accogliendo la sfida della flessibilità sul mercato del lavoro e quindi spesso passando tra varie e successive esperienze professionali, si trovano tuttavia a dover sopportare delle inique intermittenze sul versante previdenziale.

Intermittenze tanto più gravi in un sistema previdenziale che si orienta al principio contributivo e non più a quello retributivo. Ecco, di fronte a questa lacuna grave, dinnanzi a questo prezzo ingiusto pagato sul terreno della flessibilità, oggi noi offriamo una soluzione, ponendoci all'avanguardia rispetto al panorama nazionale.

Lo dico, lo ripeto, con particolare soddisfazione, perché si tratta di un risultato che come Margherita ci eravamo posti sin dall'inizio del percorso di approfondimento per questa riforma; percorso che sono sicuro continuerà anche sul versante trentino, sul versante provinciale. Dobbiamo coniugare flessibilità nel mercato del lavoro e garanzie, a partire proprio dalla riforma della previdenza; non possiamo permetterci di abbandonare le giovani generazioni all'insicurezza. Metteremmo in difficoltà il futuro delle nostre comunità, la fiducia dei cittadini di domani.

La flessibilità – come purtroppo evidenzia anche il recentissimo documento di Eurispes – non deve essere sinonimo di precarietà. La flessibilità deve poter rappresentare una opportunità per entrare nel mondo del lavoro, non può rivelarsi una condizione permanente con quello che ciò significa sul piano della prospettiva di futuro dei giovani e dei giovani adulti.

Per affrontare le sfide della globalizzazione, infatti, abbiamo introdotto una nuova filosofia del lavoro, costituita dalla flessibilità. Premessa questa, che inevitabilmente si è andata a ripercuotere sulle nuove generazioni che hanno tuttavia diritto a garanzie certe sul loro futuro.

Ai giovani lavoratori atipici oggi offriamo una garanzia, riequilibrando, almeno in parte, le condizioni di flessibilità che trovano nell'accedere al mercato del lavoro.

Un quinto intervento di assoluto rilievo riguarda il grande tema della previdenza integrativa a sostegno dei fondi pensione a base territoriale regionale. Siamo infatti ormai prossimi alla completa attivazione del nuovo sistema pensionistico italiano, costruito sull'assunto della previdenza integrativa.

Come è noto, con la pubblicazione della legge n. 243 del 2004 è entrata in vigore una riforma importante del sistema previdenziale che avrà conseguenze notevoli per la previdenza complementare.

Oltre alla sostanziale parificazione sotto il profilo giuridico e fiscale di tutte le forme pensionistiche complementari, questa legge prevede dei criteri

per la scelta, da parte del lavoratore, del fondo dove destinare il proprio trattamento di fine rapporto sino ad ora accumulato.

La materia è molto complessa e per essa dobbiamo fare i conti con un difficile raccordo tra normativa nazionale e normativa regionale.

Il vero punto cruciale della questione consiste nella possibilità per il lavoratore dipendente di scegliere il fondo, sia esso un fondo pensione negoziale aziendale, un fondo pensione negoziale settoriale e nazionale, un fondo pensione negoziale territoriale ovvero un fondo pensione aperto.

Si tratta di una scelta propria del lavoratore che le parti sociali e l'ente pubblico, attraverso una strategia di collaborazione, dovranno preparare in modo capillare attraverso una campagna di sensibilizzazione e di informazione precisa.

Obiettivo politico primario di questa fase è quello di far sì che la nostra regione sia quella in cui vi sia la più bassa percentuale di lavoratori silenti, ossia di lavoratori che per diverse ragioni non si sono espressi sulla destinazione del proprio TFR.

Non è solo un dovere dell'ente Regione in virtù della propria competenza in materia previdenziale. E' anche un impegno della politica per aiutare i cittadini – in questo caso di lavoratori dipendenti residenti nel nostro territorio – a compiere una scelta consapevole e “nel proprio” interesse.

In ballo, in questo caso, c'è infatti la copertura di quella previdenza complementare che risulta oggi decisiva per garantire una prospettiva pensionistica a fronte del crollo delle certezze che hanno accompagnato le generazioni che ci hanno preceduto e che ci stanno precedendo.

Aiutare i lavoratori a scegliere vuol dire metterli nella condizione di entrare in un fondo che, in ogni caso, risulta più vantaggioso (per i versamenti dei datori di lavoro) di un fondo per i lavoratori silenti.

Su questo aspetto, in Commissione, la Margherita aveva espresso il proprio voto favorevole, seppur fortemente condizionato: avevamo chiesto alla Giunta la possibilità di un reale approfondimento, cosa che abbiamo fatto, proprio tenendo presente il principio di massima precauzione, richiamato stamani dal collega Dello Sbarba. Ma attenzione, la precauzione relativa a non essere investiti da un'automobile non ci può obbligare a rimanere sempre in casa, potremmo scegliere di non far niente, sarebbe il massimo della prudenza, ma la politica è cercare di dare risposte ai bisogni. È trovare strumenti per perseguire alcuni obiettivi con ragionevolezza e con precauzione. Ebbene, io credo che le indicazioni maturate in questi giorni e che dovrebbero portare all'emendamento della Giunta possano essere intese proprio in questa direzione. A partire dal riconoscimento per i lavoratori già iscritti ad un fondo e che in virtù di questo non debbono essere considerati lavoratori silenti. Una norma questa che riguarderebbe tutti i lavoratori già iscritti a Laborfond.

In secondo luogo, è opportuno considerare che chi è già iscritto ad un fondo (a Laborfond o altro fondo) non può essere considerato lavoratore silente. Una scelta l'ha già compiuta e di ciò si deve tener conto.

A questo riguardo la legge nazionale è assolutamente priva di riferimenti. Ma è indubbio che un lavoratore già iscritto ad un fondo non può essere considerato tra coloro che rientrano nella categoria del silenzio assenso.

E' essenziale che noi, nella legge regionale, si possa prevedere per l'appunto di far confluire in questi fondi il TFR dei lavoratori già iscritti, seppur in presenza di un loro successivo silenzio assenso.

Fermo restando quanto detto, rimane il problema di stabilire per via legislativa la destinazione dei TFR residuali. La legge delega, in sostanza, nella sua poco chiara formulazione, stabilisce in maniera inequivocabile che, qualora il lavoratore non prenda alcuna decisione in merito al proprio trattamento di fine rapporto, questo debba confluire in un fondo pensione; tuttavia, non è dato di capire con precisione, in attesa dei decreti attuativi della legge n. 243/2004 medesima, di quale tipologia di fondo si tratti.

Questo è il quadro in cui la Regione Trentino-Alto Adige, nell'ambito della propria competenza in materia di previdenza, si è trovata e si trova nel dovere di intervenire con una propria legge, nell'intenzione, per l'appunto, di creare i presupposti affinché il TFR dei lavoratori cosiddetti "silenti" non abbia – in via residuale – una destinazione generica e nazionale.

L'obiettivo condiviso deve avere quale unica finalità proprio quello di evitare che parte dei TFR, che sono soldi di lavoratori locali, siano destinati, in via residuale, a fondi (penso al cosiddetto "fondone Inps", ma anche ai fondi contrattuali nazionali) fuori regione.

Allo stesso tempo si è cercato di valorizzare la funzione e il ruolo di Laborfond quale fondo locale che ha il merito di operare in chiave regionale ma che soprattutto rappresenta la sintesi di un impegno congiunto delle parti sociali.

Il provvedimento che stiamo esaminando – ragionevole pur nella sua complessità – consentirebbe di assicurare un futuro previdenziale sereno alla popolazione regionale, ma anche di non disperdere al di fuori del territorio regionale, con le evidenti ricadute negative sull'economia locale, le risorse derivanti dal TFR.

Come capogruppo della Margherita, ho condiviso infatti gli intenti manifestati nelle scorse settimane dall'assessore regionale Marta Stocker, circa la ragionevolezza di un meccanismo preferenziale per i fondi pensione regionali; certamente abbiamo approfondito e studiato la materia, talvolta procedendo a chiarimenti normativi non facili, mediando tra posizioni differenziate.

Siamo però giunti alla condivisa conclusione per cui la Regione deve attivarsi in ragione degli effetti che la riforma delle pensioni potrà significativamente avere sull'economia locale nei prossimi anni.

Su questo fronte, ossia sulla riforma del sistema previdenziale complementare regionale, il testo che oggi la Giunta regionale ha preannunciato di portare all'attenzione di quest'aula potrebbe essere, secondo la mia opinione, un testo equilibrato, organico, innovativo. Vedremo se, quando verrà presentato l'emendamento, corrisponde all'intesa delle ultime ore.

Qualcuno potrà certamente dire che non è esaustivo rispetto a tutte le esigenze che si pongono alla nostra attenzione, ma si tratta di un ottimo primo passo nella giusta direzione.

Con riferimento a tutti gli aspetti ora ricordati, grazie a questi interventi, la nostra Regione propone un approccio che permette di porre un primo rimedio alle problematiche prioritarie riguardanti le categorie sensibili del tessuto sociale: le famiglie, i giovani lavoratori atipici, i figli, i familiari di persone

non autosufficienti. Con un investimento, in termini finanziari, di assoluto rilievo, di ben oltre 80 milioni di euro.

Si tratta, peraltro, di stanziamenti modulati secondo un criterio di flessibilità che ci permetterà, differenziando le situazioni differenti delle aree che compongono il territorio regionale, di offrire risposte differenti a seconda delle diverse esigenze che i territori medesimi esprimono.

Tutto questo avviene in un panorama nazionale incerto, interessato da ingenti e malcelati tagli alla spesa sociale, intesi a coprire la spesa per un taglio delle imposta che privilegia i redditi alti (aggravando la posizione relativa dei redditi medio bassi) in un contesto in cui di fronte alla precarizzazione dei rapporti di lavoro non ci si cura del futuro dei giovani, non ci si chiede come sostenere concretamente i nuclei familiari e le responsabilità genitoriali, non si pone rimedio al grave problema delle famiglie che ospitano un familiare non autosufficiente.

Certamente, oggi, non cado nell'errore e nella tentazione di chi, pur soddisfatto per l'equilibrio complessivo raggiunto da questo progetto, si ritiene appagato

Sono convinto che il lavoro sul versante della riforma dello stato sociale conosce oggi un passo avanti importante che postula, tuttavia, un cammino lungo che è ancora in corso, secondo un approccio trasversale che coinvolga, con ottica sussidiaria, la grande molteplicità di soggetti pubblici e privati a vario titolo interessati.

Ma ai tanti giovani che si affacciano al mercato del lavoro con incertezza e preoccupazione, alle famiglie che si sentono insicure per l'aumento del costo della vita, alle giovani coppie che desiderano avere dei figli e ai familiari di una persona non autosufficiente che chiedono un sostegno per prendersene cura, a queste persone, a tutti loro, oggi noi offriamo una prima risposta concreta, muovendoci nella direzione opportuna.

Ecco dunque, queste, in sintesi le novità introdotte dalla proposta di legge che noi della Margherita intendiamo supportare in modo convinto, peraltro sentendoci confortati dal fatto che in questa materia così delicata ritroviamo le ragioni di un ente regionale che diviene soggetto politico di compensazione, luogo di sinergia dei territori, teatro di un approfondimento sociale e politico autentico, che muove da interessi reali e concreti, per garantire differenziazione ed adeguatezza alle soluzioni prospettate, così come una vera impostazione sussidiaria richiede ad un sistema di *governance* multi livello.

Le ragioni di queste convinzioni risiedono nella consapevolezza, credo diffusa anche in altre forze politiche, che il vecchio modello di welfare non è più proponibile. Noi, come centrosinistra, definiti da autorevole fonte, come i costruttori di "terrore, miseria e morte", di queste situazioni critiche ci facciamo carico con una prima proposta organica.

Seguendo un'ipotesi innovativa, l'idea di un welfare promozionale e territoriale, cogliendo tutti gli spazi normativi che la nostra autonomia speciale ci offre, approdiamo ad una soluzione che autorevoli commentatori ed esperti oggi sostengono nell'urgenza di transitare al cosiddetto "welfare di società" o meglio "welfare della società". Un welfare che nasce dalla società, nella società. Non uno stato sociale quindi, ma una comunità solidale.

Nel valutare questo progetto è opportuno anche interrogarci sulla sua modernità, ma al tempo stesso anche sulla sua intrinseca flessibilità. Credo si possano rintracciare almeno due versioni di questa comunità solidale.

Una versione, di marca neoliberale, che potremmo definire compassionevole, tipicamente conservatrice, mutuando una definizione creata ad hoc sull'esempio statunitense, avviata ed implementata negli ultimi anni dall'amministrazione Bush.

Dall'altra parte una versione, diciamo riformista, di ispirazione prossima alla visione che risale alla dottrina sociale della Chiesa, che punta alla assoluta centralità della persona, sul protagonismo del terzo settore, sul ruolo promozionale e non esclusivo dell'ente pubblico.

Su questa seconda prospettiva noi ci siamo mossi. La chiave di volta è data dal porre a fondamento dello stato sociale la categoria della libertà, dall'idea che il welfare trovi la propria ragione d'essere nella capacità di dilatare gli spazi di libertà solidale dei cittadini.

Il nostro impegno, con questa legge regionale è quindi quello di muoverci nella direzione della realizzazione di un welfare universale, non discriminatorio, pur senza cedere nella trappola dell'assistenzialismo.

Per questo, mi pare, il ruolo dell'ente pubblico, in questo caso della Regione, va inteso nel suo ruolo di soggetto promozionale di opportunità, garante di condizioni di pari opportunità, di rimozione dei principali ostacoli di carattere socio economico che impediscono, come ci ricorda la Costituzione, la piena realizzazione della persona.

Con questa proposta di legge andiamo a definire un pacchetto di servizi essenziali di supporto alle famiglie, ai giovani, ai genitori, fissando le regole d'accesso alle prestazioni, operando una seria politica redistributiva dei diritti e delle opportunità.

Sono queste le funzioni specifiche della figura di un ente pubblico regolatore e promotore di equità, che si avvicina ai cittadini ed alle famiglie come sostegno, come partner affidabile, non più come tutore.

Per queste ragioni sono qui ad assicurare il consenso del gruppo della Margherita a questa proposta della Giunta regionale. Grazie.

Vizepräsident Denicolò übernimmt den Vorsitz Assume la Presidenza il Vicepresidente Denicolò

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Catalano, Sie haben sich vorgemerkt.
Sie haben das Wort.

CATALANO: Grazie, signor Presidente. Ho seguito con molta attenzione l'intervento del cons. Dello Sbarba e direi che è del tutto inutile che io mi metta a ripetere le osservazioni che sono state espresse in modo puntuale e preciso. Quindi è inutile affaticare i lavori, finendo per fare il replicante delle stesse obiezioni che sono state svolte in maniera puntuale e precisa e che mi aspetto che l'assessora, proponente di questo disegno di legge, voglia puntualmente rispondere fugando dubbi o comunque esprimendo le scelte politiche che sottendono al disegno di legge proposto.

Citerò alcune perplessità all'interno di alcune norme che invece mi vedono in qualche modo a favore, penso a quei contributi figurativi a favor dei

lavoratori discontinui, cioè i lavoratori e le lavoratrici che in questa fase si trovano ad affrontare la precarietà. Un sistema che ha precarizzato il lavoro, sia dal punto di vista della sua sicurezza, della sua continuità, che poi dal punto di vista retributivo e anche dei diritti che i lavoratori e le lavoratrici possono effettivamente esercitare.

Esprimo soltanto una perplessità da questo punto di vista. Credo sia una buona norma di coprire questi periodi di assenza di lavoro, l'unica perplessità è sul fatto che questo tipo di contributo si traduca, di fatto, in un contributo alle aziende stesse, un modo indiretto di finanziamento alle aziende.

Dico questo perché l'azienda nel suo interesse, produttività competizione e tutto quanto vogliamo aggiungerci, ritiene di non instaurare rapporti a tempo indeterminato, ma di utilizzare i lavoratori a seconda dei momenti in cui è richiesta una maggiore produzione, per poi non utilizzare i lavoratori nei momenti di maggior stasi produttiva.

Questo è un calcolo che svolge l'azienda, sulla base di questo suo calcolo teso a ridurre i costi precarizza il lavoro. Poi sappiamo che ci sono altre ragioni per precarizzare il lavoro, prima di tutto il fatto che un lavoratore, una lavoratrice precaria reclamerà di meno i suoi diritti, sia in tema di libertà e dignità, che anche in tema di sicurezza dello svolgimento delle sue mansioni lavorative.

Rispetto a questo che è un interesse dell'azienda, noi copriamo con questa contribuzione in parte il danno che l'azienda ha procurato a quel lavoratore, senza che l'azienda che produce questo danno ci metta un euro, ma neanche una lira, se parliamo in termini di vecchie lire.

In qualche modo questo rischia di risolversi, in assenza di altre politiche, sulla questione della precarietà, in un finanziamento indiretto alle imprese.

Quali altre politiche potrebbero essere adottate? Una Regione autonoma, le Province autonome in tema di lavoro dove tanto si spende, si potrebbe spendere proprio per incentivare invece la costruzione di nuove aree di rigidità, perché la flessibilità è un termine che appare nel gergo come un termine positivo, in realtà quando la flessibilità si traduce in precarietà, impossibilità di costruire un proprio futuro, come dice il cons. Lunelli, in insicurezza dilagante, non può essere considerata un qualche cosa di buono.

Tanto più che ci siamo resi conto ampiamente che se questo sistema produttivo nel suo complesso continua a cercare di competere sui mercati soltanto dal punto di vista della riduzione del costo del lavoro, ci troviamo poi assenti dal punto di vista di innovazione del prodotto e ci troviamo poi concorrenziali con paesi che avranno un costo del lavoro 40 volte inferiore al nostro.

Su questo noi ci troviamo – FIAT per prima insegna, ma c'è di tutto, compresa la crisi del Nord-Est attuale – in braghe di tela o in termini più aulici ad affrontare un declino industriale del nostro paese che pone veramente delle prospettive inquietanti.

Credo che ognuno per la sua parte, immagino anche da parte del sindacato – parlo del Trentino che conosco meglio – ha in qualche modo accettato il fatto che più del 90% dei nuovi rapporti di lavoro che vengono instaurati in Trentino sono rapporti precari. La Provincia di Trento ha accompagnato questa politica alla faccia della solidarietà di cui parlava il cons.

Lunelli, perché si è accompagnato un fenomeno, non vi è stato, da parte del pubblico, un tentativo di dirigere, di governare i fenomeni di cambiamento.

La chiudo su questo punto, fermo restando la mia approvazione, ma la ritengo una misura che isolata è insufficiente ed è un aiuto alle aziende stesse e non ai lavoratori.

L'altra questione su cui sono d'accordo, gli aiuti che vengono stabiliti in questo disegno di legge nei confronti dei familiari che assistono a domicilio i loro congiunti e non solo, che siano in condizioni di non autosufficienza. Ritengo che questa sia una norma utile, che sia una norma importante e la apprezzo, tanto più perché essa è in controtendenza rispetto a quello che sta avvenendo a Trento, non so con precisione la situazione di Bolzano, con l'istituendo fondo per la non autosufficienza.

Con criteri di tassazione di tipo regressivo, cioè i ricchi pagano meno di quelli che ricchi non sono, si danno questi aiuti soltanto sulla base dell'essere inseriti all'interno di questo fondo, invece qui l'ente pubblico prende un problema, lo affronta in maniera tutta diversa, il pubblico dirotta dal suo bilancio delle risorse su questo aspetto.

Credo che questa sia la strada giusta e non quella di trasformare un pezzo di bilancio pubblico e una parte di risorse estratte ai cittadini, le si chiamino tasse, tariffe, sono comunque soldi levati ai cittadini in maniera regressiva e non progressiva e nemmeno proporzionale, è un sistema differente per poi spostarlo sul mercato finanziario, alimentare l'economia finanziaria che è in grandi difficoltà ed ha bisogno di queste iniezioni di liquidità.

Quello su cui ho veramente delle perplessità riguarda il fatto che gran parte degli aiuti che vengono forniti in questo disegno di legge sono legati ad una residenza dei cittadini per almeno cinque anni nel territorio regionale. Credo che questo sia un criterio assolutamente illegittimo. Mi domando, dal momento che un lavoratore, una lavoratrice è regolarmente residente sul territorio e quindi regolarmente paga le tasse ed i lavoratori e le lavoratrici le tasse le pagano per davvero, debba attendere un periodo di cinque anni prima di usufruire di queste provvidenze.

A me sembra che questo tipo di limitazione sia profondamente ingiusto, ingiusto nei confronti di due soggetti, uno che da cinque anni è residente, uno che da un anno è residente, entrambi che lavorano, che pagano le tasse, che pagano i contributi all'INPS. Si tratta di una disuguaglianza inaccettabile.

Sarà una disuguaglianza e una ingiustizia – e non vorrei pensare che questo sia nella intenzioni della Giunta regionale – nei confronti di una categoria di persone, quelle che più difficilmente hanno una residenza continua e mi riferisco ai lavoratori provenienti da pesi extracomunitari. Questa norma di cinque anni di residenza per i lavoratori extracomunitari sarà, di fatto, nella concretezza ancora più pesante che nei confronti del cittadino che si è trasferito da qualunque altra zona di questo paese in Trento e che vi risieda per un periodo inferiore a cinque anni.

Parlerò un po' più diffusamente per quello che riguarda il fondo pensioni, nell'art. 10-bis, però una frase mi ha colpito ed è stata ripetuta dal capogruppo della Margherita. L'istituzione di questo fondo regionale ha lo scopo di accogliere il TFR dei lavoratori e delle lavoratrici che altrimenti andrebbe a finire al fondo nazionale INPS. A me sembra che qui più di autonomismo mi

sembra un leghismo dall'altra parte, sia sulla questione dei cinque anni, che sulla questione che il pericolo da scansare sia quello che questi fondi vadano all'INPS.

Chiedo che sia spiegato meglio questo fatto. Il fatto che vada al fondo INPS credo non sia questo il problema, ma il problema è capire se la sottrazione del TFR ai lavoratori ed alle lavoratrici sia un modo per aiutare i lavoratori e le lavoratrici o sia un modo per ridurre quello a cui loro nell'attuale sistema possono sperare di avere in futuro o meno. Il fatto che vada all'INPS, mi pare che quando si parla di solidarietà infragenerazionale si deve parlare anche di solidarietà nazionale; già l'idea di un fondo pensione regionale locale come quello di Laborfond ci porrà nella simpatica situazione che un lavoratore dell'IVECO di Bolzano avrà una pensione diversa da un lavoratore dell'IVECO di Milano, un lavoratore della Whirlpool di Trento si troverà ad avere una pensione differente da un lavoratore della Whirlpool di Varese.

Mi domando, in un sistema equo e solidale, come sia possibile che due lavoratori che hanno lavorato per la stessa azienda, nello stesso livello retributivo, partecipando allo stesso modo alle fasi lavorative della stessa, per una residenza differente si debbano poi un domani trovare una pensione differente. Poi ci sarà la gara per capire chi tra questi prenderà la pensione migliore.

Sul TFR vorrei chiarire una cosa, che non possiamo parlare di welfare a proposito del TFR, perché il TFR non ha nulla a che fare con il welfare, perché il TFR sono soldi dei lavoratori, soldi di proprietà dei lavoratori, soldi che vengono con il disegno di legge nazionale, già in parte con la normativa di Laborfond, totalmente quando entrerà in vigore, quando avrà trovato Berlusconi i soldi per gli incentivi alle aziende, verrà sottratto ai dipendenti, ma viene sottratta roba loro, non viene qui regalato qualcosa; questi sono soldi di lavoratori e lavoratrici che vengono prelevati più o meno forzatamente e forzosamente e vengono immessi sul mercato finanziario, sottoponendo i lavoratori che avevano delle certezze della rivalutazione dell'1,5% annuo e del 75% di incremento. A questa certezza viene sostituito un investimento tutto aleatorio sul mercato finanziario.

Già qualche fondo pensione americano – e non solo – ha assicurato ai propri aderenti la perdita completa della loro pensione o della loro liquidazione.

Vorrei capire anche come si fa a sottrarre questi soldi ai lavoratori ed alle lavoratrici, senza garantire ai lavoratori ed alle lavoratrici che dal sistema che gli si propone essi non avranno una perdita, ma un guadagno, ma non con le promesse, bisogna garantirglielo. Bisogna garantire che rispetto al sistema previdente noi li facciamo guadagnare, in modo magari non etico, perché investiremo di più sulle aziende che proprio licenziano e quindi aumentano la loro redditività, magari investiremo sulle aziende che producono armi, perché in questo periodo la domanda è molto forte da questo punto di vista, però vi garantiamo almeno un aumento di redditività rispetto alla situazione precedente. Io non vedo questa garanzia da nessuna parte.

Sulla questione dei fondi pensioni credo che avremo modo di parlarne nel proseguo del disegno di legge.

PRÄSIDENT: Gibt es im Rahmen der Generaldebatte noch Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall. Dann ersuche ich Frau Assessorin Stocker um die Replik.

STOCKER: Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich werde versuchen, auf die verschiedenen Wortmeldungen im Detail einzugehen, wobei Sie mir sicher nachsehen werden, wenn ich nicht immer auf alle eingehe, weil ich mich dann auch wiederholen würde.

Vorausschicken möchte ich einen herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben und die zum Teil auch zum Ausdruck gebracht haben, dass sie mit dieser Reform zum Teil oder insgesamt - vom Ansatz her - einverstanden sind. Aber ich bedanke mich selbstverständlich auch für die kritischen Anmerkungen, die im Rahmen der Generaldebatte vorgebracht worden sind. Ich möchte vorausschicken – und es ist mir wichtig, dies zu unterstreichen -, dass mit diesem Maßnahmenpaket, das die Regionalregierung hier eingebracht hat, 50 Millionen Euro zusätzlich für die Familienförderung zur Verfügung gestellt worden sind. Ich denke, man sollte sich auch erinnern, was dies in Lire bedeutet. Das sind 100 Milliarden Lire, die für die Familien ausgegeben werden und was für mich besonders wichtig ist – und darauf werde ich bei einzelnen Kolleginnen und Kollegen noch zu sprechen kommen, bzw. bei den Ausführungen, die sie gemacht haben – ist, dass es ein Paket ist, dass wir über die Jahre hinweg garantieren wollen. Mir wäre es, das gebe ich gerne zu, durchaus auch in einigen Punkten sehr recht gewesen, wenn wir noch etwas mehr Mittel zur Verfügung gehabt hätten und die eine oder andere Notwendigkeit besser abgesichert hätten. Oder das eine oder andere noch bestehen zu lassen und die eine oder andere Erweiterung noch anzubringen. Aber wenn man zu entscheiden hat, ob man ein Paket über die Jahre hinweg für die Bevölkerung garantieren will oder ob einiges nur kurzfristige Maßnahmen sind, dann entscheide ich mich für die langfristigen Garantieren. Ich glaube, es ist auch sehr wichtig, dass wir jetzt nicht Versprechungen machen, wo wir nach drei Jahren vielleicht sagen müssen, wir können es aufgrund des Haushaltes der Region nicht mehr finanzieren, sondern diese Sicherheit über längere Zeit garantieren können.

Ich möchte noch vorausschicken, dass wir versucht haben, die Ansätze sowohl familienpolitischer Natur wie zum Teil eben auch sozialpolitischer Natur für junge Familien, für junge Menschen, gerade was die rentenmäßige Absicherung betrifft, zu schaffen; und insbesondere natürlich für Menschen, die bisher, gerade was die rentenmäßige Absicherung anbelangt, sehr viele Lücken hatten, die wir versucht haben, zu schließen.

Nun zu den einzelnen Stellungnahmen. Kollege de Eccher hat angemerkt, dass er sich bereits im Gesetz genauere Angaben zur Pflege, Grad, Verwandtschaft und dergleichen erwartet hätte. Es ist sicherlich nicht sinnvoll und in einigen Fällen auch nicht so leicht, in einem Gesetz genaue Festlegungen zu machen. Ich glaube, es ist besser, wenn wir gerade diese Punkte alle in einer Durchführungsverordnung regeln. Auch weil es z. B. was den Pflegegrad anbelangt, im Moment nach wie vor etwas problematisch ist, nachdem die entsprechenden Gesetze in den beiden Provinzen erstens unterschiedlich sind und zweitens eben auch noch nicht verabschiedet sind. Insofern ist es wichtig, dass wir eine größere Flexibilität über das Reglement haben.

Art. 4: Was die Absicherung der Menschen in atypischen Arbeitsverhältnissen anbelangt, ist mir durchaus bewusst – und es ist von verschiedenen Rednern so auch angesprochen worden – dass wir auch bei den Regeln sehr aufpassen müssen, die wir in den Durchführungsbestimmungen vorsehen, dass wir hier uns möglichst gut absichern, dass diese Maßnahmen nicht ausgenützt werden und dass sie zu einer indirekten Unterstützung für die Betriebe werden. Das ist mir voll bewusst und wir werden diesbezüglich auch in den Regelungen natürlich die entsprechenden Vorkehrungen treffen. Ich glaube aber insgesamt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir für Menschen in atypischen Arbeitsverhältnissen auch eine bessere Rentenabsicherung mitdenken. Insgesamt soll mit diesen Unterstützungen, die wir für die rentenmäßige Absicherung bereitstellen, natürlich noch etwas mehr passieren außer dieser Unterstützung, die wir geben. Es ist mein großes Anliegen, dass wir einen kulturellen Prozess in Gang setzen, dass sich die Menschen viel stärker damit auseinandersetzen, wie wichtig es ist, dass man etwas tut, um für die Zeit, wo man in Rente geht, besser abgesichert zu sein. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, wie viel Geld die Patronate bekommen. Ich kann sagen, dass die Patronate insgesamt 2,6 Millionen Euro pro Jahr bekommen haben und das wird dann auf die beiden Provinzen aufgeteilt und dann jeweils auf die Patronate.

Die Definition von Arbeitslosigkeit: ich denke, das ist auch im Zusammenhang mit Art. 4 gesagt worden. Eine solche Definition ist im staatlichen Bereich in erster Linie in diesem Sinne vorzunehmen, wie sie angesprochen worden ist. Wichtig erscheint mir, dass wir alle Maßnahmen, die wir im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit gesetzt haben, gleichzeitig immer auch damit verbunden haben, dass die Menschen, wenn sie Unterstützungen seitens der Region bekommen, bereit sein müssen, Arbeiten anzunehmen, sich einer Ausbildung zu stellen und auch sonst alle Maßnahmen mitzumachen, die die entsprechenden Ämter ihnen in den beiden Ländern vorschlagen.

Zum Abg. Pöder: Er hat zu Recht angeführt, dass es richtiger wäre, dass wir die Gelder bei den Familien belassen, aber er hat auch zu Recht angemerkt, dass es nicht unsere Kompetenz ist und dass es richtiger wäre, auf gesamtstaatlicher Ebene in diese Richtung zu gehen. Da stimme ich ihm vollkommen zu. Ich danke ihm auch ausdrücklich für die Darlegungen, die er im Zusammenhang mit der Überlegung gemacht hat, inwieweit es sinnvoll ist, mit den finanziellen Unterstützungen beim zweiten Kind anzufangen oder beim ersten. Die Einstufungen, die er auch angesprochen hat und von denen er gemeint hat, es wären doch sehr viele und vielleicht dadurch auch etwas komplizierter, sind ganz einfach darauf zurückzuführen, dass wir versuchen, ein so gerechtes System wie möglich zu schaffen. Das bedingt dann natürlich auch eine umfassendere Einstufung, so wie wir sie vorgesehen haben. Selbstverständlich sind die zwei Tabellen der Alleinerziehenden und Paare dahingehend zu verstehen, dass wir bei den Alleinerziehenden bisher bestimmte Summen hatten, vor allem wenn es um vier und mehr Kinder gegangen ist und dass wir hier eine differenzierte Tabelle aufrecht lassen mussten, weil es uns ein Anliegen ist, dass alle etwas dazubekommen und es war von den alten Berechnungen her insofern notwendig, beide Tabellen aufrecht zu erhalten. Die Auszahlung der Gelder erfolgt selbstverständlich gemeinsam über die jeweiligen Ämter der Länder. Ich kann ihm auch nur

zustimmen, bei all den Aussagen, die er gemacht hat, dass man diese Familienförderung natürlich auch auf die Gemeindeebene ausdehnen sollte.

Der Kollege Abg. Morandini hat Wert darauf gelegt, darauf hinzuweisen, dass er dieses Paket nicht als ein neues Familienpaket ansieht, sondern als ein Paket, in dem verschiedene Sozialmaßnahmen drinnen sind. Ich denke, wenn 80 Millionen Euro ganz ausdrücklich neu in diesem Gesetz für ganz klare familienpolitische Maßnahmen festgelegt sind, dann ist das nicht so, dass man nicht von Maßnahmen sprechen kann, die nicht für die Familie gedacht wären. Dass insgesamt in diesem Gesetz auch Maßnahmen drinnen sind, die mit dem Familienpaket nichts zu tun haben, stimmt. Aber wir haben vier wesentliche Artikel, vielleicht auch fünf, je nachdem, was man dazuzählt, die ganz wesentlich mit der Familienpolitik zu tun haben. Er hat sich dann sehr ausführlich mit der Tatsache auseinandergesetzt, dass in diesem Maßnahmenpaket die Familien mit einem Kind nicht berücksichtigt worden sind und da er hat Recht. Es ist sicher richtiger, wenn die finanziellen Verfügbarkeiten etwas unbegrenzter wären, dass man die Maßnahmen auch auf ein Kind ausdehnt. Die finanziellen Maßnahmen der Region sind halt wie sie sind. Wir haben inzwischen bereits die Hälfte des regionalen Haushalts für sozial- und familienpolitische Anliegen eingesetzt und ich denke, wir haben hier Schwerpunkte gesetzt, die durchaus beispielgebend sind. Wir haben einen großen Schritt vorwärts gemacht und ich denke, dieser Schritt lässt sich in Zahlen ganz einfach ausdrücken: Wenn wir jetzt das Familiengeld bei Familien mit beiden Elternteilen nicht mehr ab dem dritten Kind sondern ab dem zweiten Kind vorsehen, wenn wir uns die Zahlen vor Augen halten, die bisher gegolten haben und in Zukunft gelten werden, dann sehen wir, dass bisher ungefähr 10.000 Familien in der Region in den Genuss des ergänzenden Familiengeldes gekommen sind. In Zukunft werden es ungefähr 42.000 Familien sein. Ich denke, da zeigt sich doch der Qualitätssprung, den diese Maßnahmen vorsehen und machen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass der Staat, genauso wie die Region, ein Geburtengeld vorgesehen hat und wenn Sie mir die bescheidene Anmerkung erlauben: ich denke, es war ein Überschneidung einer gleichen Maßnahme, nachdem auf regionaler Ebene das Geburtengeld weiterhin aufrecht geblieben ist. In dem Moment, wo es der Staat eingeführt hat, hätte es auf regionaler Ebene durchaus damals schon abgeschafft werden können. Dass der Staat auch ein Mutterschaftsgeld für Geringverdienende bzw. Menschen, die nicht verdienen, vorsieht, das möchte ich an dieser Stelle auch kurz angeführt haben. Genauso wie den Hinweis, dass Menschen, die arbeiten oder auch arbeitslos sind, weil sie da auch indirekt in der Arbeit stehen, auch selbstverständlich über den Lohnzettel ein entsprechendes Familiengeld von Seiten des Staats bekommen und das auch bei einem Kind. Ich habe mir erlaubt, in einer Dokumentation, die ich zusammengestellt habe, auch all diese Maßnahmen bzw. diese Gelder, die der Staat vorsieht, mit jenen zusammenzuführen, die wir auf regionaler Ebene vorgesehen haben und da werden Sie sehen, dass einige dieser Gelder genau und zielgerichtet auch für Familien mit einem Kind vorgesehen sind.

Insgesamt war uns bei der Abschaffung verschiedener Maßnahmen auch wichtig – und das ist von verschiedenen Vereinen und Verbänden immer wieder auch als Wunsch an uns herangetragen worden –, dass wir die Maßnahmen etwas vereinfachen und dadurch auch transparenter machen. Wir

haben jetzt ein umfassendes Familiengeld. Wir haben nicht mehr drei, vier verschiedene Maßnahmen mit drei, vier verschiedenen Voraussetzungen, wobei eine der wesentlichen Voraussetzungen beim Geburtengeld und bei der Betreuungszulage auch eine Versicherung war, die diese jungen Menschen abzuschließen hatten, damit sie in den Genuss gekommen sind. Und ich kann Ihnen sagen – das weiß ich von verschiedenen Sprechstunden her – dass auch wenn es jetzt möglich ist, sich bis zu drei Monate vor der Geburt zu versichern, dass sich immer noch diejenigen nicht versichert haben, die es am notwendigsten bräuchten. Insofern hat auch diese Maßnahme dann doch nicht jene getroffen, die wir unbedingt unterstützen, und denen wir unbedingt helfen wollen.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle noch anführen, dass ich durchaus der Meinung bin, dass es zu den ganz wichtigen sozialpolitischen Aufgaben – wir als Region sind ja für die Vorsorge zuständig – der beiden Länder gehörte, für Alleinerziehende, die wirklich in schwierigen Situationen sind, zusätzlich noch Maßnahmen vorzusehen. Selbstverständlich hat sich Kollege Morandini noch sehr ausführlich mit der Hausfrauenrente auseinandergesetzt und er hat hinzugefügt, dass durch die Änderung, die 1998 durch die Abänderung des Gesetzes erfolgt ist, und eine „gestione separata“ vorsah, vielen Menschen die Möglichkeit gegeben wurde, in eine separate Rentenkasse einzuzahlen, und dass dadurch eine Reihe von Menschen wahrscheinlich bei der Hausfrauenrente noch zusätzlich dazugekommen ist, so dass diese Maßnahme dazu geführt hat, dass wir einen Anstieg bei der Hausfrauenrente zu verzeichnen hatten. Was indirekt heißt, wir sollten diese Maßnahme rückgängig machen, dann würden weitaus weniger Menschen sich bei der Hausfrauenrente einschreiben und damit könnten wir auch diese Maßnahme weiterhin aufrecht erhalten.

Sicherlich ist es damals nach 1998 zu einem großen Anstieg bei der Hausfrauenrente gekommen und dies hat andere Vergünstigen nach sich gezogen, wie zum Beispiel die Möglichkeit, innerhalb von 5 Jahren den geschuldeten Beitrag einzuzahlen und dann sofort nachträglich in Rente zu gehen oder auch die Halbierung des Beitrages oder auch die Anerkennung von drei Jahren für Kindererziehungszeiten, für Pflegezeiten und eine Reihe von anderen Begünstigungen mehr. Das, denke ich, war es, was damals zu einem entsprechenden Anstieg bei der Hausfrauenrente geführt hat. Eine Reihe von Maßnahmen sind jetzt nicht mehr gültig. Andere aber blieben noch, solange man der Hausfrauenrente beitreten konnte, aufrecht. Es ist dann auch vom Kollegen Abg. Viola auf die Hausfrauenrente hingewiesen worden und dann auch noch auf einen Beschlussantrag, den er vorbereitet hat, der aber dann nicht zeitgerecht eingereicht worden ist, und die Hausfrauenrente betrifft. Ich verstehe, dass das für einige eine wichtige Maßnahmen war, dass das für einige sicherlich eine Maßnahme war, von der man italienweit auch gesprochen hat. Ich denke, dass sie auch zu einer bestimmten Zeit eine wichtige Voraussetzung für Menschen war, um zu einer Rente zu kommen und zur einer richtigen Anerkennung für die Erziehungsarbeit, für die Pflegearbeit, die sie geleistet haben. Wir haben inzwischen diese Hausfrauenrente ausgesetzt. Wir haben in diesem Gesetz vorgesehen, dass sie abgeschafft wird. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, dass wir noch unter bestimmten Voraussetzungen eine entsprechende Überprüfung machen, die einige der Vergünstigungen

wegnimmt, die natürlich auch Einkommensgrenzen festlegt und insgesamt versucht, zu erkennen, wie viele Interessenten es für eine solche Hausfrauenrente noch gäbe.

Ich darf somit zur Wortmeldung vom Kollegen Dello Sbarba übergehen, der vor allem was die Unterstützung der freiwilligen Weiterversicherung anbelangt, gemeint hat, dass mit der Maßnahme, die wir gerade für die Kinderbetreuung vorsehen, es notwendig ist, dass die Frauen oder Männer ihren Arbeitsplatz kündigen. Natürlich ist das nicht das, was wir bezwecken wollen. Im Gegenteil – mir ist durchaus auch klar und das möchte ich in diesem Zusammenhang auch angemerkt und unterstrichen haben, dass mir hundertprozentig klar ist, dass alles getan werden muss, um Menschen auch in Arbeit zu halten, die in Arbeit sind und die das auch weiterhin tun möchten. Denn nur wenn auch die Frauenarbeitslosigkeit bis 60 Prozent bis zum Jahr 2010 entsprechend ansteigt – das wissen wir – dann werden wir die Sozialsysteme in Europa ganz sicherlich nicht absichern können. Was unsere Intention ist, ist ganz einfach eine mögliche Gleichheit zwischen öffentlichen und privaten Arbeitnehmern herzustellen. Die öffentlichen Angestellten haben bei uns eine Reihe von Möglichkeiten. Im privaten Bereich gibt es diese nicht. Wir haben die Unterstützung vorgesehen. Wir wissen allerdings auch, dass nach dem 12. Monat in einigen Fällen der Kündigungsschutz nicht mehr gegeben ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns erstens hier auf gesamtstaatlicher Ebene kümmern müssen, dass dieser Kündigungsschutz ausgedehnt wird. Zum zweiten aber muss ich auch zur Kenntnis nehmen, dass in der Provinz Bozen, auch wenn es diesen Kündigungsschutz nicht gibt, jährlich ungefähr 600 Frauen trotzdem ihre Arbeit kündigen, um bei den Kindern zuhause bleiben zu können. Zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir natürlich auch verschiedene Formen vorsehen, damit jemand zum Beispiel durchaus auch für drei Monate voll diese Unterstützung in Anspruch nehmen kann, danach z.B. nur mehr Teilzeit die Integration bekommt und somit haben wir ein möglichst flexibles System geschaffen, damit wir unter keinen Umständen favorisieren, dass Menschen, die in Arbeit sind und die auch in Arbeit bleiben möchten, kündigen, nur weil sie diese Unterstützung bekommen.

Ich denke, was das erste Kind anbelangt, habe ich in anderen Zusammenhängen schon ausführlich Stellung genommen und es wird sicher noch die Möglichkeit geben, auch im Rahmen der Beschlussanträge noch einiges zu sagen.

Was die Ansässigkeit anbelangt, das war ein wichtiger Punkt, den Kollege Dello Sbarba auch angesprochen hat. Ich glaube, es ist durchaus richtig, wenn wir, die wir eine zusätzliche Ausgabe für die Unterstützung der Familien hier tätigen - und wir sind ja nicht der Staat, sondern wir machen hier eine zusätzliche Unterstützung - hier vorsehen, dass eine der Bedingungen eine bestimmte Ansässigkeit in der Region ist. Die fünf Jahre sind u.a. auch beim Wohnbau in der Provinz Bozen vorgesehen. Ich bin auch persönlich der festen Überzeugung, dass eine längere Ansässigkeit auch gleichzeitig eine ganz andere Rechtfertigung für die Menschen ist, von diesen Maßnahmen auch profitieren zu können. Sie haben zum Sozialprodukt dieses Landes beigetragen, sie haben das bewiesen, unterstrichen, sind länger da und somit haben alle diese Menschen – und da müssen wir sie entsprechend verteidigen – das volle Recht, diese sozialpolitischen Maßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Sehr lange hat sich Kollege Dello Sbarba mit dem Parkplatzfonds auseinandergesetzt. Er hat auch darauf hingewiesen, dass wir hier sehr viel Zeit zur Verfügung gehabt hätten, um das entsprechend vorzubereiten. Hinterher schaut es immer so aus, als ob alles viel schneller gehen müsste und als ob man irgendeinen Artikel oder eine Lösung, die man gefunden hatte, eigentlich in einigen Stunden imstande sein müsste, zu finden. Ich kann ihm versichern, wir haben sehr intensiv gearbeitet, sobald das Gesetz in Kraft getreten ist. Es ist aber ein Gesetz, das teilweise bewusst wagen gehalten ist und bei einem gewusst wagen Gesetz braucht man auch länger, bis man in der Interpretation etwas besser versteht, in welche Richtung es gehen soll. Manchmal ist es sicher auch notwendig, dass man die verschiedenen Aussagen auch auf gesamtstaatlicher Ebene von den verschiedenen Verbänden, von den Ministern, von den Unterstaatssekretären, von sonstigen berufenen Vereinigungen etwas genauer anschaut, um genauer zu verstehen, was tatsächlich mit einigen dieser Normen gemeint ist. Er kann sicher sein, dass es uns auch sehr wichtig war, mit den staatlichen Überwachungskommissionen wie z.B. mit der COBI alle diese Maßnahmen abzusprechen, weil es uns ein Anliegen ist, hier kohärent vorzugehen, auch im Sinne der Transparenz, im Sinne der Offenheit, im Sinne der besten Anlage, die wir für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Region machen können. Deshalb hat es auch einige Zeit gebraucht. Genauso wie es einige Zeit gebraucht hat, die verschiedenen Absprachen innerhalb der Region mit den verschiedenen Sozialpartnern, mit den verschiedenen Interessierten, aber vor allem auch mit dem Laborfonds und den verschiedenen Repräsentanten von Laborfonds zu machen. Ich kann Ihnen versichern – auch wenn es mir leid tut, dass im Moment der entsprechende Artikel nicht vorliegt – dass dieser Artikel jetzt auch mit den Vertretern des Laborfonds voll abgesprochen ist und die Zustimmung von ihnen bekommen hat. Möglicherweise kann es sein, dass irgendjemand gerne noch einen Beistrich mehr hätte. Das will ich nicht ausschließen, aber wir haben uns auf diesen Artikel geeinigt und wir tragen den jetzt gemeinsam weiter.

Um jetzt ganz kurz auf den Inhalt dieses Artikels einzugehen, einige grundsätzliche Anmerkungen. Ich denke, dass wir, die wir daran interessiert sind, dass die Menschen auch in Zukunft eine anständige Rente haben, alles daran setzen müssen, um die Menschen zu überzeugen, dass sie ihre Abfertigung, genauso wie ihren möglichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag in einen Zusatzrentenfonds einfließen lassen. Das ist unsere erste und wichtigste Aufgabe und diese wird uns in den nächsten Monaten voll zu beschäftigen haben. Das, was wir hier vorsehen, ist nichts anderes als ein Auffangnetz, ein Sieb, und da stehe ich voll solidarisch dazu, dass wir auf regionaler Ebene dieses Netz machen, um die Gelder der Menschen, die sich „nicht ausdrücken“, im Lande zu behalten.

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen, möchte ich noch hinzufügen, dass wir alles tun müssen, um die Menschen dazu zu bringen, eine selbstverantwortliche, klare und bewusste Entscheidung zu treffen und ich sage dazu, möglichst für einen Zusatzrentenfonds und möglichst für Laborfonds. Jetzt kommen wir zum zweiten mir wichtigen Punkt. Zum zweiten ist es uns ganz wichtig, wenn diese Entscheidung von den Menschen nicht getroffen wird, dass wir alles daran setzen, dass das Geld dieser Menschen in unserer Region

bleibt und dafür haben wir diesen Parkplatzfonds vorgesehen, den ich dann bei der Artikeldebatte noch etwas genauer vorstellen werde. Es tut mir leid, dass ich jetzt schon so viel Zeit für andere Punkte verbraucht habe und insofern nicht deutlicher werden kann. In diesem Zusammenhang darf ich nur noch ganz kurz auf eine grundsätzliche Sache eingehen, die uns bewegt hat, in diese Richtung des Familienpaketes, der Familienunterstützung, in die Richtung des sogenannten Welfare-Paketes zu gehen. Wir sind ausgegangen von einigen Grundtatsachen, die uns allen auch bekannt sind und von denen wir hoffen, dass wir durch diese neuen Maßnahmen das eine oder das andere auch verändern oder verbessern können. Wir kennen alle die Geburtenraten dieser Region. Sie sind Gott sei Dank etwas höher als auf gesamtstaatlicher Ebene. Wir haben 1,5 und auf gesamtstaatlicher Ebene gibt es etwas mehr als 1,2. Aber wir wissen auch, dass es für den Generationenaustausch 2,1 Prozent Geburtenrate bräuchte.

Eine zweite, wichtige Tatsache, von der wir ausgegangen sind, ist einmal eine sehr erfreuliche, dass wir alle Gott sei Dank länger leben. damit ist aber auch verbunden, dass wir alle etwas pflegeanfälliger werden und auch an das haben wir alle in Zukunft mehr zu denken. Ein drittes: mit den Rentenreformen, von denen ich durchaus sage, dass das meiste davon notwendig war, wollen wir eine öffentliche Rente weiterhin garantieren; dies hat aber auch dazu geführt, dass zukünftige Generationen auch damit rechnen müssen, nur mehr die Hälfte der Rente zu bekommen, die jetzt ausgezahlt wird. Ein weiteres Faktum: unter den besonders Benachteiligten finden wir heute schon, wenn wir die Statistik anschauen, die Frauen, die statistisch gesehen nur die Hälfte der Rente der Männer erhalten.

Ein weiteres Faktum – und das habe ich vorhin schon allgemein angeführt – ist aber auch, dass wir, um Sozialsysteme insgesamt absichern zu können, auch alles daran setzen, Menschen in Arbeit zu bringen bzw. in Arbeit zu halten, wollen wir die Sozialsysteme insgesamt und für die Zukunft absichern.

Noch ganz zum Schluss: Es war uns wichtig, beim Familiengeld drauf zu achten, dass wir eine klare sozialpolitische Botschaft übermitteln. Es war uns wichtig, hier eine Unterstützung für jene Familien vorzusehen, die sich nicht so leicht tun, und entsprechend für sie höhere Beiträge vorzusehen als für jene, die etwas mehr verdienen. Aber ich unterstreiche noch einmal: ich stehe und die Regionalregierung steht auch hier ganz klar zur sozialpolitischen Botschaft, die wir damit auch geben. Es war uns aber genauso wichtig – und das sei als letztes angeführt -, dass wir keine Einkommensgrenze vorsehen, wenn wir die rentenmäßige Unterstützung der Erziehungs- und Pflegearbeit für die Rente ausgearbeitet haben. Hier ist keine Einkommensgrenze vorgesehen, weil es uns wichtig war, zu unterstreichen, dass hier eine Arbeit geleistet wird, die für die Gesellschaft insgesamt von großem Nutzen ist. Damit glaube ich, dass wir doch weitestgehend vielen Überlegungen, vielen Herausforderungen, vielen Notwendigkeiten Rechnung getragen haben, aber auch ausgewogen versucht haben, hier doch etwas vorzugeben, was für die nächsten Jahre tragfähig ist. Danke!

PRÄSIDENT: Danke! Damit ist die Generaldebatte abgeschlossen. Wir gehen zur Behandlung der Tagesordnungspunkte über. Es liegen drei

Tagesordnungen vor: Tagesordnung Nr. 1, Regionales Familiengeld, eingereicht von der Abg. Ulli Mair, danach Tagesordnung Nr. 2 zum Gesetzentwurf Welfare insgesamt, eingebracht von den Abg. Dello Sbarba, Kury und Heiss und die Tagesordnung Nr. 3, eingereicht vom den Abg. Catalano. Diese sind fristgerecht, wie von der Geschäftsordnung vorgesehen, eingereicht worden und können somit behandelt werden. Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 sind mit dem Einverständnis der Einbringerinnen und Einbringer zusammengelegt, können also in vereinheitlichter Debatte behandelt werden. Allerdings wird dann getrennt darüber abgestimmt.

Frau Abg. Mair, würden Sie bitte Ihren Antrag verlesen.

MAIR:

Regionales Familiengeld

Die Familien erleben seit Jahren tief greifende Änderungen. Anstelle der Großfamilien sind immer öfter Familien mit wenig oder gar keinen Kindern getreten. Die klassische Familie gibt es nur noch selten. Häufig obliegt die Kinderbetreuung Alleinerziehenden.

Da Familien oder Einzelpersonen mit einem Kind derzeit in der Regel nicht das regionale Familiengeld beanspruchen können, wird dies von vielen als ungerecht empfunden.

Der Regionalrat

v e r p f l i c h t e t

den Regionalausschuss, mit dem Nachtragshaushalt 2005, spätestens jedoch mit dem Haushalt 2006 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit das regionale Familiengeld grundsätzlich auch für das erste Kind ausbezahlt werden kann.

Ordine del giorno n. 1

Assegno regionale al nucleo familiare

Da anni ormai la struttura familiare è al centro di profonde trasformazioni, poiché al posto delle grandi famiglie si moltiplicano ormai in numero assoluto i nuclei familiari con un solo figlio o addirittura senza prole. La famiglia classica non esiste quasi più. Spesso la cura e l'educazione dei figli è affidata a nuclei monoparentali.

E' un'ingiustizia che le famiglie con un figlio o le famiglie monoparentali non possano beneficiare dell'assegno regionale al nucleo familiare.

Ciò premesso,

il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige
impegna la Giunta regionale

a creare con l'assestamento di bilancio 2005 o al più tardi con il bilancio 2006 le condizioni necessarie affinché l'assegno regionale al nucleo familiare possa essere erogato anche per il primo figlio.

PRÄSIDENT: Abg. Dello Sbarba, ich bitte um die Verlesung Ihres Antrages.

DELLO SBARBA:

Ordine del giorno n. 2

Considerato:

1. che la presente riforma del pacchetto famiglia regionale prevede che il nuovo “assegno regionale al nucleo familiare” spetti ai nuclei familiari a partire dal secondo figlio, fatta eccezione per i nuclei familiari con figli disabili;
2. che vengono aboliti sia “l’assegno di natalità” che “l’assegno di cura”, misure entrambe che spettavano alle famiglie fin dal primo figlio, anche se “l’assegno di cura” a condizioni limitative;
3. che l’effetto congiunto delle menzionate modifiche della normativa ha come duplice effetto, da un lato di offrire maggiore sostegno sociale alle famiglie di reddito medio, ma dall’altro lato di lasciare completamente scoperte, per quanto riguarda il primo figlio, le famiglie di reddito basso e quelle in condizioni di vera e propria povertà, e in particolare le famiglie monoparentali che – nelle statistiche sociali – risultano trovarsi in gran numero in condizioni fortemente svantaggiate;
4. che le famiglie con un reddito inferiore a 30.000 euro ed un solo figlio sono in Sudtirolo oltre 9.000 e in Trentino oltre 11.000 e che queste famiglie perderebbero ogni sostegno, compresi quelli finora ricevuti;
5. che occorre dunque evitare il rischio di provocare – con la nuova normativa – nuove ingiustizie, togliendo a una parte dei poveri per dare a una parte dei più agiati;
6. che nei materiali preparatori alla presente riforma del pacchetto famiglia regionale la stessa assessora Stocker ha rilevato l’urgenza di prevedere misure di sostegno per le famiglie monoparentali, che nelle statistiche sociali compaiono massicciamente nella categoria posta al di sotto della soglia di povertà e per le quali nella presente normativa nulla più è previsto, sostegno che l’assessora rimanda ai rispettivi Consigli provinciali, presso i quali tuttavia non è prevista ancora alcuna misura adeguata;

il Consiglio regionale decide

di prevedere nella legge in discussione che l’assegno al nucleo familiare sia concesso, con la stessa progressione prevista per il secondo figlio, anche per il primo figlio ai nuclei familiari con entrambi i genitori e un reddito fino a 35.811 euro e ai nuclei familiari monoparentali con un reddito fino a 30.555 euro.

PRÄSIDENT: Gemäß Geschäftsordnung stehen nun den Einbringerinnen und Einbringern je 10 Minuten zur Erläuterung zur Verfügung. Stellung nehmen können 5 Minuten lang je Fraktion ein Sprecher oder Sprecherin und der Regionalausschuss.

Bitte, Frau Mair.

MAIR: Danke, Herr Präsident! Ich glaube, dass dieser Tagesordnungsantrag klar und deutlich formuliert worden ist und diesem eigentlich nicht mehr viel hinzuzufügen ist. Mein Kollege Leitner hat bereits bei der Generaldebatte unseren Standpunkt zum regionalen Familiengeld deutlich gemacht und auch konkrete Beispiele angesprochen. Wir haben diesen Antrag gewusst eingebracht, weil derzeit mit diesem Modell, der uns vorliegt, viele Alleinerziehende mit nur einem Kind durch den Rost fallen würden und unserer Meinung nach die eigentlichen Leidtragenden sind. Im Beschlussantrag der Kollegen der Grünen haben Sie die Zahlen genau aufgelistet. Familien mit nur einem Kind und nur einem Einkommen unter 30.000 Euro gibt es in Südtirol rund 9.000 und im Trentino über 11.000. Wie viel davon Alleinerziehende sind, weiß ich jetzt nicht. Dass den Familien mit mehreren Kindern natürlich mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, ist unserer Meinung nach richtig und auch vertretbar. Aber was unserer Meinung nach nicht richtig ist und auch nicht vertretbar, ist dass Alleinerziehende mit nur einem Kind nichts bekommen. Deshalb ist der beschließende Teil ganz klar, dass der Regionalausschuss verpflichtet wird, mit dem Nachtragshaushalt 2005, spätestens jedoch mit dem Haushalt 2006 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das regionale Familiengeld grundsätzlich auch für das erste Kind ausbezahlt werden kann.

PRÄSIDENT: Danke! Bitte Frau Kury, für den zweiten Antrag.

KURY: Herr Präsident! Wir möchten uns auch bei der Regionalassessorin, Frau Martha Stocker für die ausführliche Antwort bedanken, die Sie uns, im Plenum gegeben hat. Es ist nicht immer selbstverständlich, dass wirklich auf alle Einwände genau und präzise eingegangen wird und dafür ein herzliches Dankeschön von unserer Seite. Dennoch bleibt dieser Antrag für uns aufrecht, denn so wie wir die Regionalassessorin Martha Stocker verstanden haben, ist es eigentlich „nur“ eine Frage des Geldes. Das heißt, es war auch aus der Antwort der Assessorin zu entnehmen, dass es auch in ihrem Sinne bzw. im Sinne der Mehrheitspartei richtig gewesen wäre, den Familien mit einem Kind eine Familienzulage auszubezahlen. Allerdings reicht das Geld nicht. So kurz und vereinfacht gesagt, die Antwort von Martha Stocker. Da müssen wir einhaken und vor allem unter dem Brennpunkt sozialer Gerechtigkeit noch einmal die Frage aufwerfen: ist es zu verantworten, dass wir einerseits die Zuwendungen in Richtung Mittelstand ausdehnen - und wenn Sie die beigelegten Tabellen ansehen, dann geht es da fast bis zu einem Jahreseinkommen von 70.000 Euro, natürlich bei einer hohen Kinderanzahl – und andererseits jene Familien, die wirklich in Armut leben – denn wenn wir die Tabellen ansehen, dann fallen auch jene Familien durch das Raster, die ein Jahreseinkommen von bis zu 12.000 Euro, also tatsächlich in Armut leben – ausschließen? Da stellt sich ganz einfach die Frage, ob das sozial irgendwie nachvollziehbar ist. Wir plädieren dafür im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit bzw. auch in Hinblick auf eine soziale Treffsicherheit, dass es absolut notwendig ist, jene Familien zuerst zu berücksichtigen, die in sozialer Not sind bzw. zuerst zu fixieren, und dass alle Familien, die mit einem Einkommen auskommen müssen, das unter 3.000 Euro ist, zuerst zu berücksichtigen sind. Erst dann haben wir selbstverständlich nichts dagegen (wenn die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen), dass man dann auch sozial

besserstehende Schichten berücksichtigt und die Zulage auch an jene ausbezahlt. Aber die Entscheidung, die getroffen wurde, die Kinderanzahl zum Kriterium zu nehmen und nicht die soziale Situation der Familie, diese Entscheidung ist für uns nicht nachvollziehbar. Ich würde hier wirklich ersuchen, an all jene Menschen einen Appell zu senden, die ein soziales Gewissen haben, über diese Prioritätensetzung mit uns nachzudenken. Wenn eine bestimmte Summe zur Verfügung steht, dann bitte zuerst die soziale Situation zu berücksichtigen und erst in zweiter Linie die Kinderanzahl als Kriterium heranzuziehen und damit eine Progression; und dann in dritter Linie eine Ausdehnung bis zum Mittelstand vorzunehmen, wenn die entsprechenden Mittel verfügbar sind.

Mein Kollege Dello Sbarba hat heute in der Früh trefflich nachgewiesen, dass de facto die Familien mit einem Kind und darunter vor allem die Alleinerzieher nach dieser Reform schlechter dastehen als vor der Reform. Auch das müsste eigentlich zu Denken geben, zumal es Allgemeinwissen ist, dass es gerade die Alleinerzieher sind, die von der Armut bedroht sind bzw. am Rande der Armutsgrenze leben. Es kann aus unserer Sicht also nicht nachvollzogen und nicht gutgeheißen werden, dass gerade eine Kategorie, die nachweislich finanzielle Schwierigkeiten hat, jetzt nach einer Reform, die mit der Begründung gemacht wird, dass man der Region vor allem soziale Aufgaben und die Lösung sozialer Probleme zuschreibt, dass gerade diese Schicht anschließend schlechter dasteht.

Kurze Begründung noch und auch ein Denkanstoß an Frau Martha Stocker: Jene Familien mit einem Kind stehen nach der Reform schlechter da als vorher, weil finanzielle Maßnahmen gestrichen worden sind, die vor der Reform oder bisher allen Familien, unabhängig der Kinderanzahl, zugestanden sind. Es handelt sich hier um das Geburtengeld und um das Betreuungsgeld. Frau Martha Stocker hat geantwortet, dass das Geburtengeld insofern rechtmäßig gestrichen worden ist, weil der Staat das Geburtengeld eingeführt hat. Darüber könnte man reden. Allerdings ist meines Wissens der Beitrag des Staates weit geringer als der Beitrag der Region bisher und vor allem ist die staatliche Hilfe für sozial schwache Familien oder Mütter in Mutterschaft nie und nimmer mit dem Betreuungsgeld rein von der ausgezahlten Summe her zu vergleichen. Deshalb, auch wenn wir gerne bereit wären, die Einwände und Entgegnungen von Frau Stocker zu berücksichtigen, bleibt die Tatsache aufrecht, dass Familien mit einem Kind nach der Reform schlechter da stehen als vorher. Ich wiederhole noch einmal, dass wir es einerseits begrüßen, dass das Geburten- und Betreuungsgeld abgeschafft worden ist und dass jene Mittel in die Familienzulage fließen. Wir waren nie Befürworter dieser Maßnahmen und das begrüßen wir. Allerdings müsste man dann auch bei der neuen Geldverteilung die Bedürfnisse jener Familien berücksichtigen, die nur ein Kind haben.

Noch ein Wort, bevor Sie läuten. Es gibt einen Unterschied in der Philosophie, im Zugang zur Problematik zwischen dem Antrag der Freiheitlichen und unserem Antrag. Der Antrag der Freiheitlichen zielt darauf ab, allen Familien mit einem Kind, unabhängig vom Sozialstatus, so habe ich es jedenfalls aus dem Text verstanden, das Familiengeld zukommen zu lassen. Unser Zugang ist ein sozialer, beseelt vom Wunsch, bei der Verteilung einer bestimmten Summe, die zur Verfügung steht, in erster Linie die sozialen

Bedürfnisse zu berücksichtigen und diese in den Vordergrund zu stellen und erst in zweiter Linie die Frage zu stellen, ob die Familienzulage in Richtung Mittelstand ausgedehnt wird. Es geht nicht an, dass man Reichere, Besserstehende, jetzt zusätzlich belohnt und das dafür nötige Geld von den ärmsten Schichten abzieht.

PRÄSIDENT: Danke! Damit eröffne ich die Debatte zu den Tagesordnungspunkten Nr. 1 und 2.

Kollege Morandini, Sie haben 5 Minuten Zeit für Ihre Fraktion zu sprechen.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Per dichiarare il mio voto favorevole a questi ordini del giorno, per le ragioni che ho già espresso nel corso della discussione generale, che si appuntano principalmente con riferimento a questa situazione, cioè al fatto che nella gran parte dei casi vi sono oggi sempre più famiglie che hanno un solo figlio e si tratta molte volte o di famiglie monoreddito o di famiglie monoparentali, cioè di famiglie composte di un solo genitore, in particolare molte volte della sola madre, la quale deve farsi carico di mantenere la famiglia con il proprio lavoro, di utilizzare con relativi costi i servizi pubblici per l'accoglienza del proprio figlio e quindi di mantenere il figlio stesso, facendo fronte a tutte le spese ordinarie e straordinarie della vita.

Da questo punto di vista un pacchetto di norme che intende farsi carico anche di situazioni di particolare debolezza, non può dimenticare le famiglie con un solo figlio, perché dimenticando questo andrebbe a concretizzare una disuguaglianza sociale fortissima.

Ho portato stamani alcuni dati tratti da studi fatti dalla regione Toscana e commissionati alla stessa Università della regione Toscana e rilevati e ripresi dal prof. Ermanno Corrieri, dai quali si evince non solamente che il costo di un figlio è particolarmente alto, ma che il costo del primo figlio è più alto che nel caso dei figli successivi, perché molte volte per i figli successivi si riciclano cose che sono state usate per il primo figlio, sia per una serie di ragioni. Magari l'esperienza condotta per allevare il primo figlio ha indotto anche atteggiamenti più sobri, maggiore esperienza, eccetera.

Se così è, allora io rappresento davvero la necessità che si ripensi a questa eliminazione del primo figlio dalle provvidenze, di cui alle norme che ha portato l'assessora Stocker all'attenzione del Consiglio, proprio per tenerlo presente. Con la sua consueta cortesia l'assessora Stocker ha detto che alle famiglie monoparentali, laddove ci sono figli unici, ci pensino le Province autonome. Posso capir che questa può essere una strada, però mi pare di capire, almeno per quanto riguarda la Provincia di Trento, che le Province autonome sono in tutt'altre faccende affaccendate e che quindi da questo punto di vista se andiamo a toccare non solamente il welfare regionale, ma se questo welfare deve raccordarsi con la normativa delle due Province, sarebbe importante che un segnale lo desse per prima la Regione, perché mi pare che sia doveroso che la Regione si rapporti, nella sua legislazione sociale, con le Province e dia un segnale di priorità anche su questo versante.

Per queste ragioni dichiaro il mio voto favorevole agli ordini del giorno.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Catalano, Sie haben das Wort.

CATALANO: Molto brevemente, per dire che voterò a favore dell'ordine del giorno n. 2, a firma dei consiglieri del gruppo Verde. Credo che quando vi sono delle risorse e queste risorse debbano essere impiegate, la cifra, il senso politico di chi fa le scelte lo si capisce dalla volontà di utilizzare queste somme come fattore redistributivo e meno.

Così come vengono impiegate le somme nel disegno di legge, noi abbiamo una redistribuzione di redditi o invece con una maggiore contribuzione verso i ceti medi, trascurando invece tutte le situazioni a basso reddito, non abbiamo invece un fattore di redistribuzione al contrario, quindi regressivo.

Credo che il giudizio politico su questa Giunta passi soprattutto attraverso le scelte che fa in questo campo e pertanto credo che l'ordine dei giorni dei consiglieri Verdi viene a correggere in senso equitativo, redistributivo quanto invece il disegno di legge non prevede.

PRÄSIDENT: Danke! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Somit ist die Debatte abgeschlossen. Wir stimmen zunächst über den Tagesordnungsantrag Nr. 1 von der Frau Abg. Mair ab. Wer spricht sich dafür aus? Er ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 5 Jastimmen, 22 Neinstimmen und 11 Enthaltungen ist der Tagesordnungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Tagesordnungsantrag Nr. 2 ab, eingereicht von den Abg. Dello Sbarba, Kury, Heiss und Bombarda. Wer spricht sich dafür aus? Er ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 10 Jastimmen, 3 Enthaltungen und dem Rest Neinstimmen ist der Tagesordnungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungsantrag Nr. 3, eingebracht vom Abgeordneten Catalano.

Ich bitte um die Verlesung des Antrages.

CATALANO:

Ordine del giorno n. 3

Il Consiglio della Regione

Considerato che

il ruolo dell'ente pubblico deve essere quello di informare i cittadini sul contenuto dei provvedimenti governativi che riguardano la modifica degli istituti previdenziali; che la Regione pare invece orientata a sostenere in toto e in maniera acritica la previdenza integrativa a fronte della distruzione progressiva dell'istituto della pensione pubblica, spingendo i lavoratori e le lavoratrici a fare ricorso ai fondi pensione costituiti con il supporto della Regione stessa; che in quest'ottica la Regione è pronta a dare vita a un nuovo fondo pensione che intercetti il trattamento di fine rapporto dei lavoratori e delle lavoratrici del Trentino-Alto Adige che non esprimeranno la propria volontà sulla destinazione del TFR, anche a causa dell'assenza di una adeguata informazione; che il nuovo fondo promosso dalla Regione andrebbe a contrapporsi a quello

nazionale costituito dall'INPS per raccogliere il TFR dei lavoratori e delle lavoratrici silenti;

visto che

la prevista norma sul cosiddetto "silenzio assenso" stabilita dalla delega previdenziale approvata nel luglio scorso dalla maggioranza di centro-destra in Parlamento è seriamente contestata da numerose associazioni e sindacati, sostenuti dal parere di economisti autorevoli;

decide

di impegnarsi a diffondere tra i lavoratori e le lavoratrici del Trentino-Alto Adige una informazione seria e neutrale sul contenuto della riforma previdenziale; di attivare i propri uffici per dare ai lavoratori e alle lavoratrici del Trentino-Alto Adige una informazione approfondita in merito alla questione della destinazione del TFR e al loro diritto di esprimere la propria volontà anche in senso contrario al conferimento del TFR a un fondo pensione, mantenendo così il sistema previdente.

PRÄSIDENT: Sie haben das Wort zur Erläuterung des Tagesordnungsantrages.

CATALANO: Il senso dell'ordine del giorno, dal punto di vista delle motivazioni, esprime la nostra contrarietà a proseguire verso la privatizzazione del sistema previdenziale. Questa vicenda della privatizzazione e poi dell'accaparramento dei soldi dei lavoratori e delle lavoratrici, quali il TFR, era da svariati anni nel mirino dei governi che si sono succeduti. Il governo di centro-destra dà il colpo finale quindi anche ai TFR e di fatto il centro-sinistra regionale si getta sul bottino.

Sono anni che il mercato finanziario guarda con occhio famelico alle risorse dei lavoratori, perché, come avevo detto nel precedente intervento, chiariamoci, sono soldi dei lavoratori, non stiamo parlando di previdenza, qui non si tratta di stato sociale, sono soldi che i lavoratori in modo forzato e forzoso risparmiano, ma sono soldi loro e quindi mi pare che la questione sia diversa. Qui si tratta semmai di uno scippo ai danni dei legittimi proprietari per investire i loro soldi in strumenti finanziari a rischio, cioè la trasformazione dei loro soldi che hanno una progressione precisa e prevedibile in capitale aleatorio, sottoposto quindi a tutti i rischi dell'impiego finanziario.

Mi sembra che abbiamo sottomano una pluralità di esempi, dove i fondi per investimenti sbagliati hanno bruciato le risorse dei lavoratori. In sostanza noi non intendiamo partecipare alla rissa fra il PensPlan e Laborfond su chi debba accorpate questi fondi, se si può dare un'immagine qui sembra che ci sia un povero Cristo in centro con il suo TFR ed i due ladroni che si azzuffano per accaparrarsi il suo risparmio.

La speranza che aveva un lavoratore ed una lavoratrice, fino a qualche tempo fa, di contare su quel capitale per il suo futuro nella vecchiaia o nel caso di risoluzione di rapporto di lavoro, di periodi di disoccupazione, la possibilità di poter resistere, per non dover cercare un lavoro qualunque, ma di tentare di sceglierlo il lavoro, anche questo rientra nei diritti dei lavoratori e delle lavoratrici, quello di scegliere il lavoro a loro più conforme.

Con questo ordine del giorno noi chiediamo alla Regione di svolgere funzioni da servizio pubblico, lo faremo noi in ogni caso quello di informare i lavoratori e le lavoratrici di prospettargli quali sono i guadagni e le perdite che queste scelte comportano.

Il Sole 24 ore dice che negli ultimi cinque anni, mentre il TFR, così come nel sistema attuale funziona, ha reso negli ultimi cinque anni un incremento del 17,9%, invece nei fondi cosiddetti negoziali, che sono andati proprio male, il 14,2%.

Parliamoci chiaro, in questi cinque anni di fondi privati o di fondi contrattuali i lavoratori hanno perso con il TFR, rispetto a quei lavoratori che il TFR se lo sono tenuto così com'era. Non siamo noi che dobbiamo fare un servizio pubblico, auspichiamo, anche al di là del giudizio che noi diamo, un impegno da parte della Regione a dare tutte le informazioni possibili ai lavoratori, anche dando i numeri, cioè spiegando come sono andati gli impieghi dei loro soldi nei rispettivi fondi di impiego.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Klotz, Sie haben das Wort.

KLOTZ: Herr Präsident, ich würde um Abstimmung nach getrennten Teilen ersuchen und zwar betrifft es den letzten Halbsatz im beschließenden Teil. Eines ist also die Information, doch dann steht in der drittletzten Zeile im deutschen Text: „...und sie auch darauf hinzuweisen, dass sie sich auch gegen die Überweisung ihrer Abfertigung in einen Zusatzrentenfonds und für die Beibehaltung des vorher geltenden Systems entscheiden können“. Also diesen Halbsatz bitte getrennt vom übrigen abstimmen, denn die Information ist eine Sache und das geht meines Erachtens in Ordnung. Aber das Letzte hier kommt unterschwellig auch einer Aufforderung gleich, nicht in diesen regionalen Rentenfonds einzuzahlen, sondern eben gezielt in den gesamtstaatlichen und dem kann ich nicht zustimmen, weil ich hier die Meinung der Assessorin teile. Wir sollten alles tun, um unsere Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, mitzuhelfen, dass die Gelder in unseren Ländern bleiben und von dort verwaltet werden.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Kollegin! Kollege Lunelli, Sie haben das Wort.

LUNELLI: Grazie, Presidente. Anch'io concordo con le motivazioni espresse dalla collega Klotz, nel senso che già nel mio intervento chiedevo che la Giunta regionale, nei prossimi mesi, comunque dopo l'emanazione del decreto delegato da parte del Ministro Maroni, potesse informare in maniera adeguata anche con il supporto di tutti gli strumenti disponibili per raggiungere ogni singolo lavoratore, al fine di ridurre ad una parte residuale i dipendenti che non fanno alcuna opzione e quindi vengono definiti silenti.

Da questo punto di vista chiedo al collega Catalano, al di là di votarlo semmai in parti separate, se fosse possibile modificare questo ordine del giorno lasciando soltanto la parte dell'indicazione con la semplice premessa delle prime righe, laddove si dice: *“il ruolo dell'ente pubblico deve essere quello di informare i cittadini sul contenuto dei provvedimenti governativi che riguardano la modifica degli istituti previdenziali”*, quindi *“decide di impegnarsi a diffondere*

tra i lavoratori” eccetera, fermandoci alla penultima riga dove si dice: “al loro diritto di esprimere la propria volontà” togliendo l’ultima frase.

Se il cons. Catalano accogliesse queste nostre indicazioni, voteremo questo ordine del giorno.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Lamprecht, bitte.

LAMPRECHT: Danke, Herr Präsident! Ich ersuche um Abstimmung nach getrennten Teilen. Ein Vorschlag wurde bereits gemacht. Aber ich ersuche, dass über den ersten Satz des Tagesordnungspunktes getrennt abgestimmt werden kann und zwar: „...Hervorgehoben, dass die Aufgabe der öffentlichen Körperschaft auch darin bestehen muss, die Bürger so umfassend wie möglich über die Maßnahmen, die die bisherigen Vorsorgeleistungen abändern,...“. Also dass über diesen Teil getrennt abgestimmt wird und dass dieser Teil zur Abstimmung kommt, der restliche Teil des einleitenden Teiles der Tagesordnung und dann über den beschließenden Teil.

PRÄSIDENT: Jetzt ersuche ich um Aufmerksamkeit, damit Klarheit darüber herrscht, wie abgestimmt werden soll. Die Frau Assessorin hat noch das Recht Stellung zu nehmen, bevor wir abstimmen.

STOCKER: Ich möchte mich im Wesentlichen an die Aussagen anschließen, die bisher zu diesem Tagesordnungsantrag gemacht worden sind. Ich möchte noch einmal präzisieren und unterstreichen, dass es uns allen, wie ich vorhin zum Abschluss der Generaldebatte schon gesagt habe, ein Anliegen ist, dass wir möglichst viel objektive Information verbreiten, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Region eine bewusste, selbstverantwortliche und eine für sie richtige Entscheidung treffen. Das Gesetz sieht vor, dass die Möglichkeit besteht, dass man sich einerseits dafür ausspricht, dass die Abfertigung in einen Zusatzrentenfonds einfließt, auf der anderen Seite ist aber selbstverständlich auch die Möglichkeit vorgesehen, die Abfertigung weiterhin im Betrieb zu halten. Im Beschlussantrag sind beide Möglichkeiten angeführt. Ich würde allerdings noch ersuchen, dass wir für fünf Minuten die Sitzung unterbrechen können, um eine Einigung zu finden, weil es doch einige unterschiedliche Auslegungen bezüglich des beschließenden Teiles gibt und vielleicht können wir dann zu einer einheitlichen Formulierung kommen, die dann alle mittragen können.

PRÄSIDENT: Ich unterbreche die Sitzung bis 17.45 Uhr. Ich denke, die Einigung ist sehr schnell erzielt und hoffe, dass über die Abstimmung Klarheit herrscht und dann beenden wir diesen Tagesordnungspunkt. Die Sitzung endet um 18.00 Uhr.

(ore 17.34)

(ore 17.45)

PRÄSIDENT: Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf und stimmen nun über den Antrag des Abg. Catalano ab. Ich bitte Sie, den italienischen Text zu nehmen, damit es klar ist, worüber wir abstimmen. Es gibt vier Abstimmungen. Die erste Abstimmung geht von: „...considerato che...“ bis in die zweite Zeile „degli istituti previdenziali.“ Die zweite Abstimmung von „...che la Regione“ bis „pareri di economisti autorevoli“. Die dritte Abstimmung betrifft den beschließenden Teil. Im beschließenden Teil die eine Abstimmung bis „al loro diritto di esprimere la propria volontà,...“ und die vierte Abstimmung betrifft die letzte Zeile bis „previgente“. Es sind also vier Abstimmungen. Wir stimmen ab. Wer spricht sich für die ersten beiden Zeilen aus? Wer spricht sich dagegen aus? Enthaltungen? Bei 5 Enthaltungen, alle anderen dafür ist der erste Antrag angenommen.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung von „...che la Regione“ bis „pareri di economisti autorevoli“. Wer spricht sich dafür aus? Dagegen? Enthaltungen? Bei 1 Jastimme, 6 Enthaltungen und alle anderen dagegen ist dieser Teil abgelehnt.

Wer spricht sich beim beschließenden Teil für den ersten Teil aus? Wer spricht sich dagegen aus? Wer enthält sich der Stimme? Bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen ist dieser Teil angenommen.

Wir kommen zur letzten Abstimmung. Wer spricht sich für den letzten Satz aus? Wer spricht sich dagegen aus? Wer enthält sich der Stimme? Bei 1 Jastimme, 6 Enthaltungen und dem Rest Gegenstimmen ist dieser Teil abgelehnt.

Damit gibt es einen ganz bestimmten Teil dieses Antrages, der angenommen ist.

Nun stimmen wir über den Übergang zur Artikeldebatte ab. Wer spricht sich dafür aus? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei 2 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen und dem Rest Jastimmen ist der Übergang zur Artikeldebatte genehmigt.

Meine Damen und Herren, es ist 17.50 Uhr. Die Sitzung ist für heute geschlossen. Wir sehen uns morgen um 10.00 Uhr wieder.

(ore 17.50)

INDICE	INHALTSANGABE
---------------	----------------------

<p>DISEGNO DI LEGGE N. 19 Limitatamente agli articoli da 1 a 11 relativi alle modifiche del welfare regionale - <i>(presentato dalla Giunta regionale)</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 2</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 19: Begrenzt auf die Artikel 1 bis 11 betreffend Änderungen des regionalen Welfare – <i>(eingebracht vom Regionalausschuss)</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 2</p>
<p>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</p> <p style="text-align: right;">pag. 70</p>	<p>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</p> <p style="text-align: right;">Seite 70</p>

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI

VERZEICHNIS DER REDNER

KURY Cristina Anna Berta (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	pag.	2-62
PARDELLER Georg (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	3
de ECCHER Cristiano (ALLEANZA NAZIONALE)	"	9
PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	11
MORANDINI Pino (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	16-64
DELLO SBARBA Riccardo (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	21-61
LEITNER Pius (DIE FREIHEITLICHEN)	"	27
BERTOLINI Denis (LEGA NORD - TRENTINO - PADANIA)	"	29
PAROLARI Giuseppe (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENTINO PER L'ULIVO)	"	33
VIOLA Walter (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	35-36
DIVINA Sergio (LEGA NORD - TRENTINO - PADANIA)	"	38
LUNELLI Giorgio (CIVICA MARGHERITA)	"	42-67
CATALANO Agostino (MISTO)	"	49-65-66
STOCKER Martha (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	53-68
MAIR Ulli (DIE FREIHEITLICHEN)	"	60-62

KLOTZ Eva (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	67
LAMPRECHT Seppi (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	68